

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: drümmernach: 2.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 6 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Samstagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Arbeiterpolitik des Zentrums.

Das Zentrum hätte gern auf seine Interpellation wegen des Zehnstundentages verzichtet, um für die ihm wichtigeren Interessententeile die Zollrente rascher in Sicherheit bringen zu können. In der Tat hätte es sich damit ein übles Blamage mehr erspart. Man weiß, daß im Seniorenkongress seine Anregung nicht auf fruchtbaren Boden fiel, und so mußte denn Herr Trimborn wohl oder übel heute im Namen der Zentrumspartei die Frage an den Reichstanzler stellen, ob noch in dieser Session ein Gesetzesentwurf auf Einführung des Zehnstundentages für alle erwachsenen Arbeiter, männlich wie weiblich, zu erwarten sei. Herr Trimborn lieferte in dieser Anfrage eine Begründung, die ihre Zwecklosigkeit und Halbheit aufs glänzendste darstellt. Wenn er die parlamentarische Geschichte der Anträge auf einen gesetzlichen Maximal-Arbeitszeit durchging und darlegte, wie seit mehr als einem Menschenalter die Regierung nichts und aber nichts auf diesem Gebiete getan hat, als bestenfalls Erhebungen — versprochen, so weiß man wirklich nicht, wie er plötzlich zu dem Optimismus kam, in wenigen Wochen eine durchgreifende Regelung dieser Frage von der Regierung zu erwarten. Herr Trimborn zeigte, daß tatsächlich und zum Teil auch formell rechtlich alle europäischen Kulturländer Deutschland auf diesem Gebiete voran seien, daß zum Beispiel für die Textil-Industrie England und Frankreich den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen längst durchgeföhrt haben, während Holland es nur mit Rücksicht auf Deutschlands unläutere Konkurrenz unterlassen habe. Er wies mit reichem Material nach, daß die Intensität der Arbeit an den modernen Maschinen unergleichlich höher sei, als bei den früheren Betriebsweisen, und daran schloß er die Forderung, gesetzlich eine Arbeitszeit festzulegen, die für einen nicht unbeträchtlichen Teil der 4 1/2 Millionen interessierter Arbeiter geradezu einen Rückschritt bedeutet, und die Versicherung und Bereitwilligkeit, diesen Zehnstundentag durch so viele Uebergangsvorschriften für immer und so viele Ausnahmestimmungen zu durchlöchern, daß nur noch das „Prinzip“ übrig bleibt.

Graf Posadowsky gab diesem Zentrumsmann mit den einstudierten sozialpolitischen Akziden die Antwort, die solche Schwächlichkeit verdient. Mit tiefinnigen Betrachtungen über den Koeffizienten der Arbeitszeit, unter den man nicht gehen dürfte, ohne die Arbeitsleistung und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie übermäßig zu schwächen, leitete er die geradezu höhnische Antwort ein, daß die Regierung zu den schon vor zwei Jahren abgeschlossenen Erhebungen über die Fabrikarbeit der Frauen neue hinzuzufügen werde, um zu erwägen, ob es sich vielleicht empfehle, für eine spätere Zukunft einen allmählichen Uebergang zu einer etwa im Sinne der Zentrumsanfrage laufenden Regelung der Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen zu gelangen. Charakteristisch war seine Mitteilung, daß von 26 wegen der Enquete angefragten Bundesstaaten 18 überhaupt nicht geantwortet haben. So sehr beäugen sich die Regierungen in Fragen, an denen die gesamte deutsche Arbeiterchaft ein lebhaftes Interesse hat! Wenn die Sonne der Regierungsgnade so schwach scheint, ist es freilich kein Wunder, wenn die Wepfel, die Herr Trimborn vom Baum der sozialpolitischen Erkenntnis im Garten der Regierung zu pflücken hoffte, niemals reifen. Graf Posadowsky begnügt sich mit einigen feinsinnigen und geistvollen Untersuchungen über die Frage, ob nicht doch vielleicht die 17 stündige Arbeitszeit in der Anfangsperiode der deutschen Industrie zu lang gewesen sei, und freut sich, daß inzwischen „von selbst“ eine Verkürzung eingetreten ist. Es wird sich wohl auch weiter alles „von selbst“ zum Guten wenden.

Genosse Fischer hielt mit der sozialpolitischen Rückständigkeit der Regierung und der sozialpolitischen Heuchelei der weltlichen Jesuiten gründlich Abrechnung. Er zeigte an der Erklärung des Grafen Posadowsky und an früheren noch klareren Äußerungen des Handelsministers Müller, wie tief unsere Regierung noch im Manchesterium steckt. Nur daß sie es nicht aufrichtig treibt. Um der Arbeiterchaft durch gewissenlose Gesetzesauslegung oder brutale Polizeivillkür die Freiheit des Koalitionsrechts zu rauben, hält sie sich in den Wassermann der sozialpolitischen Versprechungen. Jede Erfüllung, die sie den Arbeiterforderungen gewährt, ist ein Danaergeschenk. Unter ihrer Herrschaft würde der Mindestlohn zum Normallohn und der Maximalarbeitszeit zur allgemein üblichen durchschnittlichen Arbeitszeit werden. — Dem Zentrum ist diese Politik gerade recht. Wenn es für die mächtigen Kreise der Grundbesitzer Forderungen erhebt, versteht es sehr wohl, ihre Durchsetzung zu erzwingen; nur für die Arbeiter erscheint es als arme, machtlose Wittstillerin bei der widerwilligen Regierung. Aber selbst bei der Aufstellung der Forderungen, bei der Arbeiterpolitik in den eigenen Reihen, kann es nicht ehrlich und konsequent bleiben. Heute fordert es den uneingeschränkten Zehnstundentag für alle Arbeiter, morgen erklärt es sich ebenso feierlich und offiziell gegen jede Ausdehnung des „Zwangs“ in der Wirtschaftsordnung. Halblos schwankt es zwischen den Interessen der verschiedenen Völkertlassen, die es vertritt, ohne Programm von Anhalten zu Kompromiß, nur geleitet von der Rücksicht auf die Erhaltung seiner Wahlstimmen. Erst das Anwachsen der modernen Gewerkschaftsbewegung, der modernen Arbeiterpartei kann es zwingen, seine Arbeiterschutzanträge, die gleichsam der Schatten der sozialdemokratischen Forderungen und Nachvollendung sind, umfassender und kräftiger zu gestalten.

Dem Zentrum war diese Festnagelung begreiflicherweise sehr unangenehm. Herr Erzberger, zugleich der jüngste und der unmanierlichste der Reichstagsabgeordneten, unterbricht schon sonst jeden sozialdemokratischen Redner durch sein ungebildetes Lachen und seine gequälten Zwischenrufe. Heute stieg er auf die Tribüne hinauf, postierte sich neben unseren Redner und hätte ihn am liebsten überhaupt nicht weiter sprechen lassen. Diesem kümmerlichen Benehmen entspricht die Art seiner Polemik. Da er sachlich nur eine Aeußerung Bebel's, der sich vor zehn Jahren einmal für angenehm über-rascht erklärt hat, wenn sofort der Zehnstundentag gesetzlich festgelegt würde, zur Entschuldigung des Zentrums anzuföhren vermochte, suchte er den längst klargestellten Fall des verstorbenen Maschinenmeisters Hellmann durch lägenhafte Darstellung gegen den Genossen Fischer auszunutzen. So geht es immer: weist man der Regierung oder dem Zentrum nach, wie arbeiterfeindlich ihr ganzes Treiben ist, so entschuldigen sie sich mit — Millerand, Groullich oder einem Fall.

Erstler erwiderte Graf Posadowsky, der tief verlehrt war von der Aeußerung Fischers, daß die Arbeiterchaft von dieser Regierung nichts zu hoffen habe. Gewiß mag er persönlich daran am wenigsten Schuld tragen; aber mit der Aussicht auf die Nothelle zum Vergeseß und die Zuerkennung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine kann er wirklich nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß wir in den letzten Jahren sozialpolitisch nicht um einen Schritt vorwärts gekommen sind.

Für die Zentrumskresolution trat etwas entschiedener der Pole Kulerski, etwas weniger entschieden der Christlich-soziale Durkhardt und der Freisinnige Pachnick ein; dieser versicherte, man sei über das Manchesterium hinaus, führte dann aber sofort England als Musterbeispiel gegen die gesetzliche Festslegung des Zehnstundentages an. — Schroff ablehnend stellte sich der konservative Schickert und besonders der Nationalliberale Lehmann jedem Arbeiterschutz gegenüber. Herr Lehmann ist ein Herz und eine Seele mit den Grimmitzschauer Fabrikanten, protestiert mit ihnen gegen die schwere Schädigung des Erwerbslebens und den Eingriff in die persönliche Freiheit der Unternehmer, die der Zehnstundentag bringen soll, und schimpft den Arbeitern nach, daß sie in der freien Zeit doch nur in die Arripe liefen. Das ist so die Sozialpolitik des Nehts.

Morgen soll die Beratung des Toleranzantrages fortgesetzt und dann die Anträge auf Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes in Angriff genommen werden. —

Wie der Herr, so — der Reichskanzler.

Wie genau die dreiste Verhöhnung der streikenden Bergarbeiter durch den Reichskanzler den Wünschen der Unternehmer entspricht, das zeigt ein Blick in die Presse der Unternehmer. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sieht in dem Friedensangebot der Siebener-Kommission nichts weiter als ein Eingeständnis der Schwäche und gibt damit zu erkennen, daß die Unternehmer an der Fortdauer des Streiks interessiert sind. Das Blatt schreibt:

„Die Siebener-Kommission beginnt von ihrem hohen Podium herabzujagen. Von den 14 Forderungen, von denen seinerzeit jede als conditio sine qua non bezeichnet wurde, hat man drei fallen lassen (welche, ist allerdings noch nicht bekannt) und den so viel verlästerten Bergbauverein um Unterhandlungen ersucht. Offenbar ist die Siegesgewißheit, mit der man einst in den Kampf zog, geschwunden, der Rausch verfliegt und eine nächterne Auffassung scheint Platz zu greifen. Statt der Losung „alles oder nichts“ zu folgen, zieht man jetzt in Betracht, was bei den gegebenen Verhältnissen überhaupt zu erreichen ist. Denn es ist schon manches faul in dem Staate der Sieben. Immer und immer wieder sieht er sich veranlaßt, die vollkommene „Einheit“ und „die großartige kameradschaftliche“ Einigkeit zu dekretieren. Wenn sie tatsächlich noch vorhanden wäre, dann wäre es unnötig immer von neuem sie zu verkünden. Die Dekrete aber werden sie nicht mehr schaffen. Inzwischen pfeifen es die Spatzen bereits von den Dächern, daß im Schoße der Kommission heftige Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind.“

Das ist geschrieben, bevor die Antwort des Reichskanzlers auf das Telegramm der Siebener-Kommission bekannt war und es liefert den Beweis, daß die Herrschaften ihre Macht genau kennen. Es hätte nicht geschrieben werden können, wenn die Unternehmer hätten befürchten müssen, daß die Regierung etwas zugunsten der Arbeiter tun könnte gegen den Willen der Unternehmer. Es konnte nur geschrieben werden, weil die Unternehmer ganz genau wissen, daß die Regierung nur ihren Anweisungen folgen darf. Sie hätten sich gehütet, diesen Ton anzuschlagen, wenn sie nicht voraus gewußt hätten, daß auch der Reichskanzler nur Hohn für die Streikenden übrig haben darf.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ unterstreichen unsere Beurteilung der Reichskanzler-Antwort durch diese Bemerkung:

„Es ist dabei angeführt des bisherigen weiten Entgegenkommens der Regierung gegenüber den kontraktbrüchigen Ausständigen erfreulich, daß der Reichskanzler als Vorbedingung für seine Vermittelung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit stellt. Die Streikenden merken nun vielleicht doch, daß die Regierung ihnen neben großem Wohlwollen schließlich auch Energie zeigen kann.“

Auch die „Post“ bezeichnet das Telegramm des Reichskanzlers als „ein Wort zur rechten Zeit“.

Quertreibereien.

Der Spott des Zehnenblattes über die Einigkeitserklärungen der Siebenerkommission beleuchtet auch das geschäftige Treiben solcher Blätter, die sich arbeiterfreundlich anstellen und dabei Tag für Tag Stimmungsmache treiben gegen die Einigkeit. Die Siebenerkommission hat ihre Erklärung erlassen müssen, weil falsche Freunde der Arbeiter aus parteipolitischen Rücksichten dauernd Nachfragen ausstießen über angebliche Uneinigkeit der Streikenden. Hätte sie das dauernd ruhig hingehen lassen, dann wären bald Betrachtungen gefolgt nach dem bekannten Muster: Es muß doch etwas daran sein.

Dieses Treiben setzt heut die „Post“ fort, indem sie sich aus Essen melden läßt:

„Die Erregung der Bergleute ist größer als zuvor. Die Auszahlung der Unterstützungsgelder führte im Ausständigenlokal „Vorussia“ zu erregten Szenen. Die Arbeiter waren mit 9 M. Unterstützung für eine ganze Woche unzufrieden. Viele bekamen sogar weniger. Für heute abend ist eine große Protestversammlung einberufen worden, worin gegen das eigenmächtige Vorgehen der Siebener, betreffs der Ermäßigung der Forderungen Front gemacht werden soll. Die Delegierten, die den Generalausstand beschlossen haben, treten Donnerstag vormittag in Essen zusammen. Man glaubt in Vergamondkreisen, daß die Siebener ein Vertrauensvotum von den Delegierten erhalten werden.“

Und wenn nun die Bergarbeiter kommen und das als faulen Schwindel entlarven, dann kommt die Unternehmerpresse und sagt: es scheint sehr faul zu stehen mit der Einigkeit, sonst würde man nicht fortwährend zu erklären brauchen, daß man einig ist.

Man steht daraus, wie sich die offenen und die heimlichen Feinde der Arbeiter in die Hände arbeiten.

Die Macher der evangelischen Arbeitervereine haben in dieselbe Kerbe. Sie haben ihren Agenten zu Herrn Kirdorf geschickt, dieser hat dem Agenten, der nicht die geringste Autorisation hat, für die Streikenden zu handeln und Erklärungen entgegenzunehmen versprochen, daß seine Maßnahmen vorgekommen werden sollen, und daraufhin erläßt eine Delegiertenversammlung des Kreisverbandes Bochum der evangelischen Arbeitervereine eine Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Vertreter der Streikenden werden sich die unbefugte Einmischung dieser Redenregierung sehr ernstlich verbitten.

Eine Sympathie Kundgebung für die Streikenden

erlassen der Kurator und der Rektor sowie zahlreiche Professoren der Universität Bonn nebst vielen anderen angesehenen Personen. Sie verurteilen das Verhalten der Unternehmer und fordern zu Sammlungen für die Streikenden auf.

Ueber den Stand des Streiks in den verschiedenen deutschen Revieren berichtet der „Reichsanzeiger“:

Auf den ober-schlesischen Staatswerken führen am 6. d. M. die Belegschaften wieder vollzählig an. Auf den Privatwerken waren an demselben Tage auf dem Hillebrandshacht 330 von 460, am heutigen Tage: auf „Gotteslegen“ (Wschendbornshacht) 235 von 601, auf den drei Schächten der Gewerkschaft „Charlotte“ bei Czernitz (Wergreiver Katibor) 600 von 2000 Mann ausständig.

In Waldenburger Bezirk führen am 6. d. M. auf den Gruben der schlesischen Kohlen- und Kokswerke in „Gottesberg“ von 2543 Mann 1630 nicht an. In Renrode war die Streiklage unverändert. Auf den übrigen Gruben des Bergreviers Ost-Waldenburg führen die Belegschaften vollzählig an.

Auf den vom Ausstand betroffenen Zechen des Ruhrreviers führen am 4. d. M. insgesamt 55 440 und zur Morgenschicht am 6. d. M. 53 872 gegenüber 53 944 Mann in der vorhergehenden Morgenschicht an.

Auf der Zeche Rheinpreußen (Oberbergamtsbezirk Bonn) arbeiteten in der Nachtschicht zum 6. d. M. sowie in der folgenden Früh- und Mittagschicht unter Tage von 4405 Mann 3473, über Tage von 1161 Mann 1140, sodas sich die Zahl der Ausständigen auf insgesamt 944 bezifferte.

Der allgemeine Streik in Belgien.

Auf dem Kongresse der belgischen Bergarbeiter waren 88 Bergarbeiter-Organisationen vertreten. Anwesend waren auch ein Vertreter des Vorstandes der sozialistischen Partei Belgiens sowie zehn Kammerdeputierte. Die nach langer Verhandlung mit übergroßer Mehrheit beschlossene Resolution lautet:

- In Erwägung, daß für die Arbeiter aller Kategorien eine Beschränkung der Löhne eingetreten ist;
 - In Erwägung, daß die Unternehmer alle Anfragen unbeantwortet gelassen haben;
 - In Erwägung, daß der Streik in Westfalen die Kohlenlager geleert hat;
 - In Erwägung, daß die belgischen Bergarbeiter ebenso begründete Beschwerden haben wie die deutschen;
 - In Erwägung, daß die Lage der belgischen Kohlenindustrie die Erfüllung der Arbeiterforderungen gestattet;
 - In Erwägung, daß der Augenblick für eine Lohnbewegung günstig ist, beschließt der Kongress:
- der allgemeine Streik in den vier Revieren wird erklärt. Im Anschluß an diese Resolution wurden die gestern schon mitgeteilten Forderungen aufgestellt.

Die Zahl der Ausständigen wird heute auf 23 000 im Oeden von Charleroi und auf 19 000 in Vornaine angegeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar.

Die Annahme der deaturierten Kanalvorlage.

Am Dienstag fiel im Abgeordnetenhaus die Entscheidung über den grundlegenden § 1 der Kanalvorlage, der die Regierung ermächtigt, für Kanalbauten und Reklarationen 334 575 000 Mark zu verwenden, und zwar für Herstellung eines Schiffahrtskanals vom Rhein zur Weser einschließlich

Kanalisierung der Lippe und Nebenanlagen 250 750 000 Mark. für Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin 43 000 000, für Verbesserung der Wasserstraße zwischen Ober und Weichsel sowie der Warthe von der Mündung der Nege bis Posen 21 175 000 Mark, für die Kanalierung der Ober von der Mündung der Glatzer Neiße bis Breslau sowie für Versuchsbauten auf der Strecke von Breslau bis Fürstenberg a. D. und für Anlage eines oder mehrerer Staubecken 19 650 000 Mark. Die Annahme des § 1 erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 256 gegen 132 Stimmen. Dafür stimmten die gesamte Linke, das Gros des Zentrums, ein Teil der Freikonservativen und einige Konservative. Die Mehrzahl der Konservativen, die Polen und ein Teil der Freikonservativen stimmten dagegen. Eine Reihe von der Kommission beantragter Resolutionen, die sich auf einen weiteren Ausbau der Wasserstraßen bezogen, gelangten gleichfalls zur Annahme, während alle Abänderungsanträge und alle von Mitgliedern des Hauses vorgeschlagenen Resolutionen abgelehnt wurden. Die Annahme der ganzen Vorlage scheint demnach gesichert, auch wenn eine Anzahl dorer, die dem § 1 zugestimmt haben, in der Gesamtbestimmung infolge der Bestimmungen über das Schlepptomopol und die Erhebung von Schiffsabgaben gegen den Entwurf stimmen sollten. Von einem Siege der Regierung über die Kanalarbeiten kann natürlich nicht die Rede sein, da das wichtigste Stück der ersten Vorlage: der Mittellandkanal, in dieser Vorlage nicht enthalten ist.

Der Rest der Vorlage wurde ohne wesentliche Debatte angenommen, ebenso die Resolution Seydlitz (fr. Rp.), die die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend den Bau des masurenischen Kanals verlangt.

Die dritte Lesung der Kanalvorlage findet bereits am Mittwoch statt.

Polizeiliche Judaslöcher.

In unserer Mitteilung über die Streuungslosigkeit unserer politischen Polizei, die soweit geht, daß sie sogar zwei studentische Verräter unter den in Berlin sich aufhaltenden Russen bespioniert, war auch darauf hingewiesen worden, daß die Polizei es sogar noch fertig bekommt, die von ihr ausgehaltenen Spione auszubeuten. Der preussische Fiskalismus durchdringt auch die Korruption dort, wo sie am niederträchtigsten ist. Die Russen selbst gehen wenigstens mit den Russen verschwenderisch um, die sie in Westeuropa rollen lassen. Der preussische Fiskus behandelt auch seine Spigel als Arbeiter, deren Löhne so niedrig wie möglich zu halten seien. Es ist fürwahr eine furchtbare Anklage gegen die soziale Misere, daß Menschen sich dazu hergeben, für weniger als 30 Silberlinge ihre Ehre zu verkaufen und obendrein ihre Existenz aufs Spiel setzen; denn entfärbte Spigel sind auch für die Polizei nicht mehr brauchbar.

Mit welchen Hungerlöhnen die Polizei ihre Kreaturen ausstattet, dafür wollen wir in folgendem noch einige Beispiele geben als Warnung für die verkommenen Existenzen, die sich durch die Aussicht auf goldene Berge verlocken lassen, das jämmerlichste Handwerk zu ergreifen, das denkbar ist. Die beiden russischen Studentenspiegel, von denen das Polizeipräsidium übrigens jetzt fürchtet, daß sie den Schandspiegel ihrer Tätigkeit verlegen könnten, nachdem sie von uns gezeichnet worden sind, erhalten wie erwähnt 60 und 75 M. monatlich. Dafür haben sie also bereits „Akademiker“. Für die „gewöhnlichen“ Spigel, die zur Beaufsichtigung der deutschen Sozialdemokratie bestimmt sind — deren Geheimnisse allerdings nicht einmal dieses „Honorar“ wert sind — setzt man Löhne aus, die selbst bis auf 20 M. heruntergehen. Für 20 M. also mutet die preussische Polizei Arbeitern zu, ihre Kollegen und Parteigenossen zu verraten! In Bulgarien und Serbien bezahlet man sicher mehr für dieses Gewerbe. Die Polizei züchtet damit eine Art politischer Zünfgrößen-Prostitution.

Spahhaft ist es, daß die Polizei bei aller schlechten Behandlung der Spigel diese in gewissem Sinne noch nobler behandelt, als ihre Beamten. Früher bekamen die Beamten der politischen Polizei zu Weihnächten aus den Ersparnissen der Fonds 10—15 M. Gratifikation. Diesmal ist diese Verteilung unterblieben, vielmehr weil man sich den „Vorwärts“-Artikel aus dem Jahre 1903 zu Gemüte gezogen hat, wo über die Ungerechtigkeiten bei diesen Gratifikationen Beschwerde erhoben war.

Da man nun diesmal die Beamtenspenden erspart hatte, hielt man es erlaubt, den Spigel eine kleine Aufmunterung zu beschicken, die ja wohl in diesem Russenjahr besonders viel zu „arbeiten“ hatten, und so bekamen sie dann am heiligen Christfest der Nächstenliebe für ihre Verräterhandwerk je nach der Dauer ihrer Dienstzeit 20 oder 10 M. als „Weihnächthonorar“. 20 M. bekamen die Spigel, die schon länger als zwei Jahre ihrem ehrenwerten Gewerbe gefrönt hatten, 10 M. die jüngeren Kräfte.

Das war die polizeiliche Ehrung des heiligsten Festes der Christenheit. Man gab den Judassen eine kleine Jubelgabe zu der Tage der 30 Silberlinge, eine Generosität, die allerdings sich immer noch in den Grenzen preussisch-fiskalischer Anwesenheit hielt.

Es ist nicht unmöglich, sich mit diesen Dingen zu befassen. Kein Mensch wird aus Vergnügen Spigel, die meisten hoffen durch ihre Beziehungen zur Polizei, wenn auch nicht gleich, so doch später ein auskömmliches Dasein fristen zu können. Wie warnen wir diesen Geschäftsverbindungen, in denen die Spigel schließlich doch nur die bezogenen Verräter sind.

Deutsches Reich.

Der Kolonialkapitalismus.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung des Kolonialrats fortgesetzt, und zwar mit dem Etat für Südwestafrika. Bei den Ausgaben für den Eisenbahnbetrieb von Swakopmund nach Windhuk brachte Abg. Dr. Müller-Sagan die Frage der Redereizuschläge zur Gitterfrage von Deutschland nach Afrika zur Sprache. Für eine Sendung z. B. von Hannover nach Langsa, die an eigentlicher Frucht 134 Mark kostet, erhebt die Rederei einen „Zuschlag“ von 895 Mark! Der Kolonialdirektor wußte von einem solchen Gebahren gar nichts und hat deshalb um Auslieferung des Materials, um die Sache untersuchen zu können. Abg. Erzberger wies darauf hin, daß schon in Handelskammer-Verichten die gleichen Klagen erhoben worden seien. Die Vorteile eines direkten Frachtariffs von Deutschland nach Afrika würden durch die Rederei illusorisch gemacht. Abg. Müller-Sagan legte dar, daß die Klagen über die unverhältnismäßigen Uebertreibungen der Rederei sich auf bestimmte Paragraphen der Tarife stützten; darüber müsse doch der Kolonialdirektor wenigstens Auskunft geben können. Er konnte es aber nicht. Die Frage wird später noch weiter behandelt werden.

Zu Titel 2 des 3. Kapitels werden 100 000 M. zu einer späteren „Entschädigung“ an die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika für die Aufgabe ihrer „Verträge“ gefordert. Dazu lag der Antrag Lattmann auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Landgesellschaften in den Kolonien vor, den der Referent zur Annahme empfahl. Abg. Lattmann meinte, es müßten die Verträge und Tätigkeitsberichte der Gesellschaften vorgelegt werden; der Bericht müßte natürlich schriftlich erstattet werden. Die geforderten 100 000 Mark

sür die Kolonialgesellschaft sollten erst rickten werden. Durch diese Entschädigung würde doch nämlich keine volle Klarheit über die Vergreife in Südwestafrika geschaffen. Sogar die Kolonialgesellschaft behalte nach Zahlung der Entschädigung noch große Gebiete, in denen sie keinerlei Abgaben von ihrem Bergbau zu zahlen haben werde, andere in denen sie nur ganz geringe Abgaben zu leisten habe, ohne daß sie in ihren Rechten irgendwie verliert würde. Die Gesellschaft habe ursprünglich auch die Kosten der Verwaltung des Schutzgebietes aufzubringen gehabt; jetzt werde die kostspielige Verwaltung vom Reiche bezahlt, die Gesellschaft habe aber ihre Rechte vollkommen uneingeschränkt erhalten. Die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika habe aus ihrem Landbesitz und den ihr geschenkt Berechtigungen bisher schon mehr als zwei Millionen Bar eingenommen; dabei habe sie das meiste noch hinter sich. Kolonialdirektor Dr. Sibel verbreitete sich über die Konzeptionen und den Landbesitz, die man der Gesellschaft gegeben habe. Im Jahre 1888 gab man ihr das Vergeregul und übertung ihr auch obrigkeitliche Befugnisse; beides erwies sich aber als unpraktisch. 1889 wurde ihr deshalb das Vergeregul wieder genommen, da sie aber bereits „Aufwendungen“ (welche? wieviel? wo? Redaktion des „Vorwärts“) für die Landespolizei gemacht hatte, sei es billig gewesen, sie dafür zu entschädigen — ein Teil der Gebühren vom Bergbau sollte der Gesellschaft zustehen und von ihr „im Interesse des Schutzgebietes“ verwendet werden. Diese Bestimmung wolle man jetzt ablösen. Es sei die Frage, ob man sie nicht etwa durch einen Akt der Gesetzgebung einfach streichen solle. Was die Untersuchungskommission anlangt, so verspreche er sich nicht viel davon, er sei aber bereit, das gesamte Material vorzulegen und der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die Debatte wandte sich sodann der Frage der Ausgestaltung der einzulegenden Kommission zu, gegen die prinzipiell von keiner Seite Einwendungen erhoben wurden, wenn auch Abgeordneter Spahn schon sehr deutlich ansprach, daß nichts dabei herauskommen werde. Der ursprüngliche Antrag Lattmann lieh dem Reichsminister bei der Verfassung der Kommission völlig freie Hand, wollte auch, daß Sachverständige ihr als Mitglieder eingefügt werden könnten. Dagegen brachte Abg. Ledebour einen Antrag ein, wonach die Kommission zu gleichen Teilen aus Regierungsvertretern und aus vom Reichstag zu wählenden Abgeordneten bestehen und das Recht erhalten solle, Interessenten und Sachverständige zeugeneidlich zu vernemen. Vor der Einfügung der eidlichen Verpflichtung der zu Vernehmenden zeigte nicht nur die Vertreter der Mehrheit eine bemerkenswerte Scheu, sondern auch die Regierung erhob Einwendungen. Staatssekretär v. Steunzel fühlte gewichtige verfassungsrechtliche Strupeln. Abgeordneter Dr. Südekum begründete es mit Freuden, daß bei der Regierung sich eine so sorgfältige Beachtung verfassungsrechtlicher Gesichtspunkte zeigte; bisher habe man davon aber sehr wenig wahrgenommen. Abg. Ledebour begründete seinen Antrag ausführlich und widerlegte die dagegen lautgewordenen Bedenken. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Ledebour gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen abgelehnt, der Antrag Lattmann einstimmig angenommen, nachdem ihm die Bestimmung eingefügt worden war, daß die parlamentarischen Mitglieder vom Reichstage zu wählen seien.

Da im preussischen Abgeordnetenhaus eine lebhafte Sehnsucht nach den Doppelmandatären in der Budgetkommission lautgeworden war, so wurden die Verhandlungen um 12¼ Uhr auf Mittwoch vertagt.

Reichsgericht!

Am 1. Dezember 1903 wurde unser Parteigenosse, der Reichstags-Abgeordnete Dr. Herzfeld vom Landgericht I Berlin wegen angeblicher Wahlfälschung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Genosse Herzfeld hatte in der Hauptwahl am 16. Juni in Kostock seinen Wohnsitz, war dort in die Wählerliste eingetragen und hatte dort sein Wahlrecht ausgeübt. Nach der Hauptwahl war er an seinen anderen Wohnsitz Berlin zurückgekehrt und hat in der Stichwahl im 1. Berliner Wahlkreise, wo er gleichfalls rechtmäßig in der Wählerliste stand, abgestimmt. Die Staatsanwaltschaft, welche durch eifrige Polizeispionage Kenntnis hiervon erlangt hatte, erhob doppelte Anklage gegen Herzfeld. Er sollte in Kostock zu Unrecht gewählt haben, weil er dort keinen Wohnsitz habe, und ebenfalls in Berlin zu Unrecht gewählt haben, weil sein Wahlrecht bereits durch das Wählen in Kostock erfüllt gewesen sei. Das Berliner Landgericht hatte die erste Anklage zurückgewiesen, dagegen wegen des Wählens in Berlin auf 14 Tage Gefängnis wegen „Wahlfälschung“ erlanten.

Nach mehr als 14 Monaten hat nun endlich das Reichsgericht über diese Angelegenheit entschieden! Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist sowohl die Revision des Staatsanwalts, welche die Verurteilung auch wegen Vergehens in Kostock forderte, verworfen worden, als auch die Revision des Angeklagten. Wir haben früher die Selbstmitleiden dieses Prozesses ausführlich kritisiert, und es ist nun lediglich nochmals festzustellen, daß das Reichsgericht die in seinen Annalen denkwürdige Tat vollbracht hat, nicht nur ein früheres richtiges Urteil umzustosen, sondern auch einen Staatsbürger zu verurteilen, weil er das für Recht gehalten hat, was das Reichsgericht selbst als Recht feststellte.

Der III. Senat des Reichsgerichtes hatte in früherer Zeit völlig richtig festgestellt, daß ein doppeltes Wählen, sofern es auf Grund richtiger Wählerlisten erfolgt, nicht strafbar ist. Der Senat hatte ferner gleichfalls mit Recht die Entscheidung darüber, ob Wählerstimmen, die in doppelter Wahl abgegeben wurden, gültig seien, als außerhalb seiner Entscheidung erachtet und diese Entscheidung dem allein zuständigen Reichstags übertragen. Die Entscheidung über die Schuld Herzfelds lag nun in den Händen des II. Senates des Reichsgerichtes. Sollte dieser Senat ein von dem früheren Urteil abweichendes fällen, so hätte eine Gesamt-Entscheidung aller Senate des Reichsgerichtes herbeigeführt werden müssen, wie sie der Angeklagte wünschte. Nun sagte es sich selbstam, daß der II. Senat seine Hauptverhandlung nicht eher abbraunnte, als bis der III. Senat, dem ein ähnlicher, aber weit später vor dem Landgericht behandelter Fall vorlag, zuerst seine Entscheidung traf. Der III. Senat stieß sein früheres Urteil um und erklärte das doppelte Wählen jetzt strafbar, so daß auch für den zweiten Senat, wofern er die Strafbarkeit festzustellen beabsichtigte, der Zwang entfiel, der Gesamtheit der Senate die Frage zu übertragen.

Der II. Senat hat aber nicht nur eine unrichtige Auffassung zu der seinigen gemacht, deren Unhaltbarkeit offenbar ist, sondern er hat, was das Ungeheure der Angelegenheit ist, dem Landgericht beigegeben, daß der Angeklagte sich bewußt gewiser sei, etwas Unstatthafes zu tun, als er in der Stichwahl in Berlin seine Stimme abgab. Der Angeklagte ist der Rechtsüberzeugung, die das höchste Gericht ausgesprochen hatte und die zu jener Zeit allein gültig war, gefolgt und gleichwohl mutet ihm wie das Landgericht so auch jetzt das Reichsgericht zu, er habe gewußt, daß das, was das Reichsgericht für recht aufgestellt habe, unrecht und strafbar sei.

Ein solcher Vorgang muß die Verwirrung der deutschen Rechtszustände ins Ungeheure steigern. Wenn der Staatsbürger unter Befolgung der Rechtsanschaunngen des höchsten Gerichts sich strafbar macht, wenn Kenntnis des Gesetzes und der Reichsgerichts-Entscheidungen strafbar macht, so hört jede Möglichkeit auf zu wissen, was in Deutschland Rechtens ist. Daun erhebt sich nur die Frage, ob nicht die Reichsrichter, deren Rechtspruch der Angeklagte gefolgt ist, wegen Anstiftung zur Widergesetzlichkeit und Verfälschung zu Vergehen in Anklagezustand gesetzt werden müssen. Die deutsche Justiz hat sich durch diese Vorgänge um eine Leistung bereichert, die ihr Wesen für alle Zeit kennzeichnen.

Deutschland ein Gutbezirk.

Im Landesökonomischen Kolloquium hat man dieser Tage, wie schon berichtet, nicht nur über die Viehhandels-Interessen des Junkertums gesprochen, sondern auch einen Flug in die hohe Politik genommen und dabei in leuchtenden Farben den Ideal-Junkertumsstaat der Agrarier gemalt, in dem Deutschland nur noch ein Gutbezirk der Selbstgenugheit ist. Graf Kemnitz-Wachungen sprach über die Landflucht und erklärte Myn und Klar, daß alles Gerechte von der Landflucht abhängig sei, solange nicht die Freizügigkeit beseitigt werde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stimmt mit Begeisterung diesen Verlangen zu. Der Schulmeister, der in dem Blatt sein Wesen treibt, versteht es sogar, diese brutalste aller reaktionären Forderungen mit der jämmerlichen Thril eines höheren Gynnasiallektors zu umkleiden. Setzen denn die der Schule entwachsenden Kinder schon jetzt so reif, um über ihre Zukunft entscheiden zu können? Nein, sie sind natürlich nicht reif, und deshalb muß es dem gnädigen Herrn überlassen bleiben, wie er die Seele der Menschen zur Reife bringen kann, nachdem er sie schon als Kinder durch Mißbenutzen und Viehhüten nach Kräften seilich erzogen hat.

Die Gesamtheit, meint die „Deutsche Tageszeitung“, habe allerdings nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß das heranwachsende Geschlecht heimständig bleibe. Auch diese Heimatpoesie belagt auf deutsch: die Gesamtheit habe die Pflicht, dem Junkertum billige und demütige Arbeitslöhne zu erhalten. Viele Lande seien zugrunde gegangen, weil sie sich zu früh aus ihrem „Wurzelboden herausgerissen“ haben, meint die „Deutsche Tageszeitung“ weiter. Der „Wurzelboden“ ist der poetische Ausdruck für die Scholle, an die der Landarbeiter gefesselt werden mußte. Unter dem Zugrundegehen versteht der Poet des Wunderzollens den Versuch, sich von der Existenz der Selbstgenugheit auf den ostelbischen Gutbezirk zu befreien. Dr. Dertel spricht endlich von dem „Reich der Freizügigkeit“.

Es ist ganz klar, daß dahin letzten Endes das Ziel des Junkertums geht. Nachdem sie durch die hochagrarische Handelspolitik ziemlich dafür gesorgt haben, daß das deutsche Volk nur das zu essen habe, was der Großgrundbesitzer im Osten durch seine Landarbeiter zu produzieren für gut befindet, und nur zu solchen Preisen zu verzehren habe, die den standesgemäßen Bedürfnissen der Majoratsbesitzer entsprechen, bleibt nur noch für die Agrarier die Aufgabe zu lösen, ihre eigenen Produktionskosten so niedrig wie möglich zu drücken. Durch die Bewässerung der Konsumenten, die weiches dee Preisfestsetzung des Junkertums ausgeliefert sind, nachdem die Grenze durch hohen Zoll und Sperre mit Stachelndraht versehen sind, haben sie dafür gesorgt, daß sie für die Mühe, von junkerlichen Eltern geboren zu sein, dadurch belohnt werden, daß sie von der Gesamtheit der Konsumenten ansständig erhalten werden. Durch Herabdrückung der Löhne erzielen sie nun auch eine weitere Verbesserung ihrer Existenz, indem sie die Produktionskosten vermindern. Um das zu erreichen aber müssen die Landarbeiter „heimständig“ bleiben. Sie müssen, wenn man ihnen nicht gestattet, die flüchtigen Gutbezirke zu verlassen, um nicht zu verkümmern, für jeden Lohn und bei jeder Behandlung dem gnädigen Herrn fronden.

Laßt man aber die Freizügigkeit an, so ist damit die Rückkehr zur Selbstgenugheit begonnen und prinzipiell schon vollendet.

Das Kontraktbruchgesetz, das durch Verschärfung der Landflucht zu hindern sucht, ist von der preussischen Regierung zurückgezogen worden — natürlich nicht wegen der Bedenken, daß es unvereinbar mit dem Reichsgesetz wäre — daraus maach sich die preussische Regierung keine Sorgen, sondern sicher wegen der Erkenntnis, daß dieses Kontraktbruch-Gesetz eine zweifelnde Waffe sei und leicht dazu führen könne, die Landflucht noch zu vermehren.

Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß das preussische Junkertum nunmehr als nächste Aufgabe seines zielbewußten Strebens sich vornehmen wird, in Preußen eine Erziehung des Abzuges vom Lande zu erreichen. Das preussische Dreiklassen-Wahlrecht ist diesem Beginnen durchaus günstig und das keine Bedenken, daß die Freizügigkeit durch die Reichsverfassung gewährleistet wird, wird die Herren Pöbbelski und Schönstedt nicht abhalten, ihren agrarischen Geschäftsfreunden gefällig zu sein.

Auch im Deutschen Landwirtschaftsrat ist die Frage der „Selbstmachung“ am Dienstag besprochen worden. Man fordert in einer Resolution die Regierung zunächst auf, genaue Statistik über die Abwanderung der männlichen und weiblichen Jugend vom Lande zu veranlassen. Dann wird eine Anzahl Maßnahmen vorgeschlagen „zur Dignahaltung der Abwanderung“; da heißt es u. a.: „Beimstellung der Berufswahl der ländlichen Jugend beim Unterricht in Schule und Kirche; Anwendung einer strengen Kontrolle der Substitutionsmittel und des Unterkommens der vom Lande in die Stadt wandernden weiblichen Jugend“.

Um diesen Plänen Nachdruck an gewissen Stellen zu erwirken, wird die „rote Gefahr“ eifrig heraufbeschworen. Der Referent, Hauptmann Dr. Windewald, erklärte, daß er in der Abwanderung nach der Stadt eine „Verstärkung der sozialistischen Gefahr“ sehe; wenn das so wie bisher weitergehe, dann werde auch das Heer, das bisher ein rocher de bronco war, sich mit Leuten anfüllen, die nur äußerlich sich der Disziplin unterwerfen, innerlich aber revolutionär gesinnt seien; die Abwanderung nach der Stadt schädige die Wehrkraft des deutschen Volkes, ihre Folgen seien unüberdenkbar.

Ungehörig oder Fahnenflucht? Außerordentlich wichtig für Reservisten ist eine Verhandlung, die sich am gestrigen Montag vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps abspielte. Die Anklage war gerichtet gegen den Reservisten Ludwig Schmitz und lautete auf Ungehörig gegen einen Befehl in Dienststücken und unerlaubte Entfernung aus dem Heere. Der Angeklagte erhielt im April 1898 einen Gefestellungsbefehl, nachdem er vom 12. Mai desselben Jahres an eine vierzehntägige Uebung mitzumachen hatte. Einige Tage vor dem 12. Mai verließ Schmitz seinen Aufenthaltsort und war seit dieser Zeit von den Militärbehörden nicht aufzufinden. Am 15. Januar 1904 meldete sich der Angeklagte in Altona, und nun stellte sich heraus, daß der Reservist die Uebung im Jahre 1898 nicht gemacht, während der Jahre 1898 bis 1904 auch die Kontrollveranlassungen nicht besucht hatte. Es wurde deshalb Anklage gegen ihn erhoben. In gestrigen Terminen war der Angeklagte im vollen Umfang geständig, behauptete aber, die Un- und Abmiedlungen nur deshalb unterlassen zu haben, um seine Arbeit, die zu finden ihm eine Nervenanstalt schon sehr erwünschte, nicht zu verlieren. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, die Verhandlung zu vertagen und den Gefestellungsbefehl einzuziehen, der dem Angeklagten im Jahre 1898 zugestellt worden war. Der Gerichtshof war nämlich der Ansicht, daß es vornehmlich auf den Wortlaut dieses Schriftstückes ankomme. Würde der Angeklagte in demselben nur aufgefodert worden sein, sich bei dem zuständigen Bezirkskommando zu melden, so läge einfacher Ungehörig vor, während andererseits, wenn der Gefestellungsbefehl den Angeklagten aufgefodert hätte, sich bei seinem Truppenteile einzufinden, sich das Vergehen als Fahnenflucht resp. unerlaubte Entfernung von der Truppe charakterisiere. — Der letzteren Auffassung sind auch die Richter der ersten Instanz gewesen, die Schmitz wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe zu 7 Wochen Gefängnis verurteilten. Gegen diese Entscheidung hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt, die jedoch seinerzeit vom Oberkriegsgericht verworfen wurde. Nun legte der Gerichtsherr Revision beim Reichs-Militärgericht ein, welches seinerseits die Angelegenheit in die Revision zurückverwies. Die Sache ist von prinzipieller Bedeutung, da viele Hunderte von Reservisten sich jährlich desselben Vergehens schuldig machen wie der Angeklagte.

Gegen die Herkule Ranzelagitation

hat die badische Regierung bei der erzbischöflichen Kurie in Freiburg Protest erhoben. Vor einigen Wochen hatte, wie wir seinerzeit mitteilten, das Zentralagitationskomitee des Zentrums in Baden, an dessen Spitze ein Pfarer Wader steht, ein Rundschreiben an die

Geistlichen erlassen, in welchem sie aufgefordert wurden, gegen die nichterfüllte Presse zu agitieren. Es hieß unter anderem in jenem Rundschreiben:

„So ist es wohl auch zu erklären, daß bei uns in Baden wie auch anderwärts der Mero in voller Uebereinstimmung mit dem Episkopat es sich angelegen sein läßt, nach Maßgabe der in den einzelnen Gemeinden abzuhalten. Den Verbänden, die Verbreitung der Presse der einen Richtung möglichst zu hemmen, die der anderen möglichst zu fördern. . . In der Regel ist auch davon Erfolg zu erhoffen, wenn der Pfarrer mit der angemessenen Zurückhaltung und Vorsicht von der Kanzel herab nach der einen Richtung hin warnt, nach der anderen mahnt und bittet. Als besonders wirksam hat es sich in einer Reihe von Fällen gezeigt, wenn die Pfarrämter eines ganzen Kapitels oder wenigstens einer Gegend sich miteinander verständigen, an einem und demselben Sonntag eine zuvor vereinbarte gleichlautende Erklärung zu verlesen.“

Das Zentralkomitee ist weit davon entfernt, den hochwürdigen Pfarrwärtin etwa Weisungen geben zu wollen. Es bittet Sie, hochwürdiger Herr, aber angelegentlich in der nächsten Zeit die Schritte ins Auge zu fassen und zu tun, die Ihnen nach den obwaltenden Verhältnissen in Ihrer Pfarrei angemessen erscheinen, um auf dem Gebiete derselben die Verbreitung der gegenwärtigen Presse möglichst zu verringern und die Verbreitung der Zentrumsprelle möglichst zu vergrößern.“

Die Zentrumsprelle mit sammt der ganzen Kaplanokratie tut in der Regel sehr entrüstet, wenn man sagt, daß die katholischen Geistlichen die staatlich bezahlten Agitatoren des Zentrums sind. Hier in dieser unerschöpflichen Aufforderung zum Mißbrauch der Kanzel war einmal der Beweis so schlagend erbracht, daß auch die Regierung nicht länger „blinde Kuh“ spielen konnte. Sie erhob Protest bei dem badischen Erzbischof, und nun tritt das Zentralkomitee einen jämmerlichen Rückzug an. In einem zweiten Rundschreiben an die Pfarrämter sucht sich die Leitung des Zentrums hinter die Staatsbürgervereinigungen der Geistlichen zu verbergen. Das ist aber nur eine durchaus oberflächliche Ausrede. Die ländliche katholische Bevölkerung macht keinen Unterschied zwischen dem Pfarrer als Geistlichen und als Staatsbürger, was der Pfarrer sagt und tut, tut er als Geistlicher.

Der „liberale Musterstaat“ auf russischer Fahrt. Der badische Minister des Innern, Dr. Schenkel, hat den Rektoren der drei Hochschulen mitteilen lassen, wenn etwa die russischen Studierenden, ähnlich wie in Darmstadt, vor den russischen Konsulaten gegen die verbrecherische Schandwirtschaft des Jursismus zu protestieren sich erlaubten, würde er alle Teilnehmer kurzerhand ausweisen lassen. Diese standhafte Parteihaltung der russischen Absolutismus entspricht ganz der Haltung, die der badische Minister schon früher eingenommen hat. Derselbe Mann war es ja, der, als in Preußen die Klage gegen die russischen Studierenden geritten wurde und als der Reichszentralrat seine beschämende Rede über die „Schonruder und Verschwörer“ hielt, anordnete, daß jeder der aus Preußen ausgewiesenen Russen in Baden sofort auch ausgewiesen werde, sobald er sich dort sehen lasse. Im Landtag haben diese preußisch-russischen Kasaiendienste zwar sofort die verdiente Kritik erfahren, in dessen fanden Nationalliberale und Zentrum zu dem Minister, und nun hält er sich für berechtigt, seine russische Politik fortzusetzen.

Hoffentlich lassen sich deshalb die russischen Studierenden nicht abhalten, ihrer Meinung über die russischen Greuel Ausdruck zu geben; die badische Arbeiterchaft steht hinter ihnen. Das gilt unter anderem auch eine Volksversammlung, die sich in Karlsruhe mit der russischen Revolution und dem Bergarbeiterstreik beschäftigte und die bei einem Besuche von zirka 900 bis 1000 Personen — mehr fahrt der Saal nicht — 180 M. für die Opfer dieser Kämpfe sammelte. —

Nachrichten.

Man schreibt uns aus Königsberg:
In Nr. 19 des „Vorwärts“ brachten wir unter der Überschrift „Ländliche Kulturbilder“ eine Notiz über staarsträubende Mißhandlungen einer wehlosen Landarbeiterfrau durch den Verwalter Passarge im Gute Hagenbüsch im Kreise Fischhausen. Der „Königsberger Volkszeitung“, die diesen Fall ausführlich geschildert hatte, gingen darauf folgende Erklärungen von den als Eigentümer des Gutes bezeichneten Eheleuten zu:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

In Beziehung auf Ihren Artikel „Landarbeiterleben“ in Nr. 11 der „Königsberger Volkszeitung“ (13. Januar) bitte ich ergebenst um Aufnahme folgender Berichtigung und Erklärung: Nicht ich bin der Besitzer des Gutes Hagenbüsch, sondern dasselbe gehört meiner Frau. Ich habe weder an dem Befehl noch an der Verwaltung desselben irgend welchen Anteil.

Von den traurigen Vorgängen daselbst, über die Ihre Zeitung berichtet, habe ich erst durch Lesen des betreffenden Artikels Kenntnis erhalten. Das Verhalten des Gutsverwalters, Herrn Passarge, verurteile ich gleich Ihnen aufs schärfste.

Hochachtungsvoll

Heinrich Ködner.

Im Anschluß an die Zuschrift von Herrn Ködner in Nr. 18 der „Volkszeitung“ teile ich der verehrten Redaktion mit, daß Herr Passarge das Gut Hagenbüsch ganz selbstständig verwirksamt und dieselbe für die in Nr. 11 geschilderten Verhältnisse auch ganz allein verantwortlich zu machen ist. Ich glaube das für gut zu finden, daß derartige nicht wieder vorkommen wird.

Frau Katharina Ködner.

Und was geschieht kaum eine Woche darauf?
Sonntags, den 28. Januar, geriet derselbe Verwalter Passarge mit dem Oberschweizer des Gutes in Meinungsverschiedenheiten über 10 Liter Milch, die die Kälber zu wenig erhalten haben sollten. Ohne weiteres befehl der Verwalter dem Schweizer dreimal hintereinander, den Stall zu verlassen und sofort die Wohnung zu räumen. Um sich nicht des Hausfriedensbruchs schuldig zu machen, verließ der Schweizer die Arbeit. Schon am anderen Tage, also Sonntag, befehl nun der Verwalter, die Leute sollten aus ihrer Wohnung raus und in eine andere, gegenwärtig unbewohnbare Stube ziehen, damit der schnell gemietete Nachfolger hineinziehen könne. Der Schweizer tat das nicht, sondern ging erst Montag früh mit seiner Frau nach Königsberg, um sich bei dem Agenten nach einer neuen Stelle zu erkundigen. Als die Eheleute am Abend zurückkamen, fanden sie ihre Wohnung erbrochen, die Sachen in die vorher erwähnte Stube geworfen und den neuen Schweizer in der Wohnung. Der Kammerer des Gutes gab ohne weiteres zu, daß er mit Befehl des Verwalters Passarge die Tür der Wohnung erbrochen und mit Arbeitern die Wohnung geräumt hatte. In der Stube, in der die ganze Wirtschaft der Leute buchstäblich hineingeworfen war, sah es ziemlich bunt aus. Der Kleider- und Wäschekasten war unerschlossen gewesen und mitten auf den Fußboden gelegt und alles durcheinander gewühlt. Aus dem Wäschekasten fehlten 30 M. bares Geld. Freich gewaschene Wäsche, die in der Stube zum trocknen aufgehängt war, war mit alten Stiefeln und anderen Gegenständen zusammengeworfen. Vor dem Verlassen der alten Wohnung hatten die Leute sogenannten Fladen (feines Brot) gebacken. Der ganze Vorrat war von den Arbeitern, welche die Wohnung räumten, bis auf einen kleinen Rest verzehrt worden. So fanden die Leute ihr Eigentum wieder. Sie mussten nun in der kalten ungeheizten Stube, in der eine Menge Ratten umherliefen, in der sie nicht einmal Betten aufstellen konnten, auf Stühle sitzend übernachten, was besonders für die schwangere Frau gesundheitsschädlich war.

Am anderen Morgen verlangte der Oberschweizer vom Verwalter Passarge seine Kautions und Beträge von 90 M. sowie rückständigen Lohn. Beides wurde ihm verweigert. Wäre der so be-

handelte Schweizer nicht ein außerwöhnlich großer und starker Mann gewesen, er hätte sicher noch eine Tracht Prügel erhalten. Der in „Wagen“ wohnende Amtsborsther, dem der Schweizer von dieser unerhörten Vergewaltigung Anzeige machte, wollte, ist tagsüber nie zu Hause. Er ist nur bis morgens 8 Uhr zu sprechen. Aber auch am anderen Morgen hat er nichts unternommen, um wenigstens den Verbleib der 90 M. zu ermitteln. Der Gendarmerie dieses Bezirks ist seit dem ersten Vorfall auf dem Gute Kagenbüsch plöglich fort. Ein Nachfolger ist noch nicht da. Die beiden obdachten gemachten Eheleute haben jetzt bei Bekannten in Königsberg Unterkunft suchen müssen, bis sie einen neuen Dienst und Wohnung finden.

Und so etwas passiert nicht etwa in Rußland, sondern in der Provinz Ostpreußen des Staates Preußen, welcher in der Kultur Deutschland angeblüh vorangeht. —

Stuttgart, 7. Februar. Die Kammer der Abgeordneten hat heute zwei Anträge angenommen, in denen die Regierung ersucht wird, im Bundesrat auf die Verwirklichung zweier früherer Beschlüsse des Reichstages bezüglich der Gewährung freier Hin- und Rückfahrt an beurlaubte Mannschaften des stehenden Heeres und der Marine sowie bezüglich freier Fahrt bedürftiger Eltern zum Besuche eines bei der Truppe schwer erkrankten Sohnes durch Einstellung der hierzu erforderlichen Mittel in den Reichshaushalts-Gesetz hinzuwirken. Einer Anregung des Kriegsministers v. Schürzen zufolge, der beiden Anträgen zustimmte, soll die freie Fahrt auch der bedürftigen Frau eines erkrankten Reservisten und Landwehmannes gestattet sein. Ferner wurde ein Antrag angenommen, den Grate-Urlaubern, soweit dies nicht von Reichs wegen gestattet sollte, freie Eisenbahnfahrt auf den württembergischen Staatsbahnen zu gewähren. —

Mag Lorenz' Ehrenglied und Ehrenpoch. Unser verantwortlicher Redakteur Genosse Paul Vötter ist am Dienstag vom Schöffengericht zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Herrn Mag Lorenz in seiner Ehre gekränkt haben sollte. Und das hing so zusammen: Der „Vorwärts“ hatte ihm einen gegen den Professor Delbrück gerichteten Artikel zugeschrieben, in dem diesem „Erzieher der Jugend“ nachgesagt war, daß er den Reichsmord verherliche. Und — wie schon die Wege des Schicksals wunderlich sind — gerade dieser Artikel soll nicht von Mag Lorenz geschrieben sein. Das war Herr Lorenz Ehrenglied, dem er wesentlich seinen gerichtlichen Erfolg verdankt.

Dafür wußte der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine mit einer reichen Auswahl anderer von Mag Lorenz wirklich verfaßten Artikel aufzuwarten, die sämtlich auf derselben sittlichen Höhe stehen wie der ihm fälschlich zugeschriebene Artikel gegen Delbrück. Aus diesen Artikeln ging für jeden Unbefangenen hervor, daß Herr Lorenz seinen Beruf als Scharfmacher darin findet, nicht bloß unter sozialdemokratischen Redaktionsheften, sondern gelegentlich auch unter Ministerstühlen und Kathedern seine Feuerreden anzuländen, leitenden Staatsmännern und Professoren Umsturzbegünstigungen zuzuschreiben, die Würde des Rechtsanwaltsstandes gegen sozialdemokratisch geminte Anwälte zu vertheidigen und sich gelegentlich darüber zu wundern, was alles in einem monarchischen Staate von sozialdemokratischen Blättern geschrieben werden dürfe. Zudem mußte Herr Lorenz zugeben, daß er das Ehrenpoch gehabt habe, die sozialdemokratische Partei schon in jener Zeit angegriffen zu haben, als er bei ihr noch tief in der Kreide steckte.

Herr Lorenz bestreitet, daß seine Tätigkeit berufsmäßiges Denunziantentum sei und findet einen solchen Ausdruck ehrkränkend. Er scheint also aus seiner sozialdemokratischen Gefinnungsperiode noch die Ansicht übernommen zu haben, daß der Denunziant der größte Schutz im Lande sei. Diese Ansicht vertritt sich aber keineswegs mit Herrn Lorenz gegenwärtiger Weltanschauung. Wer in der gewaltsamen Unterdrückung sozialdemokratischer und liberal-sozial-reformerischer Bestrebungen das Heil der Welt erblickt, muß den Denunzianten solcher sozialpolitischen Gräueltaten für den besten Staatsbürger und berufensten Ordnungsbreiter halten. So gut es für die Sozialdemokratie eine Ehre ist, von gewissen Leuten denunziert zu werden, müßten es diese Leute für eine Ehre halten, zu denunzieren. Sicher aber sieht der sittlich höher, der seinen Denunzianten mit Würde trägt, als jener, der zwar denunziert, aber kein Denunziant heißen will.

Südwestafrika.

Nach einem Telegramm aus Windhuk sind gefallen: Bei einem Ueberfall durch Hottentotten bei Karibib am 27. Januar 1905 Gefreiter Friedrich Steinmeyer, geboren 6. Januar 1882 zu Volme; Reiter Verthold Bromme, geboren 2. Februar 1882 zu Gangelstimmern; Reiter Wilhelm Schmidt, geboren 31. März 1880 zu Culmburg.

Verwundet in den Gefechten bei Groß-Kabas vom 2. bis 4. Januar 1905: Reiter Adolf Gensle, geboren 26. Mai 1882 zu Gr. Grobienen, leicht; Reiter Joseph Fiebig, geboren 25. August 1882 zu Raltsh, leicht. Im Gefecht bei Harukas am 8. Januar 1905: Reiter Hugo Kuhne, geboren 22. August 1884 zu Hirschfeld, leicht. In einem Gefecht 60 Kilometer nördlich Hoalhanas (Datum nicht bekannt): Reiter Karl Hertel, geboren 20. Juni 1888 zu Westph, leicht. Schuß rechten Ellenbogen und Hand; Reiter Paul Grättnier, geboren 11. Juli 1882 zu Schön-Ellguth, schwer, Schuß Hals.

An Krankheiten gestorben im Lazarett Djijhaena: Reiter August Elöner, geboren 25. Mai 1883 zu Schmargendorf, an Typhus. (Todestag noch nicht bekannt.)

Im Lazarett Windhuk: Johneister-Aspirant Vincent Kolodziej, geboren 17. Januar 1877 zu Falkowitz, am 4. Februar 1905 an Typhus.

Im Lazarett Karibib: Reiter Friedrich Till, geboren am 14. Februar 1883 zu Halbendorf, am 4. Februar 1905 an Herzschwäche.

Zunfolge Unglücksfälle am 15. Januar 1905 in Reetmannshof verwundet schwer: Reiter Wilhelm Orabiy, geboren 17. November 1888 zu Wolbly, Schußverletzung an der linken Brust und dem linken Oberarm; leicht: Reiter Stanislaus Wujec, geboren 2. November 1888 zu Schneidemühl, Schußverletzung an der rechten Hand.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 7. Februar. Eine Vollversammlung der koalitierten Opposition genehmigte den Beschluß, die Koalition weiter aufrechtzuerhalten. Der Präsident Kossuth stützte die Grundzüge, welche für seine Haltung bei den jetzigen Konferenzen mit dem Grafen Andrassy maßgebend seien. Vetreffend die wirtschaftliche Selbständigkeit dürfte kein Hindernis abzuwarten, hingegen böten sich Schwierigkeiten bezüglich der Geltendmachung des nationalen Geistes auf militärischem Gebiete. Graf Waponty bemerkte, bei der Konstituierung des Hauses müsse die Leitung in solche Hände niedergelegt werden, welche die Gesetze sicherten und weitere Anschläge gegen die Nation ausschloßen. —

Amerika.

Der Kongreß von Kuba hat in letzter Zeit große Beifügungen gemacht für eine allgemeine Hausreinigung, das heißt für sanitäre Maßregeln in den größeren Städten. Die amerikanische Presse brachte unausgesetzt Artikel über die gesundheitsgefährlichen Zustände auf Kuba und forderte die Regierung in Washington zum Einschreiten auf. Es wurde behauptet, daß die alte, spanische Volkswirtschaft wieder eingerissen sei, womit die Amerikaner energisch

aufgeräumt hatten. Präsident Palma erklärte, daß er gern den Wünschen der Amerikaner entgegenkomme, aber man müsse ihm mehr Zeit dazu lassen. Die Einwanderer aus Spanien, die noch massenhaft nach Kuba kommen, werden jetzt unter Quarantäne gestellt, um erst gründlich ausgeräuchert zu werden, ehe sie als Arbeiter in den Weinbergen und auf den Zuckerplantagen zugelassen werden. In den Seehäfen, wie Habana und Santiago, ist man am Werk, Wasserleitung und Kanalisation neu anzulegen: eine Kolonie für Auszubühende ist errichtet worden. Der Kongreß hat sich mit den Neuerungen einverstanden erklärt, trotzdem es um Kubas Kaffe schlecht bestellt ist und die Armee noch große Forderungen hat. Eine neue Anleihe ist notwendig geworden. —

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission.

Die Ansetzung der Wahl des Abgeordneten Krause im Wahlkreise Remel-Dehdekrug verurteilt den Konserbativen arge Beschwerden. Durch drei Sitzungen beschleppte sich die Prüfung, die sich speziell auf die Wahlbeeinflussung des Landrats Cranz in Remel konzentrierte. Obgleich die Kommission seit der Legislaturperiode 1893 nach dem Grundzüge handelt, daß eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung — wie sie die Unterzeichnung von Wahlaufrufen zugunsten eines bestimmten Kandidaten durch Landräte unter Beifügung ihres Amtscharakters darstellt — zur Kasserung der Wahl führen müsse, bröckelt die Kommission in dieser Session von den damals festgestellten Grundfragen soviel ab, wie es der Mehrheit gerade in den Kram paßt. Handelt es sich um sozialdemokratische Abgeordnete, wie zum Beispiel im Kreise Altenburg, dann macht diese Mehrheit kein Federlesen und schreitet unter bedenklicher Einseitigkeit und spintzierenden Juristereien zur Ungültigkeitserklärung der Wahl. In anderen Fällen aber, wie jetzt beim Fall Krause, sucht sie die amtliche Wahlbeeinflussung ihrer Wirksamkeit zu entkleiden und sie in nur äußerst bedingter Weise als wahlverfälschendes Moment gelten zu lassen.

Es steht fest, daß der Landrat Cranz eine Erklärung zugunsten Krauses, als den der Regierung genehmigten Kandidaten, mit seinem Namen und unter Beifügung seines vollen Amtscharakters unterzeichnet hat. Der Referent beantragte infolgedessen die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Zwischen schritten aber Vermehrungen zwischen Zentrum und Konserbativen statgefunden zu haben, denn das Zentrum kam den Konserbativen entgegen und betrug die Mehrheit zu dem Beschlusse, die Handlung des Landrats, die selbst von den Konserbativen als sehr ungeschickt bezeichnet wurde, als erheblich im Sinne der bisherigen Grundzüge der Kommission zu erklären, aber diesem Beschlusse fügte sie den lächerlichen Beschluß hinzu, Erhebungen anzustellen, wie weit das „Remeler Dampfboot“, in dem die landräthliche Erklärung abgedruckt war, im Kreise Remel verbreitet sei und ob es am Tage der Wahl noch in die Hände aller Wähler gelangt sei. Von diesen Erhebungen soll es abhängen, wie die Wirkung der amtlichen Wahlbeeinflussung zu beurteilen sei. Bis zum Eingang des Erhebungsergebnisses hat die Mehrheit dann noch Zeit und Gelegenheit, Rettungsversuche für das Krause'sche Mandat vorzunehmen und die Grundzüge für die Wahlprüfung weiter zu unterminieren.

Demgegenüber hielt die Minderheit an der bisherigen Praxis fest, wies aber der Mehrheit gegenüber vergeblich auf die Wirkung der amtlichen Beeinflussung bis zur Stichwahl hin, bei der der sozialdemokratische dem konserbativen Kandidaten unterlag. Ferner gelangte zur Prüfung die Wahl des Hg. v. Polczynski (Pole) im Wahlkreise Kartaus-Puyig, Regierungsbezirk Danzig. v. Polczynski erhielt 16348 Stimmen gegenüber rund 7200 Stimmen seiner vier Gegenkandidaten. Deshalb legte die Kommission dem Protest, der die Ausschließung der Öffentlichkeit bei der Stimmzählung in Pöllubitz feststellte, kein Gewicht bei. Trotzdem der Wahlakt in Pöllubitz für ungültig erklärt wurde, blieb den gewählten Abgeordneten eine so große Majorität, daß die Wahl für gültig erklärt wurde.

Außerdem wurden die Berichte für die Wahlen Brejosi (Pole) und v. Hohenberg (Welfe) festgestellt.

Eine Reformkomödie.

In seinem „idealen Staate“ träumte Plato von einem hohen Rate der Weisen, der für das Volk Gesetze macht: Menschen, die im Besitze von „goldenen Seelen“ waren, sollten dort den „einfachen Eterbliden“, den Menschen, die nur „eine silberne“ oder sogar „kupferne“ Seele hatten, Gnaden erweisen. Ein System komplizierter Erziehung sollte die Bürger des idealen Staates zur Annahme der höchsten Weisheit vorbereiten. . . .

Der russische Rat der Weisen handelt einfacher und entschlossener. Um die Seelen der Untertanen zur begeisterten Aufnahme der Reformen vorzubereiten, nahm die russische Regierung zu einem sehr radikalsten Mittel Zuflucht. Sie fand, daß das Menschenblut das beste Mittel sei, um den Boden der Reformen zu düngen und menschliche Leichen — die beste Grundlage zu deren Durchführung, Massenmord und schonungslose Jagd auf Menschen waren die Vorbereitungsmittel dazu. Und erst dann, als das blutige Werk vollbracht und jede Möglichkeit des Protestes der „Rebell“ und „Revolutionäre“ erstickt worden war, konnte der aufgeklärte Absolutismus mit seiner großen Tat beginnen. Nach den Bajonetten kam die Zeit für den Emissus und Hohn. . . .

Mit der kalten Frechheit selbstbewußter Hofalcaien begannen die Mitglieder des russischen Ministerkomitees „über die Geschlichkeit“ im Reiche der Anute und Kagaisa zu beraten. Und sie schämten sich nicht, ihre abscheulichen Verbrechen vor der ganzen Welt zu enthüllen. Mit der Ruhe der großen Kenner bürokratischer Charlatanerie offenbarten sie der erstaunten Welt die Geheimnisse der Staatskunst, von der der grandiose Parast, der russische Bureaustatistik bester, jahrhundertlang lebte.

In schwerfälligen Sägen des Kanzleibüros, die die Terminologie der „Aufklärung“ und „Geschlichkeit“ ziert, werden im Ministerkomitee Verständnisse abgelegt, die jeder revolutionären Proklamation Furcht machen könnten. Vor allem werden die Enthüllungen des Königsberger Prozesses bestätigt. Es stellt sich heraus, daß die russischen Gesetze bis jetzt immer auf ungeschicklichem Wege in Kraft traten. Infolgedessen konnten „dieserjenige Personen, für die das Gesetz gilt, nicht sicher sein, ob das bekannt gegebene Gesetz, falls es zur Veratung gekommen wäre, von dem Gesetzgeber wirklich gebilligt würde und als eine wirkliche unmittelbare Aeußerung des monarchischen Willens erschiene.“

So urteilt das Ministerkomitee. Ferner gestehen die Herren, daß die neuen „Gesetze“, die in der Regel den darauf zielenden Verordnungen von Erlassen unmittelbar folgten, „den inneren Wert der Gesetze immer ungünstig beeinflusst haben“. Und das Komitee verkündet die ungeschicklichen Gesetze oder die „Gesetze außerhalb des Gesetzes“ ganz offen, ebenso wie die Abweichungen von der gesetzlichen Ordnung, die bis auf den heutigen Tag stattfinden. Und darüber äußern die Staatsgötter, die „bis auf den heutigen Tag“ sich Abweichungen von der gesetzlichen Ordnung erlauben, sehr lustig ihre Bewunderung; zudem sie auf „manchen Widerspruch in den Artikeln der grundlegenden Gesetze“ hinweisen, die „neue Gesetze auf Grund unmittelbarer Berichte der Minister zulassen“, bemerken die alten Herren mit entzückender Naivität: „Obwohl der allgemeine Sinn dieser Artikel. . . keinen Zweifel über die festgesetzte Gesetzeordnung Raum läßt, mußte dennoch das Komitee die Beseitigung dieses eigentlich scheinbaren Mißverständnisses im Gesetze für wichtig erklären.“

Das ist die Lage der Dinge. Für jedes menschliche Gehirn ist es klar, daß das Gesetz nur dann Gesetz sein kann, wenn seine „Form“ von einer unabhängigen Volksvertretung bestimmt sein wird, die den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt und auf allgemeinem und gleichem Wahlrecht beruht. . . . Die russischen Ständebanden denken anders. „Die Mißverständnisse“ der absolutistischen Willkür

erblicken sie in den Mängeln der Kanzleiform der russischen Gesetzgebung und bringen zu deren Beseitigung ein vorzügliches Projekt in Vorschlag: alle neuen „Gesetze“ oder „zeitweiligen Maßregeln“, die die Kraft des Gesetzes besitzen, müssen unbedingt durch den Staatsrat gehen und mit der Unterschrift des Zaren veröffentlicht werden. Damit aber diese „Form“ die Herren Minister in der Veröffentlichung von geheimen Erlassen nicht beenge, stellen die russischen Reformatoren zwei Ausnahmen fest. In einem Falle „wird das Gesetz auf unmittelbare Bestimmung des Monarchen erlassen und mit allerhöchster Unterschrift versehen“. Im zweiten Falle kann freiwillig die festgestellte „Form“ des Gesetzes den Monarchen nicht beschränken, falls Se. Majestät in Ausnahmefällen geruht, nach eigenem Ermessen das Ministerkomitee zur Beratung eines gesetzgeberischen Aktes zu veranlassen“.

So sieht es mit der „Reform“. Bis jetzt wurden die Gesetze durch den Staatsrat und außerhalb desselben erlassen: der Reform gemäß bleibt die Sache in derselben Lage. Die Gesetze auf Grund der Berichte einzelner Minister werden als Erlasse bezeichnet, die auf „unmittelbare Bestimmung des Monarchen“ erscheinen und mit „allerhöchster Unterschrift“ versehen sind. Es fragt sich, wo bleibt da eigentlich die Reform und wen wollen die russischen Staatsgreife betrogen? Uebrigens, vielleicht sind diese Reformen für das heilige Haupt der russischen Majestät berechnet — dann sind sie selbstredend sehr weise und ausreichend.

Nachdem Gesetze als Gesetze und als allerhöchste Erlasse erfinden worden waren, war es ein Leichtes, einen herrlichen Apparat zu erfinden, wo diese wunderbare Gesetzlichkeit aufbewahrt werden könnte. Der Senat muß reformiert werden. Der Senat muß darauf achten, daß außer den Gesetzen und Erlassen des Monarchen keine anderen veröffentlicht werden. Der Senat muß die Gesetze schützen, bis sie von den Erlassen, und die Erlasse schützen, bis sie von den Gesetzen abgeschafft werden. Zu diesem heiligen Zwecke muß der Senat unabhängig von dem Justizminister sein. Noch mehr. Derselbe hohe und große Senat muß einen Vorsitzenden haben, der in unmittelbarer Verbindung mit dem Monarchen steht, der dem Zaren persönlich Bericht erstattet, während auf der anderen Seite lokale administrative Gerichtshöfe mit öffentlichen Gerichtsverfahren und Prozessführung einzuführen sind. Vor diesen Gerichtshöfen werden Rechtsanwälte Reden halten und die öffentlichen Rechte, die auf Gesetzen und Erlassen beruhen, befürworten. Und um das Werk der Reformen zu vollenden, muß der russische Beamte vor dem Gerichte verantwortlich gemacht werden. Die Gesetzlichkeit wird seiner Raubfährigkeit und Willkür Schranken setzen. Unter dem Einflusse der neugeborenen Gesetzlichkeit wird sich der Volk in ein Lamm verwandeln, der Dieb ein Heiliger und der Mörder ein freundlicher und demutsvoller Familienvater werden! Frohlocket und jubelt, ihr „russischen Bürger“. Die überweisen Gesetze haben Mittel gefunden, ein Paradies innerhalb der Gefängnismauern zu schaffen und eure Ketten in Kränze und Guirlanden zu verwandeln!

Welche Niederträchtigkeit von einem Staatschynismus! Welche Häufigkeit, Mensch als eine Dammherde zu betrachten! Welche Sicherheit in der Durchführung von Reformen, die mit Blut besprüht, die über den Leichen der niedergeblichenen Arbeiter proklamiert werden! Wir glauben gerne, daß die veröffentlichten Gesetze und Erlasse von dem Senate und den administrativen Gerichtshöfen und sogar von den russischen Satrapen (Statthaltern) eifrig bewacht sein werden. Es fragt sich nur, welche Macht kann den Zaren und seine Hofkassaten zwingen, dort Gesetze zu veröffentlichen, wo sie ihnen un bequem oder unangenehm sein können. Wer garantiert dafür, daß in diesen Gesetzen den Untertanen Rechte und nicht nur Pflichten, Pflichten ohne Ende eingeräumt sein werden? Und wenn diese Rechte auch wirklich „allerhöchste“ gemahet werden, so tragen wir wiederum, wer kann den Zaren hindern, dieselben durch polizeiliche Aufsicht und administratives Verfahren so gut wie aufzuheben? Was soll man endlich mit diesen Rechten beginnen, wenn ihre nähere Realisierung der höchst sorgsamsten Polizeibehörde überlassen wird? Mäher raffinierter Hohn gegen die elementaren Forderungen des Rechtsstaates spricht aus diesen Reformen. Ein ungeheuerliches Spiel auf Kosten der noch unaufgeklärten Massen sind diese Reformen und weiter nichts! Aber schließlich werden sie nun täuschen können. Die berüchtigte Anmerkung zum § 56 der grundlegenden Gesetze bleibt in Kraft und damit zugleich die Rechtsbestimmung der russischen Gesetzgebung, die von Erlassen spricht, „die einem besonderen Geheimnisse obliegen“.

Der blutige Absolutismus spielt nun den aufgefäierten. Inmitten des Bürgerkrieges, der fast alle Gebiete des großen Reiches ergriffen hat, begannen Hecker und Mörder von „Gesetzlichkeit“ und „Recht“ zu sprechen. Durch das Geklingel lügnischer und vielverheißender Manifeste glaubt der Zarenhobel das Schreien und Stöhnen der Sterbenden, die Erbitterung der Aufständischen und das Brausen des Volkszornes: „Nieder mit dem Zarismus!“ zu überhören. Abgesehen davon, daß er keine Gesetze kennt, macht er die Willkür eines geisteschwachen jämmerlichen Despoten zum Gesetze. In dem er die Formen der veröffentlichten Gesetze proklamiert, ändert er sich in aller Stille einen Schlupfwinkel durch die geheimen Erlasse und die dienstpolizeiliche Willkür; indem er in hellen Farben die Dekoration des administrativen Gerichts schildert, gefällt er sich nur in einem wilden Sarkasmus, da er dabei vergißt, ein administratives Recht zu schaffen und die Rechte des Volkes anzuerkennen.

Eine Clowparade angesichts der Leichen! Geschminkte Komödianten, die, bis zum Anie im Blute stehend, eine farce spielen! Verächtliche Schwäger, die sich in Lappen des XVIII. Jahrhunderts gekleidet haben und schamlos vor den Augen der gesamten Kulturwelt lägen. Hecker, als Handwurz verkleidet! Nur umsonst bemühen sich die Herren. Am 22. Januar ist der Absolutismus verurteilt worden und niemand wird ihm retten. Es ist charakteristisch, daß die Geschichte ihm eine Handwurfsmütze vor dem Tode aufgesetzt hat!

Die Bewegung in Russisch-Polen.

Aus Kattowitz meldet uns ein Privat-Telegramm: „Nach dem Dombrowner Gebiet sind 6000 Soldaten zusammengezogen. Die Regierung, die dort bisher ohnmächtig alle die riesigen Demonstrationen duldet, will nun ein Blutbad anrichten und hat heute proklamiert, daß auf Ansammlungen von drei Personen ohne weiteres geschossen wird. Der große Belagerungszustand ist verhängt. Die Verwaltung ist von der Militärgewalt übernommen worden. Die Situation ist äußerst gespannt.“

Auch andere Telegramme bestätigen die gewaltige Bewegung, die dieses an der Grenze gelegene Industriegebiet erschüttert.

Offiziell wird aus Sosnowice telegraphiert: Der Arbeiteraufstand dauert an. Heute wurde eine Anordnung des Generalgouverneurs betreffend die Volksansammlungen veröffentlicht.

Die bei der gefirigten Kundgebung umhergetragenen Fahnen tragen u. a. die Aufschriften: „Nieder mit der Selbstherrschafft, nieder mit dem Krieg!“ Entsprechend der Forderung der Aufständigen wurden die Befestigung an der Bergschule zu Dombrowa eingeleitet.

Aus Sosnowice wird ferner der „Vossischen Zeitung“ vom 7. Februar gemeldet:

Nachdem gestern über Polen der Belagerungszustand verhängt und die Militärgewalt von einem Infanteriegeneral aus Kozyne übernommen worden ist, traf heute ein weiteres Regiment ein, so daß vier Regimenter hier liegen. Seit gestern streifen sämtliche Häuten, Bergwerke und Fabriken im Bezirk. Heute traten in Slesie die Befürworter des Dombrowner Reviers zusammen, um über die Arbeiterforderungen zu beraten. Eine Konferenz der Arbeiter mit den Werkvertretern wurde untersagt. Sämtliche deutsche Betriebsbeamte, deren Entlassung die Arbeiter fordern, schießten nach Breslau. Die Werke lehnten die Forderungen heute ab, die preussischen Gendarmeregimenter auf den Brücken und an der Grenze wurden verstärkt, um den Uebertritt zu verhindern. Der Regierungs-

präsident Holz fuhr heute mittag nach Oppeln zurück, nachdem er mit der Beförderung Maßnahmen zum Schutze der Grenze besprochen hatte.

Unser Berichterstatter schreibt uns von der ober-schlesischen Grenze:

Am Sonnabend sind die Arbeiter aus den Gruben „Felix“, „Kasimir“ und aus den Fabriken von Strzymieszke in Massen nach Dombrowa gezogen. Ueber den Köpfen der Menge wehte eine mächtige rote Fahne mit der Aufschrift: „Hoch die Freiheit!“ Als der Demonstrationszug aus Strzymieszke losging, riefen die Soldaten: „Wir wollen die Manifestanten mit Bajonetten aufhalten.“ Die Menge zog trotzdem weiter, das Militär griff nicht ein. In Dombrowa verhielten sich Polizisten und Kosaken angesichts der kolossalen Uebermacht der Arbeiterbataillone vollständig ruhig. Dann kehrten die Arbeiter nach „Niemy“ zurück.

Am Sonnabend fand in Dombrowa vor der Bergschule eine riesige Volksversammlung statt.

Sonntag fanden in Dombrowa, Sosnowice, Slesie, Niwla, Gzelada, Strzymieszke und Jagodne Volksversammlungen statt, die unter freiem Himmel veranstaltet wurden. Nach kurzen Ansprachen begaben sich die Arbeiter aus sämtlichen Versammlungen in gewaltigen Demonstrationen vor die Realisole. Dort sammelte sich eine Menge an, die von den einen auf 30.000, von anderen noch weit höher geschätzt wurde. Fünf Standarten waren zur Stelle. Auf ihnen die Aufschriften: „Hoch die Freiheit!“ „Nieder mit dem Zar!“ Nach einigen Ansprachen bat der Polizeimeister um Gehör. Man erlaubte ihm zu sprechen. Der Polizeimeister forderte die Arbeiter auf, ihre Forderungen an die Fabrikanten schriftlich niederzulegen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Der nächste Redner brandmarkt die Heuchelei der Polizeigewaltigen und schloß unter größter Begeisterung mit den Worten: „Nieder mit der Polizei!“ Nach der Versammlung zog die gewaltige Menge mit Standarten an der Spitze in die Stadt. Kosaken mit dem Polizeimeister an der Spitze begegneten den Demonstranten und machten den Vorschlag: „Entfernt die Standarten mit der Aufschrift: Nieder mit dem Zar, da lassen wir Euch weiter ziehen, sonst schießen wir.“ Hunderte von Arbeitern, Studenten, Leuten aus den gebildeten Klassen und Frauen stürzten zur Verteidigung der Standarten herbei. Die zwei Mächte standen sich gegenüber. Eine Stunde warteten die Arbeiter in Erwartung einer Provokation des Soldnerturns. Nach kurzer Diskussion beschloßen die Demonstranten, einen anderen Weg einzuschlagen, um ein Blutvergießen für diesmal zu vermeiden.

Am Montag zogen die Streikenden aus Dombrowa nach Strzymieszke und verschloßen die Eisenbahnstation. Der Bahnverkehr der Zwangoroder Bahn ist eingestellt.

Bis jetzt ist in unserem Industriegebiet kein Blut geflossen.

Die Inszenierung des Generalstreiks ging bei uns mit geradezu betwunderungswürdiger Schnelligkeit vor sich: die Genossen zogen von Fabrik zu Fabrik, traten herein, legten in kurzen Worten die Lage dar — und die Fabrik stand still, die Arbeiter verneigten den Zug, der nun immer weiter ging und ganze Städte und Bezirke lahmlegte.

Die Schüler der Steiger(Berg)schule haben sich dem Streik und den politischen Forderungen der Kämpfer angeschlossen. Die Intelligenz unterstützt den Streik. Die kapitalistischen Kreise flüchten in Massen nach Kattowitz in Oberschlesien.

Die Anforderung zum Nord der Juden

wird von der zarischen Regierung wieder systematisch in die rebellierenden Massen in Russisch-Polen geworfen. Borige Woche mischten sich in Łódz Polizisten, die als Arbeiter verkleidet waren, unter die aus der Kirche strömenden Arbeiter und erzählten laut, die Juden hätten bei Łódz einen katholischen Geistlichen erschlagen, die Juden hätten aus das Kloster in Czestochau (ein im ganzen Lande bekannter Wallfahrtsort) gestürmt. Man müsse nun endlich auf die Juden losgehen.

Aus Warschau berichtet ein offizielles Telegramm:

Der Aufstand nimmt an Ausdehnung zu. Die Arbeiter überreichert heute den Fabriken ihre Forderungen, von denen die hauptsächlichsten sind: Achtstündiger Arbeitstag, Abschaffung der Akkordarbeit, Erhöhung des Arbeitslohnes. Angesichts der Unmöglichkeit, die Forderungen zu bewilligen, baten die Stättenbesitzer den Finanzminister telegraphisch, sie an den Beratungen betreffend die Arbeiterfrage teilnehmen zu lassen, deren Lösung nur auf gesetzgeberischem Wege möglich sei.

Der Aufstand in Radom gewinnt an Ausdehnung. Dort wurden 20 Arbeiter getötet oder verwundet. In Stargisla gab es 24 Tote und 40 Verwundete.

In Autos kam es zu schweren Zusammenstößen; von Warschau ist Militär entsendet worden.

Einen Drohbrief an den Zaren

soll Nikolaus II. in seinem Palais vorgefunden haben. Es wurde ihm darin der Tod angekündigt. Derlei Meldungen gehören zum eisernen Bestand der dunklen Zarenwelt. Offiziell wird die mit romantischen Einzelheiten aufgepußte Nachricht dementiert.

Der Streit der Intelligenz.

Der Hecker von Petersburg Lepow beschloß die Direktoren sämtlicher Hochschulen, die geschlossen sind, zu sich und dekretierte, daß der Unterricht am 1. März zu begümen habe. Dem „Gol.-Anz.“ wird darüber telegraphiert: Sobald die Majorität der Lehrer und Schüler am Unterricht wieder teilnehmen, sollen jene Studenten wie Professoren, die sich noch länger widersetzen, ausgeschlossen werden. Fürst Gagarin, Direktor des Polytechnischen Instituts, erklärte darauf, die Tätigkeit des Lehrkörpers könne unter den jetzigen Verhältnissen nur eine zeitweilige sein, solange nicht die Unantastbarkeit der Professoren und Studenten vollkommen garantiert sei vor denjenigen Polizeielementen, die das innere Leben der Universität antasteten. In ähnlichem Sinne ängerten sich auch die Direktoren der anderen Hochschulen.

In Moskau erklärte einer Abordnung von Studierenden der technischen Hochschule der Rektor, zwischen dem 12. und 16. d. M. würde eine Konferenz der Direktoren der höheren Lehranstalten stattfinden, um über die Fortsetzung oder Einstellung des Unterrichts Beschluß zu fassen. 450 Studenten forderten die Einstellung des Unterrichts; dasselbe forderten die Studierenden des Konstantinow-Instituts.

Heiligenbilder gegen die Revolution.

Offizielle Meldung aus Moskau: Der Adel von Moskau, der Gouverneur und andere Persönlichkeiten begaben sich heute zu dem neuernannten Minister des Innern Bulgjin. Dabei wurden dem Minister Heiligenbilder überreicht. Der Minister erwiderte, er sei ein Verteidiger der Gesetze gewesen und wolle dies auch bleiben. Ich weiß, erklärte der Minister, welche schwere Verantwortlichkeit mein neues Amt mit sich bringt, aber ich werde Trost finden in den Heiligenbildern, da ich weiß, daß Moskau mit mir ist.

Die Heiligenbilder haben sich aber schon im Kriege mit den Japanern verteuert schlecht bewahrt.

Gorkis Schicksal.

Gorki wird, nach dem „Verl. Tagebl.“, in der Peters-Pauls-Festung in strenger Einzelhaft gehalten. Er wurde sogleich am Tage der Verhaftung von Riga nach Petersburg gebracht, mußte Gefängniswünsche und den Gefängnisfittel anlegen und wurde in eine winzig kleine, mit Steinfliesen ausgelegte Isolierzelle eingesperrt. Der tägliche Spaziergang, der ihm erlaubt ist, dauert eine Viertelstunde. Papier und Tinte wird ihm verweigert.

Er duldet also das Schicksal der Tausende namenloser Helden des Freiheitskampfes!

Das große Schweigen der Bauern

wird durch folgende offizielle Meldung aus Nischnew gebrochen:

Eine Anzahl Bauern haben sich um Hilfe an den Gouverneur gewandt, da die schlechte Ernte ihre wirtschaftliche Lage gefährdete. Der Gouverneur hat das Versprechen gegeben, alles zu tun, was ihm möglich wäre.

Erwacht auch der hungerrnde Bauer?

Die Aufstandsbewegung im Reich.

Windau. Hier ist der Aufstand von neuem ausgebrochen. Militär ist mit einem Extrazug hierher beordert worden.

Tiflis. Die Unruhen haben in den letzten Tagen nicht aufgehört. Am Sonntag früh strömten die Arbeiter nach dem Zentrum der Stadt; um Mittag entfaltete eine Menge von etwa 300 Mann eine rote Fahne, verteilte Proklamationen und schloß mit Revolvern auf die Schugleute, die die Fahne fortnehmen wollten. Drei Schugleute wurden verwundet, zwei von ihnen schwer.

Die Polizei zerstreute die Ruhestörer, 30 wurden verhaftet, ein anderer Teil wurde von der Polizei und Kosaken verfolgt und zerstreut, wobei noch ein Polizist verwundet wurde. Die Zahl der zu Schaden gekommenen ist unbekannt. Im Hospital wurden 10 Arbeiter aufgenommen, von denen einer schwer durch einen Schuß, die anderen leicht verletzt sind.

Auf den transkaukasischen Eisenbahnen breitet sich der Aufstand weiter aus. Am Sonnabend legten Weichensteller und Stationswärter auf sechs Stationen dieser Bahn die Arbeit nieder, ebenso die Faser- und Manganeler-Arbeiter in Poti. Am 5. Februar hatten alle Maschinisten die Rangiermaschinen ungeheizt, teils auf den Schienen, teils noch in den Depots stehend, verlassen. Am Sonnabend wurde ein Militärzug, der nach Datum gehen sollte, von den Ruhestörern durch Aufreißen von Schienen zum Entgleisen gebracht; Unglücksfälle sind dabei nicht vorgekommen.

In Nischnew am Don stürmten nach einer „Daily Express“-Meldung 600 Frauen streikender Arbeiter die Fabrik von Kowlow, wo die Arbeiter sich zu streiken weigerten, trieben die Arbeiter aus der Fabrik hinaus und zerstörten die Maschinen. Die herbeigerufenen Schugleute wurden, als sie eingzugreifen versuchten, von den wütenden Frauen angegriffen und in die Flucht geschlagen, wobei viele Schugleute verwundet wurden. Darauf wurden Kosaken beordert, welche die Frauen niederritten, sie mit ihren Knuten bearbeiteten und ihre Pferde auf ihnen herumtrampeln ließen, wobei mehrere Frauen getötet und viele verwundet wurden.

Aus der frauenbewegung.

Achtung, Genossinnen! Die zum Donnerstag, den 9. Februar, einberufene Versammlung, in welcher die Genossin Clara Zetkin über „Die Revolution in Rußland“ sprechen soll, fällt nicht, wie vielleicht angenommen werden könnte, aus, sondern ist den anderen über ganz Berlin stattfindenden Profesterversammlungen eingereiht. Die Genossin Zetkin spricht, wie bereits angezeigt ist, im Raabier Gesellschaftshause, Wicelstr. 24, im großen Saale. Die Vertrauensperson.

Verfassungen.

Tempelhof. Eine im Tempelhofer Livoli tagende, von zirka 500 Personen besuchte Volksversammlung nahm nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden Ab. Thiel die auch in den Berliner Versammlungen zugunsten der Bergarbeiter angenommene Resolution einstimmig an. Nachdem hiesig Genosse Balder W a n a s s e einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Weg der Völker vom Wahne zur Wahrheit.“ Von den zu diesem Vortrag eingeladenen Geistlichen und Schulbehörden waren aus Mariendorf der Pastor Richter erschienen, der Tempelhofer Geistliche, Pfarrer D ö n i k, hatte sich brieflich entschuldigt. Da von den Gegnern niemand das Wort nahm, unterzog Gen. Sch m i d t die heutige Staatsreligion einer scharfen Kritik und forderte zum Austritt aus der Landeskirche auf. Abmann nahm der Referent W a n a s s e das Schlusswort und führte aus, daß eine Religion, die mit Staatshilfe nur noch vegetiert, überhaupt keine Berechtigung hat. Er geißelte die heutige Erziehung der Kinder, forderte die Trennung der Kirche vom Staat und appellierte an die anwesenden Frauen und Männer, in stiller und moralischer Beziehung ihre Pflicht zu tun. Genosse Ab. Thiel gab bekannt, daß Formulare zum Austritt aus der Landeskirche bei ihm und bei Hermann K e i c h a r d t in Mariendorf zu haben sind. Genossin Thiel forderte die anwesenden Frauen auf, sich den Frauvereinen anzuschließen und ihre Kinder als rechtliche Menschen zu erziehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sympathiebekundung für die Streikenden.

Frankfurt a. M., 7. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte heute mit großer Mehrheit 15.000 M. für die streikenden Bergarbeiter. Die Anträge Dr. Heyder (Zentrum), 30.000 M., und Dr. Quarz (Soc.), 50.000 M. zu bewilligen, wurden abgelehnt.

Bergarbeiter-Forderungen. — Versammlungsverbot.

Kattowitz, 7. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine heute in Kattowitz tagende Versammlung der Bergarbeiter der Ferdinandgrube beschloß einstimmig, der Verwaltung die vom Verbände aufgestellten Forderungen einzurufen und bei Ablehnung die Arbeit einzustellen. — Eine nach Kattowitz berufene Versammlung der Bergarbeiter der Charlottengrube, 1200 Mann stark, wurde beim Beginn ohne Angabe von Gründen polizeilich verboten.

Die Revolution in Rußland.

Selsingfors, 7. Februar. (B. T. B.) Die Herausgabe der Zeitung „Bjoernsborgs Tidning“ ist wegen eines gegen das Hofgericht in Åbo gerichteten Artikels auf drei Monate untersagt worden.

Warschau, 7. Februar. (B. T. B.) Heute vormittag hat in Wlozlaw der allgemeine Aufstand begonnen. Sämtliche Fabriken und Schulen sind geschlossen. Die Haltung der Aufständigen ist ruhig.

Paris, 7. Februar. (B. T. B.) Der Senat verhandelt heute über den Artikel des Militärgesetzes, der bei diplomatischen Spannungen den Kriegsminister ermächtigt, diejenigen Mannschaften, die die zweijährige Dienstzeit zurückgelegt haben, bei den Fahnen zurückzubehalten. De Moufort begründete einen Antrag, nach dem ein Teil der aus dem Dienst entlassenen Soldaten im Falle eines unzulänglichen Militärloutingens zurückbehalten werden soll. Kriegsminister Ber te a u r beämpfte den Antrag, der das Prinzip der Gleichheit verletzen würde und im übrigen überflüssig sei. General Mercier unterstützte den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß das neue Gesetz eine Herabminderung des Effektivbestandes und der Zahl der Kapitulanten herbeiführen werde. Der Kriegsminister weist die Behauptungen Merciers zurück. Hierauf wird der Antrag Roufort mit 108 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Nachdem einige weitere Artikel des Gesetzes angenommen sind, wird die Sitzung geschlossen.

Reichstag.

185. Sitzung vom Dienstag, den 7. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsische: Graf Posadowski.
Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Trimborn (3.) über die

Einführung des gesetzlichen Zehnstundentages.

Sie lautet: „Kann erwartet werden, daß die verbliebenen Regierungen noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter (über sechzehn Jahre) in Fabriken und den diesen gleichgestellten Anlagen (§ 154 der R.-G.-O.) auf höchstens zehn Stunden täglich beschränkt wird?“

Auf die Frage des Präsidenten, Grafen Valleström, ob und wann die Interpellation werde beantwortet werden, erklärt sich Staatssekretär Graf Posadowski zur sofortigen Antwort bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort:

Hr. Trimborn (3.): Unsere Interpellation regt an, nach langer Zeit einen Schritt weiter auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu tun. Die Geschichte der parlamentarischen Bemühungen um den Maximalarbeitszeitgesetz ist so alt, wie der Reichstag. Während 1869 bereits die Konservativen einen Antrag auf Einführung eines Normalarbeitszeitgesetzes einbrachten, stand die bürgerliche Linke jahrzehntelang leidend unter dem unfeligen Bann des Dogmas der Manchester-Doktrin. Erst im Jahre 1903 stimmte ein Teil der Rationalisten unter Führung des Abgeordneten v. Bohl für den vom Zentrum beantragten Zehnstundennormalarbeitszeitgesetz für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Die sozialdemokratischen Bestrebungen zur Erreichung eines Maximalarbeitszeitgesetzes sind älter als die der Liberalen. Schon im Jahre 1877, dann in der Session 1884/1885 und in der Session 1885/1886 beantragten die Sozialdemokraten den Zehnstundentag, in der Session 1891/1892 beantragten sie wiederum den Zehnstundentag, aber mit der Modifikation, daß sich an ihn in gewissen Fristen der Elftundentag und dann der Achteundentag anschließen sollte; im Jahre 1896 beantragten sie von vornherein den Achteundentag, später lehnten sie dann wieder zu dem Antrage der Session 1891/1892 zurück. Das Zentrum hat mit der Sozialdemokratie immer für Erreichung eines Maximalarbeitszeitgesetzes gewirkt. Es beantragte zuerst im Jahre 1884, und zwar in einer Kommission, den Elftundentag. Als 1890/1891 das Arbeiterkongress-Gesetz kam, beantragte das Zentrum wiederum den allgemeinen Elftundentag für Erwachsene, erzielt wurde aber nur der Elftundentag für Frauen und der sanitäre Maximalarbeitszeitgesetz. 1893/1894 beantragte das Zentrum eine Erhebung in betreff der städtischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der weiblichen Arbeiter. Diese und mehrere folgende Zentrums-Resolutionen hatten jedoch bei der Regierung fast keinen Erfolg.

Der Zehnstundenarbeitszeitgesetz für erwachsene männliche Arbeiter ist geboten im Interesse ihrer Gesundheit. Der sanitäre Maximalarbeitszeitgesetz (§ 120a der R.-G.-O.) reicht nicht aus; darin sind alle Gewerkschaften einig. Sie stehen durchweg auf dem Boden des Zehnstundentages. Nach der gesundheitslichen Seite kommt besonders in Betracht, daß die moderne Produktionsart eine viel intensivere Arbeitsweise mit sich gebracht hat. In Grunmischen wurden bei zwölfschichtigem Arbeitstag 52 Schuh per Stunde in den Textilfabriken gemacht. Jetzt werden 75-80 Schuh in derselben Zeit beim Elftundentag gemacht. Die Verringerung der Tagesarbeit beträgt nur eine Stunde, die Arbeitsleistung für die einzelnen Stunden aber ist in viel größerem Verhältnisse gestiegen. (Sehr richtig!) Charakteristisch ist die Ausherrung eines Arbeiterin beim Grunmischen Streik: Wenn die Fabrikantinnen wußten, wie uns abends beim Heimwege die Knie schlottern nach der elftündigen Arbeitszeit, dann würden sie ihren Männern sagen, daß elf Stunden wirklich zu viel sind. (Sehr richtig!) Wir fordern den Zehnstundentag im Interesse des Familienlebens und sehen in der Herabsetzung der Arbeitszeit eine Förderung der Kultur.

Interessiert an dieser Kultur sind rund 4 1/2 Millionen erwachsene Arbeiter. Heute kann man behaupten, daß der Zehnstundentag für Erwachsene nach der Lage der Industrien und der Verhältnisse der Industrie durchaus möglich ist. Die Tendenz, die Arbeitszeit zu verlängern, ist in der Industrie beständig gewachsen. Redner verweist auf die Gewerbe-Inspektions-Berichte und die Ermittlungen aus Oeffen, Stuttgart und Nürnberg.

In Bayern wurde 1899 festgestellt, daß 72,8 Proz. der Erwachsenen weniger als 11 Stunden arbeiten. Besonders wichtig ist aber die im November veröffentlichte Tarifstatistik. (Sehr richtig! rechts.) Aus ihr ging hervor, daß in 534 Tarifverträgen (d. h. in 91 Proz. des Materials) eine zehnstündige oder kürzere, und nur in 42 (d. h. in 9 Proz.) eine längere Arbeitszeit vorgesehen war. (Hört! hört! beim Zentrum.) Von den genannten 42 Tarifverträgen lauteten 33 auf 10 1/2, 19 auf 11 Stunden Arbeit. Im allgemeinen hatten Kleinrentner und Tischler die längste Arbeitszeit. Allerdings besteht sich diese Statistik mehr auf das Handwerk als auf die großen Fabriktetriebe; die chemische Industrie ist gar nicht, das Textilverwebe fast gar nicht berücksichtigt. Da nun aber erfahrungsgemäß die Arbeit im Handwerk länger ist, als in der Industrie (Sehr richtig! links.), so kann die Statistik gut verallgemeinert werden. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Industrie im allgemeinen unter dem gesetzlichen Zehnstundentag leiden würde; höchstens einzelne Gewerbe, wie die Seidenweberei würden Schwierigkeiten haben; für diese aber müßte das Gesetz Ausnahmen zulassen, wie es überhaupt einen gewissen, sorgfältig abgestuften Spielraum, eine Ausnahmeregelung gewähren sollte.

Ich will noch mit einigen Worten auf die Bedenken, die gegen den zehnstündigen Maximalarbeitszeitgesetz erhoben werden, eingehen. Da finde ich im „Wörten-Courier“: das Leben sei zu mannigfaltig, zu wechselvoll, als daß es in eine Schablone gedrängt werden könnte. Durch Produktionsstörungen infolge von Streiks im Auslande, durch Anhäufung von Aufträgen könnte eine Ausdehnung der Arbeitszeit erzwungen werden. Beweis wird ein sorgfältiges System von Ausnahmeregelungen zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der Durchführung des Gesetzes notwendig sein. Aber alle diese Einwände sind schon bei der Sonntagsruhe vorgebracht worden. In Wahrheit wird man sich auf jenes einrichten, wie man sich auf diese eingerichtet hat, wird z. B. früher bestellen, damit keine Häufung der Aufträge eintreift. - Weiter wird - mit besonderer Energie vom Generalsekretär Bued - der Einwand erhoben, der Maximalarbeitszeitgesetz werde die deutsche Industrie konkurrenzunfähig machen. Es ist wahr, daß der zehnstündige Maximalarbeitszeitgesetz für erwachsene männliche Arbeiter nur in Dänemark und Norwegen besteht. Aber in Frankreich ist er, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich durch das Gesetz vorgezeichnet. Desterreich hat seit 1885 den Elftundentag, Rußland seit 1897 den Elfenstundentag, in Amerika haben 27 Bundesstaaten den Achteundentag für die Staatswerkstätten, sechs den Achteundentag allgemein. Noch wesentlicher als diese gesetzlichen Vorschriften ist aber die Gestaltung der tatsächlichen Verhältnisse in Belgien, das eine sehr lange Arbeitszeit hat. Es haben nämlich 82 Proz. aller Betriebe 10 1/2 stündige Arbeitszeit, 47 Proz. 10 stündige und weniger; in Dänemark haben 91 Proz. der Betriebe weniger als 10 1/2 stündige Arbeitszeit. Wenn aber wirklich die Konkurrenz des Auslandes so gefährlich ist, so könnten wir ihr nur durch qualifizierte Arbeiter begegnen, die wiederum nur gesunde, tüchtige Arbeiter leisten können. Was ferner den Einwand angeht, daß die Praxis die Arbeitszeit reguliere, so ist er nicht weiter als der Ausdruck des veraltetsten Manchesterismus. Der Jammer und das Elend des Streikes von Chemnitz wäre uns durch den gesetzlichen Zehnstundentag erspart

geblieben. Schließlich noch ein agrarischer Einwand. Man sagt, die gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages wird den Jug der Landarbeiter in die Stadt verdrängen. Ich glaube nun nicht, daß deswegen jemand in die Stadt gehen wird, weil er mit Pausen und Weg etwa 18 Stunden zu arbeiten hat. Findet er doch in Berlin ganz allgemein jetzt schon den Zehnstundentag durchgeführt. Bei der Eröffnungsbrede des Kongresses zur Bekämpfung der Lungenkrankheiten führte Graf Posadowski aus, dem Volke werde die Zukunft gehören, welches sich körperlich am widerstandsfähigsten und damit am wehrhaftesten erhebe; und wer dafür Sorge trage, der Wasse Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpfe für die Stärkung der Zukunft unseres Vaterlandes. Wer für den zehnstündigen Maximalarbeitszeitgesetz kämpft, kämpft also für die Stärkung und die Zukunft des Vaterlandes! (Sehr gut! im Zentrum.)

Ich komme jetzt zum zweiten Teil meiner Ausführungen, zur speziellen Begründung des zehnstündigen Maximalarbeitszeitgesetzes für das weibliche Geschlecht. Hier treffen alle Gründe, die ich bis jetzt angeführt habe, in erhöhtem Maße zu. Erhebungen sind hier nicht mehr notwendig, sie sind bereits erfolgt und haben die Durchführbarkeit des Zehnstundentages für Frauen außer allen Zweifel gestellt. 62 Prozent der Fabrikanten in Preußen haben bereits diese verkürzte Arbeitszeit. Durchschlagend ist die Rücksicht auf die Gesundheit und das Familienleben, dem stimmen alle Gewerbe-Inspektoren überein. Besonders sträubt man sich in der Textilindustrie gegen den Zehnstundentag, aber auch hier gibt es Industrielle, die für diese Forderung eintreten. Nur will man nicht die Einführung des Zehnstundentages für einzelne Bezirke. Die süddeutschen Baumwollindustriellen zum Beispiel betonen, daß sie für eine allgemeine Einführung des Zehnstundentages wohl zu haben wären. (Hört! hört! im Zentrum.) Soweit noch Bedenken vorhanden sind, stützt man durch die Herabsetzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande. Dem gegenüber ist festzustellen, daß in England und Frankreich der Zehnstundentag für Arbeiterinnen bereits besteht und daß in der Schweiz große Neigung für diese Einführung vorhanden ist. Holland hat für die Textilindustrie nur mit Rücksicht darauf eine Ausnahme gemacht, daß in Deutschland noch 11 Stunden gearbeitet werde. Alle sozialpolitischen Kreise, Reichstag und Presse sind sich fast einig in dieser Frage. Die „Nationalzeitung“ z. B. hat vor treffliche Artikel darüber veröffentlicht und geschrieben, daß, wenn jetzt diese Reform käme, sie sicher nicht im Automobiltempo gekommen sein würde. Ich sehe am Baume zwei Kessel, den allgemeinen Zehnstundentag und den Zehnstundentag für Frauen. Wenn wir beide Kessel bekommen, würde ich mich sehr freuen, aber einer muß mindestens kommen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Es ist nicht zu leugnen, daß die modernen Maschinen wesentlich höhere Anforderungen an die Intensität der Arbeit stellen wie bisher. Die Bedienung der Maschinen muß wesentlich schneller erfolgen; sie verlangen eine wesentlich aufmerksamere Bedienung, sind wesentlich verwickelter und stellen so an die geistigen und körperlichen Kräfte des Arbeiters fortgesetzt höhere Anforderungen. Es ist ferner nicht zu leugnen, daß wir die Erfahrung gemacht haben, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit unter Umständen das Quantum der Arbeitsleistung nicht sinkt, sondern daß die Leistung sogar unter Umständen reichlicher und präziser wird. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Aber dieser Koeffizient der Arbeitszeit, der für bessere oder gleiche Leistung wie solche, die bei verlängerter Arbeitszeit geleistet wird, hinreicht, hat doch seine untere Grenze, von der ab die Verkürzung der Arbeitszeit wieder eine Mehrleistung noch die alte Leistung erreicht.

Ich kann deshalb die Frage, ob ein Maximalarbeitszeitgesetz einzuführen ist oder nicht, nicht ohne weiteres beantworten. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist die Frage schon lange Gegenstand der Erörterungen innerhalb der verhandelnden Regierungen gewesen. Ich bemerke hierbei, daß England, dieses Musterland der Industrie, einen Maximalarbeitszeitgesetz für erwachsene Arbeiter nicht hat. Wir haben bisher stets auf dem Standpunkte gestanden, daß die Verfolgung und der Ausbau der hygienischen Arbeitszeit unbedingt notwendig ist, weil bei spezifisch ungünstigen Bedingungen in gewissen Industriezweigen spezifisch sehr ungünstige Wirkungen sichtbar auftraten. Wir halten für unbedingt notwendig, in diesen gefährlichen Industrien die Arbeitszeit zu beschränken. Gleichzeitig haben wir bisher auf dem Standpunkte gestanden, daß, wo solche spezifische Ursachen, die in der Arbeit an sich und nicht in der Länge der Arbeitsdauer liegen, nicht vorhanden sind. Es ist dem freien Uebereinkommen zu überlassen, die Länge der Arbeitszeit festzusetzen. Dabei ist es ganz unabweisbar, daß eine spezifisch schädliche Ursache für die Gesundheit auch in der übermäßigen Länge der Arbeitszeit liegen kann.

In einer Versammlung rheinischer Industriellen wurde kürzlich berichtet, daß in der rheinischen Industrie früher eine sechzehnstündige Arbeitszeit geherrscht hat. Diese wurde damit begründet, daß seinerzeit die deutsche Industrie erst gegen die englische auskommen müßte. Glücklicherweise ist man davon abgekommen.

Bei dem Maximalarbeitszeitgesetz kommt vor allem in Betracht, daß die Verhältnisse in den einzelnen Industrien außerordentlich verschieden sind. Es gibt Industrien, wo ein großer Teil der Arbeitszeit nicht in angestrengter, aufmerksamer Bedienung von Maschinen und gefährlichen Handreichungen besteht, sondern zum guten Teil auch in einer Art Arbeitsbereitschaft. Aus diesem Gesichtspunkte heraus waren die verhandelnden Regierungen bisher stets dagegen, den allgemeinen Maximalarbeitszeitgesetz einzuführen. Ich habe, als mir die Interpellation bekannt wurde, bei der ungeheuren wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage sämtlichen Regierungen die Frage vorgelegt, wie sie sich dazu stellen. Bis zum heutigen Tage sind mir von den 28 Bundesstaaten mit Elsaß-Lothringen, das ja eigentlich im Bundesrat keine Stimme hat, erst 8 Antworten zugegangen. (Hört! hört!) Diese 8 Regierungen stehen entweder auf unbedingt ablehnendem Standpunkte oder sie erklären, daß die Frage so tief in das wirtschaftliche Leben eingreife, daß, ehe man darüber schlüssig werden könne, die allererhebendsten Erhebungen nötig wären.

Ihre mehr wie unsere Sozialpolitik ausbilden, desto mehr tritt immer wieder hervor, wie notwendig es ist, bei den Kämpfen auf industriellem Gebiete zwischen den verschiedenen Nationen in diesen Fragen einigermassen Hand in Hand zu gehen. Bei der Exportfähigkeit der Industrien spielen die Arbeitsbedingungen eine besonders wichtige Rolle.

Ich komme nun zu der zweiten Frage, der zuständigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen. Ich hoffe bis Ende des Monats Ihnen eine Denkschrift vorlegen zu können, die Ihnen ein lares Bild über die Sachlage gibt, namentlich auch mit einer sehr eingehenden Statistik.

Ich werde aber schon jetzt darauf hin, daß sich die statistischen Zahlen wesentlich anders stellen, als man bisher in der Öffentlichkeit behauptet und angenommen hat. Wenn die Denkschrift vorliegt, werden die Regierungen sehr eingehend und ernsthaft sich mit der Frage beschäftigen, ob die Arbeitszeit für weibliche Arbeiter eventuell mit einer Uebergangsfrist zu ermöglichen sein wird. Aber auch hier ist die Frage der Konkurrenz des Auslandes eine außerordentlich wichtige. Ich habe deshalb durch das Auswärtige Amt bei den Regierungen von Italien, der Schweiz, Desterreich, Ungarn und Belgien anfragen lassen, wie sie sich zu der Frage stellen, auf diesem Gebiete gleichzeitig vorzugehen. Von der Schweiz ist bisher eine wohlwollende, ich möchte fast sagen, Zustimmung eingegangen. Bei der Herabsetzung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiter wäre unsere Textilindustrie besonders beteiligt. Eine angemessene Ueber-

gangsfrist ist daher notwendig. Würde es möglich sein, diesen Schritt in Uebereinstimmung mit den vier Konkurrenzstaaten zu tun, so bin ich der Ansicht, daß die Bedenken, die in bezug auf nationale Konkurrenz geäußert worden sind, entweder wesentlich abgeschwächt würden, oder ganz fortfielen. Wir wollen hoffen, daß diese Verhandlungen zu einem günstigen Resultat kommen. (Bravo! im Zentrum.)

Auf Antrag des Abg. Graf Pompejich (3.) findet eine Aussprache der Interpellation statt.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Ueber unsere grundsätzliche Stellung zur Frage des Zehnstundentages brauche ich heute nicht einzugehen. Wir werden dazu bei unserem Antrag auf allmähliche Einführung des Achteundentages Gelegenheit haben. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Zehnstundentag heute möglich ist für alle Industrien, daß er aber heute nur noch als Durchgangsstadium in Betracht kommen kann. Denn nur der Zeitpunkt kann fraglich sein, wann die verschiedenen Industrien zum Achteundentag übergehen können. Wir sind weiter der Ansicht, daß die Einführung des Zehnstundentages heute in vielen Industrien geradezu einen Rückschritt bedeuten würde. Der Abg. Trimborn hat ja hier eine Rede für den Zehnstundentag, aber gegen den beschränkten Zentrumsantrag gesprochen. Denn er hat selbst, namentlich für Württemberg, Material herbeigebracht, aus dem hervorgeht, daß der Zehnstundentag heute vielfach schon überholt ist. Bei dem Schmiedegang unserer Sozialpolitik, der die heutige Rede des Herrn Grafen Posadowski ja der beste Beweis ist, bei dem Mangel an sozialem Verständnis in werten Regierungskreisen, besteht wenig Aussicht für die Arbeiter. Namentlich in Preußen ist man rückständig. Der Handelsminister v. Müller (Jura) bei den Sozialdemokraten: Der ist ja nicht adlig, - na ja, aber er verdient es adlig zu sein, wird's vielleicht auch noch (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten), hat so lange er hier unten saß, es immer als seine Lebensaufgabe betrachtet, gegen den Maximalarbeitszeitgesetz einzutreten und zu rufen: Nur ja recht langsam! Denn zurücknehmen läßt sich nichts. Diese Ansicht scheint jetzt auf den Herrn Staatssekretär übergegangen zu sein, der sich eben auch rückt und wackelt hat. Im Jahre 1895 hat Herr Müller als Vertreter des Unternehmertums ohne jede Rücksicht gesagt, die Freiheit der Arbeiter müßte erhalten bleiben, damit sie sich aus dem Sumpfe, in dem sie stundenlang durch Ueberstunden heransarbeiten können. Also er hat zugegeben, daß die Arbeiter in einem Sumpfe stehen. Nun müßte, fuhr der Minister fort, den Leuten Gelegenheit geben, sich durch Ueberarbeit aus dem Sumpfe herauszuheben. (Hört! hört! links.) Das ist die alte Manchestertheorie, die allmählich wieder auftritt. Ich möchte mein ganzes Jahresgehalt mit dem Handelsminister variieren, wenn er mir einen Großindustriellen zeigt, der sich durch Ueberarbeit aus dem Arbeiterstande dazu emporgeschwungen hat. (Weiterkeit.) Nicht durch eigene Ueberarbeit sind die Thyssen, die Stümpes, die Hammacher reich geworden, sondern dadurch, daß sie die Ueberarbeit der Arbeiter in ihre Tasche gesteckt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Voriges Jahr war es Herr Trimborn selbst, der sich bellagte, daß Herr Müller sich bei einem Festessen in Köln geradezu feierlich gegen den Maximalarbeitszeitgesetz ausgesprochen habe. Wir haben geradezu Bedenken, der Festlegung des Zehnstundentages zuzustimmen, denn er würde ein Bollwerk gegen jede weitere Verkürzung der Arbeitszeit sein. Ich persönlich bin überhaupt darauf geschw. daß was für den Minimallohn gilt, auch für den Zehnstundentag gelten wird. Innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung wird die Maximalarbeitszeit und der Minimallohn zum Normallohn, und nur eine starke, kräftige Gewerkschaftsbewegung kann dieser Tendenz entgegenarbeiten. Aber diese wird von der Regierung mit aller Kraft bekämpft. Die Regierung, die Gerichte, die Polizei suchen durch gewaltsame Interpretation der Gesetze oder brutale, polizeiliche Mißbräute zu erreichen, was ihnen auf legalem Wege, auf dem Wege der Justizvorbereitung, unmöglich war. Denken Sie nur an die Erpressungsanlegungen, denken Sie an den § 153, denken Sie an die Urteile des Breslauer Gerichts, die selbst Schädler Bluturteile nannte.

Aber von dem Breslauer Gericht ist ein Richter als Präsident an das Berliner Kammergericht berufen worden, und von demselben Augenblick an hat die bisherige Auffassung des Kammergerichts der Breslauer Praxis Platz gemacht. Die Berliner Polizei hatte sich freiwillig schon vorher über die Gerichtsurteile hinweggesetzt und gegen den Geist der Gesetze verfahren. Die Regierung wollte das Streikpostensystem verbieten, der Reichstag lehnte die Justizvorsorge ab. Aber wo die niederen Gerichte der Regierung nicht willfährig waren, betrachtete es das Kammergericht als seine Aufgabe, das Recht nach dem Bedürfnis des jeweils Regierenden umzugestalten! In den Akten des Königsberger Prozesses lesen wir ja von dem besonderen Interesse des Justizministers. Die Richter, die auch nach oben kommen, verstehen, was das heißt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Am dem Zentrumsantrag muß dem Unbefangenen zunächst etwas auffallen, worüber Herr Trimborn prinzipiell geschwiegen hat, nämlich, welche Gründe das Zentrum veranlaßt haben könnten, seine Erwartung des Zehnstundentages in der Beschränkung auf die Fabrikarbeiter auszudrücken und plötzlich an die Regierung eine Auflage zu stellen, statt mit all seiner parlamentarischen Macht auf sie einzuwirken und ihr einen Auftrag zu geben. Im Vorjahre blies es gerade Herr Trimborn beim Etat des Reichsamts des Innern mit vollen Trompetenstößen in die Welt hinaus, daß eine neue Ära der Sozialreform angebrochen sei. Herr Trimborn verführte den neuen Hauch der Sozialpolitik aus der Thronrede. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Heute ist er sehr bescheiden geworden, denn in dem ganzen letzten Jahre ist nicht eine einzige sozialpolitische Vorlage gebracht oder beschlossen worden. Warum ist Herr Trimborn so bescheiden geworden und drängt nicht mehr, sondern fragt in einer Weise, daß man mit Heine sagen kann: „Auf ein Wort wartet auf Antwort.“ Warum soll der Zehnstundentag auf Fabrikarbeiter beschränkt werden? Weder das Invaliden-, noch das Unfallversicherungsgesetz, noch die Rechtspredung überhaupt hat einen klaren, festen Begriff für das Wort „Fabrik“ festgelegt. Aber selbst wenn das der Fall wäre, welchen Grund hätte Herr Trimborn gehabt, seinen Antrag auf die Grobindustrie zu beschränken? Die soziale Reformgesetzgebung hat ja eigentlich nur noch die Aufgabe, das, was die Arbeiter im Kampfe mit den Unternehmern erreicht haben, festzulegen im Hinblick auf Zeiten allgemeiner Krisen. Solcher Festlegung bedarf es auch für den handwerkmässigen Betrieb.

Herr Trimborn zitierte die Zusammenstellung des Reichs-Arbeitsamtes über die gewerblichen Tarifverträge. Ich darf wohl hinzufügen, daß auch alle diese Tarifverträge von den Arbeiterorganisationen erzwungen worden sind, in schweren, spärlichen Kämpfen abgezwungen worden sind, nicht nur den Unternehmern, sondern auch der hinter ihnen stehenden Regierung. Dieses „Stück sozialer Wohlfahrt“ ist also auch gegen die Regierung und die herrschenden Parteien durchgeführt worden. Sie alle durchschöpfen den Standpunkt, der hier in diesem Hause noch immer als heilig und unantastbar festgehalten wird. Das Prinzip des „Herrn im eigenen Hause“ gilt nur noch in dem brutalen und nichtswürdigen Regiment der Scharfmacher im Kohlen- und Eisenindustrie. Aber die Tarifverträge, die Herr Trimborn angeführt hat, sprechen gegen ihn, denn sie regeln in erster Linie die Arbeitszeit im Handwerk bei den Dachdeckern, Töpfern, Gläsern, Schneidern, Steinlegern usw. usw. Welcher Grund war vorhanden, diese Betriebe von den 90 Prozent, die schon den Zehnstundentag haben, aus dem Antrage Trimborns auszuscheiden? Das läßt sich nur aus der ganzen reformatorischen Haltung des Zentrums erklären, die, sowie Arbeiterinteressen auf dem Spiele

Rehen, voller Widersprüche ist und nur nach dem System der Gegeneinander Springprojektion zwei Schritte vorwärts macht, um einen zurückzugehen. Aber Herr Trimborn hat die Forderung des Zehnstundentages überhaupt heute auf eine Weise ausgebracht, die das höchste Bedenken bei uns hervorrufen muß. Er legt den Hauptwert auf die vorläufige prinzipielle Anerkennung des Zehnstundentages, die Festlegung des Grundgesetzes und sprach für das Zentrum die Wichtigkeit an, so viele Läden in dieser Grundgesetz hineinzuwickeln, daß von ihm nichts übrig bleibt. Dabei hat schon vor zehn Jahren der Abg. Lieber Bedenken gegen die gesetzliche Festlegung des Zehnstundentages gehabt, weil er damals bereits verstanden hätte. Er erklärte der Regierung, daß, je länger sie warte, desto länger der Arbeitstag sein werde, den sie endlich werde einführen müssen. Er schloß mit den Worten, mit denen der Schweizer Bundesrat 1877 seine Vorlage auf Einführung eines Maximal-Arbeitstages begründete und die sich vielleicht der Herr Staatssekretär zu eigen macht. Davon, ob den Arbeitern noch Zeit und Lust bleibe, ihren Kindern ein Erzieher, ihrer Familie ein Verfolger zu sein, hängt die Beantwortung der Frage ab, welchen Segen die Fabriken auf dem Lande bringen. Unsere Regierung klammert sich noch immer an das Wort Bismarcks, daß die Aufgabe der Gesetzgebung sei, Millionen zu züchten und die lassen sich nicht züchten, ohne die Ausbeutung und Verelendung der Massen zu verweigern. Was bedeutet die internationale Abmachung, die Graf Pofadomsky schließen will. Er will die Unternehmer des Auslandes befragen, ob sie mit der Verkürzung der Arbeitszeit einverstanden sind. Auf die Arbeitgeber des Auslandes will er also ebenso Rücksicht nehmen wie auf die des Inlandes! Diese Antwort hat das Zentrum genau so gut vorausgesehen, wie wir. Mit Recht hat Herr Trimborn darauf hingewiesen, daß schon vor 33 Jahren die Konservativen die Einführung des zwölfstündigen Maximal-Arbeitstages beantragt haben. Er vergah nur, daß die Konservativen den zwölfstündigen Arbeitstag damals auch für die Landarbeiter bewilligen wollten! Herr Trimborn schilderte den Siegeszug, den der Maximal-Arbeitstag in allen Ländern angetrieben hat, ich möchte hinzufügen: außer in den katholisch regierten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Deutschland hat das Zentrum seit 1877 wiederholt Anträge nach dieser Richtung hin eingebracht. Aber alle diese Anträge marschierten nur im Schatten sozialdemokratischer Anträge und alle diese Zentrumsanträge unterschieden sich von den unseren nur durch die Ab schwächung der Arbeiterforderungen. (Abg. Erzberger (S.) bestreigt die Tribüne und haranguiert den Redner.) Auf die wiederholte Forderung des Reichstages nach einem Maximal-Arbeitstag hat die Regierung Erhebungen und Erwägungen angestellt. Aber zu einer gesetzgeberischen Aktion ist sie vor lauter agrarischen Liebesdiensten und lauter Rücksichtnahme auf die Unternehmer nicht gekommen. Wer kann nach Grimmitzhau und dem Bergarbeiterstreik noch glauben, daß die Regierung ernstlich gewillt ist, auch nur die schändlichsten Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise einzuschränken und auch nur die dringendsten Wünsche der Arbeiter zu befriedigen! Das zeigt, wie berechtigt die Bergarbeiter waren, sich nicht auf die preussische Regierung im Landtage zu verlassen, wenn schon die Reichsregierung im Reichstage den Unternehmern sein Haar zu krämmen wagte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze heutige Regierungserklärung lief doch darauf hinaus: Die Regierung will nichts tun, und weil sie nichts tun will, sucht sie zu beweisen, daß sie nichts tun kann. Alle diese Gründe waren nur Entschuldigungen für den mangelnden guten Willen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze heutige Technik stellt an den Arbeiter in jeder Beziehung viel größere Ansprüche, daher läge doch der Gedanke nahe, ihm eine längere Maximal-Arbeitszeit zu bewilligen. Aber der Herr Staatssekretär hat diese logische Gedankenfolge zerstört; er meinte, unter Umständen träte durch Verkürzung der Arbeitszeit keine Steigerung der Produktivität ein. Aber er möge doch einmal alle ausländischen Statistiken daraufhin durchsehen, überall ergibt sich die Steigerung, auch in Deutschland dort, wo sich die Arbeiter durch ihre gewerkschaftliche Organisation selbst eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen haben. Und wo ist der Unternehmer, der sagen kann, daß er durch Verkürzung der Arbeitszeit eine Schmälerung seines Unternehmensgewinns zu erleiden hätte? Aber die Regierung hilft sich mit der Ausrede des „hygienischen Maximal-Arbeitstages“. Sonst müßte, sagt sie, die Arbeitszeit dem freien Ermessen überlassen werden. Aber die Geschichte zeigt: überall, wo freies Ermessen herrschte, da lebte ein geistlich, sittlich und körperlich verkommenes Arbeitergeschlecht. Der Herr Staatssekretär erwähnte es, daß die 17stündige Arbeitszeit abgeschafft sei. Aber sie würde auch heute noch bestehen, wenn die Arbeiter ihr nicht Einhalt geboten hätten. Der Herrgott hilft da nicht. Der Herrgott sieht mit demselben Wohlwollen die siebzehnstündige, wie die zehn- oder achtfünfstündige Arbeitszeit. (Heiterkeit links.) Die Arbeiterorganisationen haben es erreicht! Daher auch die Wut der Unternehmer gegen sie. Und der Haß der Regierung gegen diese Organisationen kommt daher, weil die Natur der heutigen Regierungen die letzteren zwingt, auch für die politischen Rechte der Arbeiter einzutreten. So ist es ja auch in Rußland: In dem Augenblick, wo die Arbeiter daran gehen, ihre wirtschaftlichen Forderungen durchzusetzen, werden sie auf das politische Gebiet gedrängt. Und die deutschen Arbeiter haben gemäß der weiter vorgeschrittenen Entwicklung der deutschen Industrie diesen Weg schon vor längerer Zeit machen müssen. Wenn der Reichskanzler es bedauert hat, daß die Bergleute im Ruhrgebiet sich an politische Parteien angeschlossen hätten, so meinen wir, sie sollten sich allerdings nicht an andere Parteien anschließen, sondern selbst ihre eigene Partei bilden!

Der Herr Staatssekretär meinte, bei der Textilindustrie läme besonders die Rücksicht auf das Ausland in Betracht. Gewiß, aber die Regierung ist die Letzte, die sich hierauf berufen kann, nachdem sie eben erst durch ihren Zolltarif der Textilindustrie selbst die Konkurrenz gegenüber dem Ausland erschwert hat. Zuerst verteuert man die Lebensmittel, schädigt die Industrie und dann sagt man den Arbeitern, Ihr dürft keine Ansprüche stellen, damit die Industrie konkurrenzfähig bleibt. Wenn irgend etwas zeigt, wie recht die sozialdemokratische Agitation gegen den Zolltarif hatte und wie das Zentrum die Arbeiter bewußt verraten hat, dann dieser Ausspruch des Herrn Staatssekretärs in Bezug auf die ausländischen Konkurrenzverhältnisse wenige Tage nach Einbringung der Handelsverträge.

Wenn Sie wirklich an Arbeiterschlag treiben wollen und ich gebe zu, die Verkürzung der Arbeitszeit ist der beste Weg dazu, dann müssen Sie vor allem das die Arbeitszeit verkürzen, wo sie am längsten ist und wo die Arbeiter zu schwach sind, diese Verkürzung aus eigener Kraft herbeizuführen. Daher ist es unverständlich, weshalb das Zentrum seinen Antrag nur auf Fabrikarbeiter beschränkt, warum es die Heimarbeiter, die landlichen Arbeiter, die Arbeiter in Kleinbetrieben ausnimmt, wo doch vielfach eine 14, 16, ja 18stündige Arbeitszeit herrscht! Und wie will man von den Unternehmern die Einführung des Zehnstundentages verlangen, während die Regierung in ihren eigenen Betrieben, in der Militär- und Marineverwaltung, der Eisenbahn, der Post, der Forst- und Domänenverwaltung noch 11 bis 14 Stunden arbeiten läßt. Vor zwei Jahren erklärte Herr Trimborn, jede Arbeit über 10 Stunden habe er für gesundheitschädlich; wird die Arbeit nun weniger gesundheitschädlich, wenn sie in der Hausindustrie oder in Staatsbetrieben länger als zehn Stunden dauert? Dazu kommt, daß während die Unternehmer sich mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter abfinden müssen, die Regierung sich einfach darüber hinweg setzt. Erklärte doch selbst die „Germania“ erst vor kurzem, es sei selbstverständlich, daß man den Eisenbahnarbeitern nicht das Koalitionsrecht gewähren könne. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) — Ich habe von jeher nicht an dem guten Willen der Regierung in ihrer Gesamtheit geglaubt. Einzelne Beamte einzelner Regierungen mögen jedoch soziales Verständnis und Gerechtigkeitsgefühl haben, daß sie die Notwendigkeit gesetzlichen Eingreifens auf diesem Gebiete anerkennen, aber auch diese sind einfach schmachvoll gegenüber der kapitalistischen Regierung, die doch den Ausfall gibt. Wir haben ja den besten Beweis an dem Verhalten des Reichskanzlers, der doch den Ton angeben soll in der Regierung. Als ihn die Bergarbeiter

vertrauensvoll um Vermittelung angingen, war die Antwort: erst sollten sie die Arbeit wieder anfangen! Der Herr Reichskanzler mutete den Arbeitern hier dieselbe Rolle zu, die er bei der Kanalarvorlage den Agrariern gegenüber gespielt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was für ein Entsetzliches! Das ist die Arbeit durch das Verhalten der Regierung gezwungen sind, vor Erfüllung ihrer Forderung zur Arbeit zurückzuführen. Aber dies tun sie mit einem Stachel im Herzen, daß sie von dieser Seite nichts zu erwarten haben. In diesem Hause gibt es nur eine Partei, die wirklich für die Arbeiter eintritt. Der Herr Staatssekretär will uns mit einer Denkschrift beglücken, die nachweisen soll, daß die Forderungen des Herrn Trimborn aus den Erhebungen der preussischen Regierung vom Jahre 1902 nicht zutreffen. Nun haben sich aber in 28 Bezirken 19 Gewerbeinspektoren bedingungslos für Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen. (Nebsther geht die Berichte der Fabrikinspektoren in einzelnen durch.) Einzelne der Berichte zeigen allerdings einen ganz besonders reaktionären Standpunkt. So z. B. der des Fabrikinspektors von Frankfurt a. O. Auch stichtliche Gründe bewegen diesen Herrn, gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit zu sein. Festgestellt sei, daß die Zahl der unehelichen Geburten nach Verkürzung der Arbeitszeit zugenommen hätten. Die Arbeiter verkaufen ihr Geld und bringen zu viel Kinder auf die Welt. (Auf der Tribüne läßt eine Frauensstimme laut auf; minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.) Es ist dies wirklich zum Lachen; ist denn nur der Kinderlegen in Postorenfamilien oder bei den Hohenzollern, Wittelsbäckern oder im englischen Königshause freudig zu begrüßen? Gelegentlich kommt auch der umgekehrte Vorwurf gegen die Arbeiter! Nationalökonomisch sieht fest, daß die Zu- oder Abnahme der Geburten mit den Lebensverhältnissen in engem Zusammenhang steht. Der Frankfurter Gewerbe-Inspektor aber behauptet, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Geburten herbeigeführt habe. Und er behauptet weiter, daß die Arbeiterinnen es verständen, ohne Schädigung ihrer Gesundheit die Folgen des Geschlechtsverkehrs zu beseitigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Zweifelsystem sei beinahe durchgeführt. Eine solche Beschuldigung, die den Arbeiterinnen strafbare Vergehen nachsagt, verbitten wir uns vom Standpunkte der Arbeiterklasse aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Viel eher ist ein solcher Vorwurf gegen die Bourgeoisie zu erheben, die die Erbschaften mit Hilfe des Zweifelsystems zusammenzulammen sucht. Die Textil-Industriellen haben im September 1904 einen Beschluß gefaßt dahingehend, daß, wenn ein Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit einkomme, er aus der gesamten Textil-Industrie ausgeschlossen sein soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist das „freie Ermessen“, auf welches Herr v. Pofadomsky die Arbeiter verwiesen hat. Die technische Rückständigkeit der deutschen Textilindustrie ergibt sich aus folgenden Zahlen: In Oldham kommen auf 1000 Spindeln 24 Mann zur Bedienung, im Elsaß schon etwas mehr, in Baden 62, in Sachsen 72 und in Vombay, wo überhaupt keine Beschränkung der Arbeitszeit statthat, 250. Wer daraus den Schluß ziehen will, daß die englischen Arbeiter tüchtiger sind als die deutschen, müßte konsequenterweise den weiteren Schluß ziehen, daß die lange Arbeitszeit bereinigt werden müsse. Der englische Handelsminister Mundella, der nebenher Textilindustrieller war, der auch in Sachen Textilfabriken besaß, also es doch wissen mußte, hat gesagt, die englische Textilindustrie sei gerade deshalb erfolgreich, weil in ihr die Arbeitszeit kürzer ist. Dasselbe gilt für alle anderen Industrien. Hätten wir wirklich eine soziale Regierung, so würde sie den Schuß der nationalen Arbeit in einer Verkürzung der Arbeitszeit finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen bietet sie uns die verkehrte Zollpolitik an. Das Zentrum trägt in erster Linie die Schuld an dieser Zollpolitik. Wo ist Ihr zum Zentrum sozialpolitisches Programm? Sie leben sozialpolitisch ja nur von der Hand in den Mund! Heute unter dem Eindruck des Bergarbeiterstreiks sprechen Sie für den Maximal-Arbeitstag, und morgen begnügen Sie sich mit einer Enquete oder dergleichen. Ja, wenn man alle Ihre sozialpolitischen Anträge und Resolutions aneinander reihen würde, das wäre ein herrlicher Rosenkranz! (Heiterkeit links.) Sie sind immer bereit, unseren guten Anträgen durch Anträge auf Enquetes in den Rücken zu fallen. Dann sagen Sie: „Was sollen wir anderes tun gegenüber der Regierung?“ Nun, wir sind nicht dazu da, uns Ihren Kopf zu zerbrechen, was Sie tun sollen. (Heiterkeit.) Bei der Zollpolitik wußten Sie, was Sie zu tun hatten. Da nahm Herr Dr. Spahn seinen Ankermittel unter den Arm und ging zum Herrn Reichskanzler. Damals standen Ihnen freilich wichtigere Interessen auf dem Spiele, als jetzt. Auch bei der Kanalarvorlage wissen Sie die Regierung zu behandeln, nur in sozialpolitischen Dingen sind Sie arme Wittgänger bei ihr. Kürzlich hat ja Herr Dr. Spahn den Kontraktbruch gerechtfertigt. Warum? Weil augenblicklich hunderttausend katholische Arbeiter im Auslande stehen. Wären es nur evangelische Arbeiter, ei, wie würden Sie hier gegen den Kontraktbruch weitem! (Sehr richtig! rechts und links.) Dieser Standpunkt ist auf dem dritten christlich-sozialen Kongress in Lüttich besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Der belgische katholische Führer Wechte hat sich ausdrücklich gegen jeden Eingriff des Staates erklärt. Und was er da gesagt, hat er als Minister redlich gehalten. Nirgends wird die Kinderausbeutung so schamlos betrieben wie in dem katholisch regierten Belgien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unruhe im Zentrum, vielleicht noch von den Nonnenklöstern Frankreichs abgesehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unruhe im Zentrum. Dort muß man den Katholizismus beurteilen, wo er die politische Herrschaft hat, nicht dort, wo er eine Minderheit vertritt, wo ihm noch die Spuren der Opposition anhaften. Was gehen und die Belgier, die Franzosen an, können Sie mit einwerfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber die Belgier, die Franzosen haben doch dieselbe etliche, christliche Auffassung wie Sie, also muß die Schlussfolgerung dieselbe sein.

Weshalb Sie Sozialreform treiben, hat Bischof Korum in Lüttich offen ausgesprochen, als er den Franzosen und Belgiern zurief: „Der Sozialismus wird Sie dazu zwingen oder Sie verschlingen!“ Keines hat sich auch Bischof Fischer in Lüttich ausgesprochen. Der Grundgedanke ist: ohne Sozialdemokratie keine soziale Reform; ganz ähnlich wie Bismarck es gesagt hat. Ihre eigene Geschichte ist der beste Beweis dafür, daß Sie in allen sozialen Fragen bloß einen Opportunitätsstandpunkt einnehmen. Wie haben Sie sich zu den Dingen gestellt, ehe die sozialistische Bewegung Ihnen auf den Fingern brannte? Als Ihr Parodarbeiter Stöckel zum erstenmal gegen den offiziellen Zentrumslandbibanden kandidierte, berichtete die Rheinische Volksstimme (Nur im Zentrum: Ist kein Parteiblatt!) um es zu agrarisch, aber katholisch ist es doch! Sie waren ja gezwungen, die Haltung des Vlates einzunehmen und ein agrarisches Glaubensbekenntnis abzulegen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Rheinische Volksstimme“ berichtete also, daß der gesamte katholische Klerus sich wie ein Mann gegen das Vorgehen der Arbeiter gefremt habe. Als die katholischen Arbeitervereine gegründet wurden, wurde zuerst für sie die Heilmattentrommel gerührt, wurden Kapläne an ihre Spitze gestellt, sah man in ihnen eine Leibgarde der Zentrumswähler. Als aber dann die katholischen Gewerkschaften in natürlichen Gegensatz zu den katholischen Unternehmern traten, da erschien die Bischofs auf der Fuldaer Konferenz das bekannte Schreibreiben, das der katholischen Arbeiterbewegung Knüttel zwischen die Beine warf, da wurde abgewiegelt und Herr v. Savigny erklärte: Den Arbeitern müsse die Waffe des Streites aus den Händen genommen werden. (Widerspruch im Zentrum.) Der § 8 des Statuts dieser katholischen Vereine bestimmt, daß die Beschlüsse der Fachabteilung zur Kenntnis des jeweiligen geistlichen Vorgesetzten zu bringen seien. (Hört! hört!) § 10 lautet: Es empfiehlt sich, daß jede Verbandsgruppe nach alter deutscher Sitte sich einen Schutzheiligen als Patron erwählt und in Ehren hält. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die katholischen Arbeiter sollen offenbar, wenn sie in den Streik ziehen, das Bild des Schutzheiligen an der Spitze tragen, ebenso wie die russischen Arbeiter mit dem Schutzheiligen voran im Namen des

Christentums und Kaisers wie Hunde zusammengeschoffen worden sind. Wo ist Ihr soziales Programm? Sie haben feins und wollen feins! Der katholische Sozialpolitiker Oberdorfer hat im Februar 1907 vor den Bonner Studenten erklärt: Es fehlt uns ein klares sozialpolitisches Programm. Aber die politische Partei, auf welche unsere Vereine angewiesen sind, will nichts von einem solchen Programm wissen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unruhe im Zentrum.) Gätte sie ein festes Programm, dann müßte sofort der Ruhhandel aufhören, dann könnten sie festgenagelt werden. Aber ihre ganze Politik ist eben der reine Ruhhandel. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Alle Woche ändert das Zentrum seine Meinung. Am 4. Februar 1900 forderte Herr Dr. Sige unter Berufung auf die kaiserlichen Erlasse die 63 stündige Arbeitswoche. Am 10. Februar 1900 beantragt Herr v. Hertling, die Regierung möge Erhebungen anstellen, inwieweit gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter durch übermäßige Arbeitszeit stattfände. Man könnte meinen, daß sei nur ein Ewentualantrag für den Fall der Ablehnung des Antrages Sige. Denn natürlich hätte Herr Sige den Antrag Hertling und Herr Hertling den Antrag Sige mitunterschrieben. (Sehr gut! links.) Aber in der Begründung dieses Antrages führte Herr v. Hertling aus: „Wenn für die gewerblichen Arbeiter ein Normalarbeitsstag eingeführt wird, so wird das von besagenderer Rückwirkung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter sein. Die Frage der Rückwärts- und Durchsührbarkeit ist für mich nicht die erste — der Zentrumsführer ist also noch reaktionärer als der Staatssekretär, bei dem doch wenigstens die Rücksicht auf die Unternehmer und die auswärtige Konkurrenz durchschlagend ist — sondern ich bin der Meinung, daß der Moment gekommen ist, wo wir uns jederzeit fragen müssen, ob die Ausbeutung des Zwanges im wirtschaftlichen Leben noch weiter gehen soll wie bisher, d. h. als man bis 1900 gegangen war. Niemals hat das Zentrum diese Rede desavouiert. Und damit glaube ich den Beweis für meine Behauptungen über die Sozialpolitik des Zentrums geführt zu haben. Schlagendere Beweise kann man für meine Behauptung beibringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Freilich hat nach der Erklärung des Staatssekretärs die ganze Frage des Zehnstundentages nur noch akademische Bedeutung. Wir werden weder den zehnstündigen Arbeitstag für die Fabrikbetriebe noch den elfstündigen Arbeitstag für alle männlichen Arbeiter und noch nicht einmal den Zehnstundentag für Arbeiterinnen erhalten, trotzdem die Untersuchungen darüber schon seit zwei Jahren festliegen. Wir werden uns mit der Tatsache begnügen müssen, daß von dieser Regierung nichts für die Interessen der Arbeiter zu erwarten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden den Arbeitern immer und immer wieder sagen: Wenn Ihr sozialreformatorischen Arbeiterschlag, wenn Ihr Verbesserung eurer Lebenslage und wenn Ihr Verkürzung der Arbeitszeit wollt, so schließt Euch in den Gewerkschaften zusammen und erringt aus eigener Macht diese Vorteile. Wollt Ihr aber nachher die Vorteile gesetzlich festlegen, so gibt es kein anderes Mittel dazu, als daß Ihr Euch in der einzigen und geschlossenen großen Arbeiterpartei gegen Zentrum und Regierung zusammenschließt. Dann werden wir von Zeit zu Zeit unsere grundsätzlichen Forderungen an Sie heranbringen und Sie allmählich zwingen, aus Opportunitätsrücksichten weiter zu gehen, da Sie ja aus Prinzip nicht weiter gehen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Pofadomsky:

Der Abg. Fischer hat sich beschwert, daß wir Enquetes veranstalteten über Dinge, die alle Welt weiß. Was „alle Welt weiß“, dafür trifft oft das Shakespeare'sche Wort zu: Eine Münze, aus Luft geprägt, ein Hauch, ein Nichts, ein Haß. Bei einer so wichtigen Frage, wie es die Verkürzung der Arbeitszeit ist, haben wir gerabegut die Pflicht, die eingehendsten Erhebungen anzustellen. (Sehr richtig! rechts.) Und dabei müssen wir auch Rücksicht nehmen auf die Konkurrenz des Auslandes. (Erneutes Sehr richtig!) Der Abgeordnete Fischer schloß damit, daß von dieser Regierung nichts zu erwarten sei. Sobald ich Gelegenheit habe, mit gebildeten Ausländern zusammenzukommen, kommt das erste Gespräch sofort auf die Sozialgehalte Deutschlands, auf das, was Deutschland auf dem Gebiet der Sozialpolitik geleistet hat als Vorbild und Ansporn für alle Länder. Der Vorredner hat gesagt, die Auffassung zu vertreten, daß die Regierung sozialpolitisch nichts tue. In dem Augenblick, wo die preussische Regierung durch einen Gesetzentwurf den wesentlichsten Beschwerden der Arbeiter abhelfen will (Unruhe links, Zuruf der Sozialdemokraten: Abwarten!) — die preussische Regierung hat ihr Wort versprochen und wird ihr Wort halten (Lebhafte Zustimmung in der Mitte) — und die längst gestellte Forderung auf gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine zu verwirklichen. Der Vorredner schalt uns rücksichtslos, daß wir die Verkürzung der Arbeitszeit mit England und Frankreich beraten wollten. Wir sind so oft auf die besseren Zustände in Frankreich und England hingewiesen worden. Wenn das wirklich richtig ist, so könnten wir es nur begrüßen, wenn wir uns über sozialpolitische Dinge mit ihnen ins Einvernehmen legten.

Abg. Lehmann (natl.): Ich sehe im Maximal-Arbeitstag nicht sowohl einen unbedingten Eingriff in die persönliche Freiheit wie auch eine schwere Schädigung des Erwerbsebens. In der Textilindustrie ist eine derartige Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie die Interpellation verlangt, undurchführbar. Auch für den Arbeitgeber ist ein Maximal-Arbeitstag ein Danaergeschenk! Der Arbeiter leidet unter dem sozialdemokratischen Terrorismus. Wie bringt denn der Arbeiter seine freie Zeit zu? Auf das Gebiet des Rinderflegens will ich nicht eingehen. Aber in was für Raneipen treiben sich die Arbeiter herum! — Das Verbot der Kinderarbeit und die Beschränkung der Frauenarbeit hat die deutsche Industrie schon genug beunruhigt. Die deutsche Industrie kann weitere Beschränkungen nicht ertragen. Die Schutzbestimmungen können nicht weiter ausgedehnt werden, sonst kommt es dahin, daß man den Unternehmer selbst schlachtet, um dem Arbeiter die goldene Freiheit zu verschaffen. Dem Herrn Staatssekretär rufe ich zu: Nicht zuviel Dampf! (Beifall rechts.)

Abg. Schider (L.): Die Verwirklichung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages würde lediglich eine Bevorzugung des Großkapitalismus gegenüber den Kleinbetrieben und dem Handwerk sein. Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorredners nur anschließen. Die Einführung des Zehnstundentages wäre lediglich ein Herabgleiten auf der Bahn zum Rüstfundentag. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Kaiserli (Pol): Die Festsetzung eines Maximal-Arbeitstages, also jetzt des zehnstündigen, liegt im Interesse des Arbeiters. (Auf der Tribüne ist Redner fast unverständlich.) Eine Herabminderung der Produktion würde auch nur in den seltensten Fällen stattfinden. Der zehnstündige Arbeitstag ist das Minimum, was wir haben müssen. (Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Dr. Pachnid (fr. Vg.): Der Arbeiter muß Zeit erhalten, sich der Familie zu widmen, sich kommunalen und ähnlichen Angelegenheiten zu widmen. Zweifel können nur bestehen über den Weg, auf dem man zu diesem Ziele gelangen kann. Für den 3. Januar Arbeitstag ist die bürgerliche Linie bereits Anfang der neunziger Jahre eingetreten, das wird auch Herr Trimborn anerkennen müssen. Es ist daher ein Grundirrtum des Herrn Fischer, daß nur die Sozialdemokratie etwas für die Arbeiter getan hat; ohne die Mitwirkung der bürgerlichen Parteien hätte sie auch nichts erreichen können. Die besonderen Gründe, die für den Maximal-Arbeitszeit für Frauen sprechen, sind allbekannt. Gefunde Mütter sind die Kraft der Nation. Auch machen Frauen zu wenig Gebrauch von der Waffe des Koalitionsrechts. In verschiedenen Industrien, so der Spielwaren-Industrie, der Zementindustrie ist eine Ueber-gangszzeit notwendig. Aber man darf nicht sagen, daß solche unvermeidlichen Schwierigkeiten in der Uebergangzeit gegen den ganzen Maximal-Arbeitstag sprächen. — Was den allgemeinen Maximal-Arbeitstag betrifft, so nehmen wir hier eine etwas veränderte Stellung ein, nicht aus Prinzip, sondern aus Zweckmäßigkeit. Jedenfalls bleibt eine solche generelle, schablonenhafte Regelung ein tiefer Eingriff. Sowohl vom Standpunkt der Exportindustrie wie

der Arbeiterinteressen müssen die Konsequenzen bedacht werden. Erhebungen sind deshalb vor der Einführung des allgemeinen Maximal-Arbeitsgesetzes notwendig; über die Arbeit aller männlichen Arbeiter in allen Industrien liegen solche Erhebungen noch nicht vor.

Abg. Burckhardt (Christl.-soz. u. Wirtsch. Vg.): Herr Fischer meinte, nur die Organisation könnte dem Arbeiter nützen. Demgegenüber meine ich, daß die Befehlsgebung auf diesem Gebiete mehr leidet, denn den Arbeiterorganisationen stellen sich die mächtigeren Arbeitgeberorganisationen gegenüber. Daß bei dem Jehntandtag ebenso viel geleistet wird wie bei einstündiger Arbeitszeit, ist durch Fachmänner nachgewiesen. Wir würden in der Einführung des Jehntandtages jedenfalls einen sozialen Fortschritt sehen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Erzberger (Z.): Die Herren von der Sozialdemokratie sind neidisch, daß Kollege Lindemann nach einem reifen Äpfel ge-griffen hat. Unsere Interpellation hätte lauten sollen: „Können die katholischen Arbeiter schon in dieser Session dem Zentrum ab-spensig gemacht werden?“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dann wären die Sozialdemokraten mit uns einverstanden. **Abg. Veiel** hat auf dem Breslauer Parteitag gesagt, er wäre froh, wenn wir jetzt den Jehntandtag beläumen. (Hört! hört! beim Zentrum.) Sie werfen uns vor, daß wir in der Interpellation mit von Fabriken sprechen; das klingt wie Hohn im Munde von Leuten, die sich als Vertreter der Fabrikarbeiter fühlen. Die Sozialdemokraten sind voller Widerspruch. Daß wir den Arbeitstag nicht auch für die Landarbeiter verlangen, wird uns vorgehalten. Aber wir befinden uns in einer guten Gesellschaft, soweit die Herren Sozialdemokraten eine gute Gesellschaft genannt werden können. **Abg. Dr. David z. V.** sagt, daß es bei den wechselnden Witterungsverhältnissen unmöglich sei, einen Maximal-Arbeitsstag für die Landwirtschaft durch-zuführen. (Hört! hört! im Zentrum.) — Wir sind allerdings für Schulzölle. Aber auch Wilhelm Liebknecht hat seinerzeit es für möglich erklärt, daß einmal ein Schulzoll für Arbeiter eingeführt werden könnte, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sein werden. Nun solche Voraussetzungen sind jetzt allerdings erfüllt. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Vom „brutalen Unternehmertum“ zu sprechen hat Kollege Fischer am wenigsten Veranlassung, nachdem der „Correspondent“ der Buchdrucker die Zustände bei der Firma Singer u. Co. als wenig erfreulich hin-gestellt hat und nachdem die Entlassung Paul Hellmanns durch den Abg. Fischer in weiten Kreisen der Genossen Mißfallen erregt hat. (Hört! hört! im Zentrum.) Auf dem Parteitag hat der Abg. Fischer, über diesen Fall interpelliert, die Antwort abgelehnt, weil das Unternehmen den Berliner Genossen und nicht der Partei ge-höre. Das ist ganz der Standpunkt der Kostenbarone, die nur mit ihrer Belegschaft verhandeln wollen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Was die Antwort des Herrn Staatssekretärs anlangt, so scheint es uns bei der Würde des Reichstags des Innern wenig zu ent-sprechen, wenn von 26 Bundesstaaten bisher erst 8 auf seine An-frage geantwortet haben. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es wäre interessant, die Namen dieser Bundesstaaten zu erfahren. Wir werden nicht ruhen, bis unsere Forderung durchgeführt ist. (Bravo! im Zentrum.)

Darauf vertrat sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Freiherr v. Hertling (Z.), Fischer (Soz.) und Erzberger (Z.) Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Toleranzantrages des Zentrums und Anträge auf Er-richtung eines Reichs-Arbeitsamtes. Schluß 7 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Friedrich Wilhelm Freysche.

Aus Philadelphia kommt die Kunde, daß einer der Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung Friedrich Wilhelm Freysche, dort am Sonntag verstorben ist. Mit ihm ist ein Mann aus der Reihe der Lebenden gegangen, der sowohl in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wie in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen hervorragenden Platz einnimmt.

Der Veteran hat fast das Alter von 80 Jahren erreicht. Er wurde am 25. März 1826 in Leipzig geboren. Er war Zigarren-macher und gehörte zu jenen Arbeitern, die bereits in den ersten Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung mit Verständnis und Begeisterte wirkten. Freysche war Mitglied jener Deputation von Leipziger Arbeitern, welche im Jahre 1868 Lassaue aufsuchten und die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins herbeiführten, dessen Vorstand Freysche dann längere Zeit angehörte. Zwei Jahre später begründete Freysche den deutschen Zigarrenarbeiter-Verband und er wurde bald zu einem Führer der gesamten damals zuerst sich stärker entwickelnden gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Mit v. Schweitzer war er 1868 der Einberufer des Allgemeinen gewerkschaftlichen Arbeiterkongresses und weiterhin war er der Leiter des auf diesem Kongreß begründeten Gewerkschaftsbundes. Im Reichstag des Norddeutschen Bundes sah Freysche als einer der ersten Vertreter der Sozialdemokratie. Er wurde 1868 bei einer Nachwahl im Wahl-kreis Lempe-Rettmann gewählt, welchen Kreis er bis 1870 vertrat. Im Jahre 1877 wiederum wurde er Vertreter des vierten Berliner Wahlkreises. Bei der Wahl von 1878 wurde er in diesem Wahlkreis von neuem gewählt. 1880 entschloß Freysche sich, die alte Heimat zu verlassen. Er wanderte nach den Vereinigten Staaten aus. Auch dort blieb er dauernd im Dienste der Partei. Er war bis zu seinem letzten Atemzuge tätig für die Ideen, denen seine Jugend und sein Mannesalter galt.

Wir werden die Persönlichkeit des Dahingegangenen noch aus-führlicher würdigen. Die deutsche Sozialdemokratie, insbesondere auch die Berliner Arbeiterpartei, unter welcher der Verstorbene manches Jahr tätig war und deren Vertreter er im Reichstag ge-wesen ist, betrauern diesen Veteranen, der in den 60er und 70er Jahren sich große Verdienste um die Partei und die Arbeiterbewegung erworben. Wenn er auch in weiter Ferne aus der Reihe der Lebenden ging, die Heimat wird das Andenken Freysches dauernd bewahren.

Der älteste Veteran der Dortmunder Sozialdemokratie, Hein-ric Hidermann, ist im Alter von fast 72 Jahren gestorben. Der Verstorbene hat der Partei und der Arbeiterbewegung unschätzbare Dienste geleistet. Schon in seinen jungen Jahren war er mit viel Eifer und Opfermut in der modernen Arbeiterbewegung tätig, er schloß sich als eines der ersten Mitglieder dem von Lassalle be-gründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an. Immer, selbst unter den schwierigsten Zeiten des Sozialistengesetzes, blieb er dem Sozialismus treu. Die Partei ehrte ihn durch die verschiedensten Vertrauensstellungen. Viele Jahre war er Dortmunder Orts-vertrauensmann; auch Kreisvertrauensmann war er wiederholt, ebenso Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Mehrere Male war er Delegierter auf den deutschen Parteitagen.

In seinem Nachruf sagt unser Dortmunder Partei-Organ: Der Name Hidermann ist mit der Parteigeschichte Dortmunds und Westfalens auch immer verknüpft. Bis in die fernsten Zeiten wird von den Dortmunder Genossen der Name Hidermann mit Achtung und Ehrfurcht genannt werden.

Politikales, Gerichtliches usw.

— Wunderfame Polizei-Ehre. In einer Volksversammlung in Pöppel richtete Genosse Thiel-Nassel an den überwindenden Beamten den Jurat: „Wenn Sie, Herr Kommissar, nach 11 Uhr keine Zeit mehr haben, so können Sie unfertig gehen, wir können auch ohne Sie die Versammlung weiter führen.“ Wegen dieser Neuerung erhielt Thiel eine Anzeige wegen Beleidigung des

Polizeibeamten. Das Schöffengericht Pöppel hatte Thiel zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Das Landgericht Paderborn als Berufungsinstanz erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M.

Mag Lorenz.

Eine Privatklage des Herausgebers der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, Mag Lorenz, gegen unseren verantwortlichen Redakteur Paul Böttner, beschäftigte gestern mehrere Stunden hindurch das hiesige Schöffengericht unter Vorsitz des Assessors Hell. Dem Kläger stand Rechtsanwalt Morris, dem Angeklagten Rechtsanwalt Heine zur Seite. Die Zeitung „Die Post“ hatte in einem Artikel gegen Prof. Dr. Delbrück Stellung genommen, und zwar gaben die Betrachtungen des letzteren im Augustheft der „Preussischen Jahrbücher“ über den Königsberger Prozeß die Ver-anlassung dazu. In diesem Artikel hieß es u. a.: „Daß ein Uni-versitätslehrer den Reichsmoed, wie es in jenem Artikel geschehen ist, mit tönenden Worten verberichtet, das verdient doch festgenagelt zu werden. Was für Begriffsverwirrung muß in den Köpfen der Schüler entstehen, wenn ein Lehrer ungeachtet den Grundfah aus-sprechen darf, daß, wenn der Despotismus schlechthin unertüchlich geworden ist, als letztes, äußerstes Heilmittel, das Reichentum zu retten, der Nord ist.“ — Hiergegen veröffentlichte der „Vorwärts“ in Nr. 187 vom 11. August einen Artikel unter der Spitzmarke: „Die Politik der Hinausgeworfenen“. Ausgehend von der Ansicht, daß Mag Lorenz der Verfasser des „Post“-Artikels sei, führte der Artikel u. a. aus: Die „Post“ werde immer mehr zu einem Asyl von Mitarbeitern, die in

anständigen Betrieben

nicht gebudei werden konnten, und deren Politik von der einzigen Tendenz geleitet werde, durch elende Denunziationen Rache für erlittene Unbill zu nehmen. Herr Mag Lorenz betreibt dieses Ge-schäft mit besonderem Eifer, die Denunziation der „Post“ gegen Prof. Delbrück falle zeitlich zusammen mit dem Umstand, daß Mag Lorenz in den letzten Heften der von Delbrück herausgegebenen „Preussischen Jahrbücher“ — wo er über Kunst neuartigen — nicht mehr zu finden sei, Mag Lorenz sei ein berufsmäßiger Denunziant. — Rechtsanwalt Heine erklärte, daß der Angeklagte nicht den Beweis antreten wolle, daß der Kläger der Verfasser des „Post“-Artikels sei, sondern daß er sich auf den Nachweis beschränke, daß er alle Veranlassung hatte, nach Lage der Dinge den Kläger für den Verfasser zu halten. — Auf Befragen des Angeklagten gibt der Kläger zu, daß er früher Mitglied der sozialdemokrati-schen Partei gewesen, sowie in den Redaktionen mehrerer Parteiblätter tätig gewesen sei, u. a. in Königsberg, Rindgen, Dresden und Leipzig. Der Angeklagte wies darauf hin, daß der Kläger trotz dieser Vergangenheit ein ganz besonders schneidiger

Geher gegen die Sozialdemokratie

geworden sei und die ganze Scharfmacherpresse seine Artikel abdrucke. — Rechtsanwalt Heine fragte, ob der Kläger nicht das Recht ge-habt habe, von der Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ein Darlehn von 300 M. zu erhalten, dessen Zurückzahlung ihm erst nach 4—5 Jahren möglich war. Der Kläger bejahte dies. Er habe das Darlehn sofort zurückgezahlt, als er dazu in Stande war. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Heine, dem Rechtsanwalt Morris wiederholt vergeblich widersprach, erfolgte die Verlesung einer An-gabe von Artikeln der „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, die sich gegen Geheimrat Kottenburg, den evangelischen Arbeiter-verein, die Verteidiger im Königsberger Prozeß, gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen Professor Schmoller, den Prof. Sombart, den Grafen Posadowsky usw. usw. wenden. Der Angeklagte wollte da-durch beweisen, daß diese Artikel einen denunziatorischen Charakter haben, was von Rechtsanwalt Morris und dem Kläger wiederholt bestritten wurde. Rechtsanwalt Heine wies namentlich auf die Analogie hin, daß auch in dem Artikel gegen Prof. Schmoller der denunziatorische Hinweis sich finde, daß die „Ein Erzähler der Jugend“ sei. Man brauche sich bloß an Dr. Arons zu erinnern, der unter derselben Argumentation seines Amtes entbunden worden sei.

Rechtsanwalt Morris beantragte, Genossen Büttner wegen verläumderischer Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen. Er bestritt, daß sein Klient denunziert hätte und sah die „Verläumdung“ in der Behauptung, daß Journalisten vom Schläge Lorenz in anständigen Betrieben nicht gebudei würden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, führte in längerer Rede aus, weshalb sein Klient in Lorenz den Verfasser des Artikels gegen Delbrück hätte vermuten müssen, und welche Gründe er ge-habt hätte, Lorenz besonders scharf anzugreifen. Nicht daraus sollte Lorenz ein Wortwort gemacht werden, daß er aus bürgerlichen Kreisen stammend, zur Sozialdemokratie gegangen wäre, und ihr dann den Rücken gekehrt hätte, bedenklicher wäre schon, daß er sich später in schnellem Tempo vom Sozialreformer zum Scharfmacher entwidelte hätte, das wahrhaft schlimme aber wäre, daß er dann die Parteien, in denen er gewesen, in persönlich

geschäftiger Art angriffe.

schäftiger Art angriffe. daß er z. B. Leute, die wie er aus bürgerlichen Kreisen zur Sozial-demokratie gekommen, aber in ihr geblieben wären, als „Renegaten“ und „latilinarische Existenzen“ beschimpfte. Die Angriffe, die Lorenz gegen die Sozialdemokratie richtete, wären denunzia-torisch. Schon im allgemeinen, indem er die Sozialdemokratie fortgesetzt des Hochverrats bezichtigte, also ins Jughaus wünschte. Viel auffälliger wären aber noch die verlesenen Angriffe gegen Kottenburg und Posadowsky, Kaumann und die Pastoren, die „Nord-deutsche Allg. Ztg.“ und die Professoren, namentlich Schmoller. Ueberall wäre zu bemerken, daß er deutlich, auf hohe Stellen hin-blickend, alle diese Männer als „der verdähten Demokratie“ denunzierte und

sich selbst empfelen

wollte. Namentlich der Artikel von Lorenz gegen Schmoller wäre in Gedankenlang und Ausdruck dem „Post“-Artikel gegen Delbrück so ähnlich, daß Angeklagter auch den letzten Lorenz hätte schreiben müssen, und daß man jedenfalls annehmen müßte, er wäre durch den ersten Artikel mindestens inspiriert. Die Sozialdemokratie betradhte allerdings Lorenz mit dem Gegenteil von Befühlen der Achtung und hielt ihn zwar nicht für einen gefährlichen, aber für einen besonders geschäftigen Gegner.

Das Gericht nahm an, Angeklagter hätte nicht bewiesen, daß Lorenz in anständigen Betrieben nicht gebudei worden wäre, er-schiede auch in den Artikeln von Lorenz keine Denunziationen. Es nahm jedoch an, daß Angeklagter in gutem Glauben gehandelt hatte. Es verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Verhaftungen unterliegen nicht der Anmeldepflicht.

Wegen angeblichen Vergehens gegen das Vereinsgesetz sollten sich jüngst die Kempner B. und J. und der Gastwirt L. in Köpenick vergangen haben. Es handelte sich um eine Vertrauensmännerführung der aus-gesperrten Gärtler und Drücker von der Firma Krüger in Köpenick. Bemerkenswert ist, daß diese Firma auf Beschluß der Kühnemänner mit ausgesperrt hat, ohne daß bei ihr gestreikt wurde. Von der Vertrauensmännerführung hatte nur die Firma Kenntnis erhalten. Sie telephonierte des-halb rasch an die Ortspolizei, damit diese die möglicherweise höchst staatsgefährliche Zusammenkunft der Arbeiter überwache. Der Gendarm kam, sah und — zeigte an, daß bei L. eine Versammlung, woselbst „öffentliche An-gelegenheiten“ erörtert seien, stattgefunden habe, in der B. als Einberufer, Leiter und Redner und H. als Redner gewirkt hätten. In der Gerichtsverhandlung vermochte der Gendarm nun über die Art der staatsgefährlichen oder „öffentl. hen“ Reden absolut nichts

Positives zu bekunden. Somit konnte die Behauptung des Angeklagten, daß sie den Anwesenden nur mitgeteilt hätten, wann die nächste Streikunterstützung ausgehtet werde, auch nicht widerlegt werden. Da übrigens auch festgestellt wurde, daß alle Sitzungsteilnehmer sich vorher durch Karten legiti-mieren mußten und kein Fremder zu der Sitzung Zutritt hatte, so konnte das Gericht die Versammlung auch als eine öffent-liche nicht ansehen und erkannte dem Antrage des Rechtsanwalts Dr. Heinemann gemäß auf Freisprechung.

Berlin und Umgegend.

Vom Streik der Klavierarbeiter. In der am Montag ab-gehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung der im Holzarbeiter-Verbande organisierten Musikinstrumenten-Arbeiter wurde über den Streik in der Fabrik von Köfener Bericht erstattet. Der Streik wird unverändert weitergeführt und von den Arbeitern wie von den Fabrikanten mit lebhaftem Interesse betrachtet. Die Streikenden werden unter keinen Umständen die Arbeit ohne Zugeständnisse auf-nehmen. Die Wirkung des Streiks ist die, daß Köfener höchstens ein Drittel dessen fertigstellen kann, was er unter normalen Verhältnissen produzierte. Ein Meister namens Volle fertig für Köfener Fronten an; es wird deshalb beabsichtigt, die Vollenke Werkstatt zu sperren. Den streikenden Verbands-mitgliedern ist am 1. d. M. eine Entzahnstrahlung von 15 M. aus-gezahlt worden. Auf Betreiben des Fabrikanten Köfener geht die Polizei jetzt schärfer denn je gegen die Streikenden vor, so daß die Kontrolle der Fabrik sehr erschwert ist. Wie bekannt geworden ist, hat Köfener unwahre Behauptungen über angebliche Ausschreitungen der Streikenden verbreitet. Unter anderem ist eine Angabe folpertiert worden, wonach ein Arbeitswilliger durch Streikende blutig geschlagen worden sein soll. Es ist jedoch kein wahres Wort an dieser Behauptung. — Außer den Streikenden bei Köfener sind noch 28 Verbands-mitglieder aus Anlaß des allgemeinen Streiks zurzeit ohne Arbeit. In der Fabrik von Westheim, die sich bekanntlich dem Streik nicht angeschlossen hatte, haben jetzt nach anfänglich vergeblichen Ver-suchen Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Geschäfts-leitung stattgefunden mit dem Erfolg, daß die Akkordhöhe ein wenig erhöht worden sind und das Stofsgeld von 21 auf 24 M. hinaufgesetzt worden ist, allerdings mit der Einschränkung; wer es verbietet. Ueber die Verhältnisse im Betriebe von Westheim wurde in der Ver-sammlung eingehend gesprochen. In diesem Betriebe sind die organisierten Arbeiter in der Minderheit, insolge dessen ist es sehr schwer, dort etwas zugunsten der Ar-beiter zu erreichen. Als ein bezeichnendes Beispiel für die Auffassung, welche Herr Westheim von dem Verhältnis der Arbeiter hat, wurde folgendes angeführt: Als ein Arbeiter mit seinem Meister Dis-senzen hatte, die dem Chef gemeldet wurden, fragte dieser den Arbeiter, ob er Soldat gewesen sei. Die Antwort war eine be-neinende. Darauf sagte Herr Westheim zu dem Arbeiter: Wenn Sie Soldat gewesen wären, dann hätten Sie gelernt sich zu duden. — Hiernach scheint also die willenlose Unterordnung als höchste Arbeitstugend im Westheim'schen Betriebe zu gelten. — Weiter wurde noch angeführt, daß neuerdings in der Werkstatt von Wöhrich, Köpenickerstr. 150, Mißstände zutage getreten sind, die wahrscheinlich dazu führen, daß dieser Betrieb gesperrt werden wird.

Achtung, Bauarbeiter! Die Kollegen der Treppengeländer-fabriken befinden sich im Streik. Alle diejenigen, die zu den neuen Bedingungen auf den Baustellen arbeiten, müssen im Besig eines roten Verächtigungskarte sein. Wir erlauben alle Bauarbeiter, hierauf zu achten. Die Kommission.

Zum Streik der Kleider nahmen Montag abend die Vorstände von zehn Bezirksvereinen der Berliner Tapezierer-Zinnungsmeister sowie des Vereins zur Förderung der Innen-dekorationette im Lokal von Heubrich, Alte Jakobstraße, Stellung. Die Versammelten, die etwa 900 Meister repräsentierten, beschloßen nach mehrstündigen Verhandlungen, die Forde-rungen der Gehälften rund abzulehnen und sich auf die Forderung eines Tarifs auszulassen. — Man will ohne Festlegung eines Tarifs auszulassen und die Lohnfestsetzungen zwischen den Beteiligten der freien Vereinbarung überlassen. Die besten Kräfte sollen „gut“ entlohnt werden, offenbar um eine Zer-splitterung in die Reihen der Gehälften zu tragen. Man war der Ansicht, daß bei Bewilligung der von den Gehälften geforderten Löhne und Arbeitsbedingungen die Kleinmeister, welche doch die große Mehrzahl bilden, zugrunde gehen müßten.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von M. a. N. B. h. r. Gröner Weg 118, haben die Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Gummi-Arbeiter! Am gestrigen Tage legten sämtliche Schlauchmacher der Berlin-Brandenburger Gummitüten-Fabrik, Mühlens-trasse 70/71, wegen Abzuges von 12 1/2 Prozent auf die bestehende Akkordarbeit einmütlich die Arbeit nieder, nachdem alle Verhandlungs-versuche fruchtlos verlaufen sind.

Wir bitten alle Gummi-Arbeiter, insbesondere Schlauchmacher, obige Firma strengstens zu meiden. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung! Fensterputzer! Im Betrieb der Firma Kreis u. Kreis, Hamburg, Steinstr. 143, sind Differenzen aus-gebrochen; sämtliche Arbeiter bis auf einen haben die Arbeit ein-gestellt. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt. Niemand darf dort in Arbeit treten, bis an dieser Stelle die Angelegenheit als geregelt bekannt gegeben ist.

Die Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Verbandes.

Die Lithographen und Steindruckern Nürnberg's treten in eine Be-wegung ein. Den eigentlichen Anstoß hierzu gaben die Unternehmer, die ihre wiederholtes Versprechen, die Bezahlung von Prozenten für Ueberstunden einzuführen, auch heuer nicht gehalten haben. Nun soll den Unternehmern ein Tarif vorgelegt werden, in dem für Litho-graphen die achtschändige, für Steindruker die neunschändige Arbeits-zeit, ferner ein Minimallohn von 25 M. Regelung des Bezahlungs-wesens, Abschaffung der Akkordarbeit zc. gefordert wird. In dem Betriebe der Firma Huber u. Körner ist es wegen der Nicht-bezahlung der Procente für Ueberstunden bereits zu Differenzen ge-kommen. Ein Streik steht bevor. Der Zugang ist deshalb von Nürn-berg streng fernzuhalten.

Das Gewerbeamt Nürnberg hat im Jahre 1904 als Einigungsamt eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Es wurde in 31 Fällen angerufen und in 28 Fällen gelang es eine Vereinbarung zu erzielen. Diese Vereinbarungen betrafen in zehn Fällen das Gesamtgewerbe (nämlich das Bäcker-, Schuhmacher-, Tapezierer-, Mühlen-, Mauer-, Steinmetz-, Kunst- und Aushilfs-, Spengler-, Metallgießer- und Jalousien-gewerbe); in 18 Fällen handelte es sich um Lohnminderungen in einzelnen größeren Betrieben, so in Eisenerzeugen, Maschinen-fabriken, Eisengießereien, Partischweimereien, Handhakenfabriken, in einer Zeer- und Spinnstoff-, Elektricitätsfabrik, Fabrik, Schuh-fabrik, Straßenreinigung-Anstalt und in Hasenergewerbe. Unter den 28 Vereinbarungen befinden sich 15 Fälle, in denen Tarif-verträge abgeschlossen wurden.

Soziales.

Fincken des preussischen Vereinsgesetzes.

Ein Arbeiter-Radsfahrverein für Göttsberg und Umgegend war in einer nichtangemeldeten Versammlung gegründet worden, wo auch über die Ziele des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ (Sitz Frankfurt a. M.) gesprochen wurde. Aufrufe dieses Bundes

Arbeiter! Gedenkt der Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter!

Arbeiter! Demonstriert am Donnerstag machtvoll gegen die Frevel des russischen Absolutismus!

Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- List of donors and amounts for the Bergarbeiter fund, including names like Lotterieverein, Sparrverein, and various individuals.

- Continuation of the list of donors and amounts for the Bergarbeiter fund, including names like 2. Rate 16,50, 2. Rate 10,50, etc.

über die Wartung und Ernährung der Säuglinge einholen können. Die ärztlichen Leiter dieser Fürsorgestellen haben in geeigneten Fällen in erster Linie darauf hinzuwirken, daß die Mütter die Säuglinge stillen.

Ferner sollen, um die Not zu lindern, in welcher sich ständige Mütter — besonders zur Zeit der Entlassung aus den Entbindungsanstalten — häufig befinden, geeigneten Vereinen seitens der Stiftung Zuschüsse zum Pflegegeld gewährt werden.

Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hat folgenden dringlichen Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat...

Heute ist ein Jahr verfloßen, daß unser Parteigenosse Emil Rosenow starb. Zum Andenken an den Todestag ließ der sozialdemokratische Verein für den 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreis einen prächtigen Lorbeerzweig mit Widmung auf der Grabstätte in Schöneberg niederlegen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag nachmittag 5 Uhr unter anderem mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlagen, betreffend die Frequenz in den Gemeindeschulen am 1. November 1904...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Sammliste 9707 für die Bergarbeiter (gezeichnet mit 2,50 M.) ist befreit gegangen. Der Finder wird gebeten, bei Fuschel, Reperstr. 5, abzugeben.

Lokales.

Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betreffend die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat gestern seine Beratungen beendet...

Freisinnige „Arbeiterfreunde“.

Im Bezirksverein des Spandauer Stadtviertels, der sich viel darauf zugute tut, unter Führung des Landtags-Abgeordneten Rosenow „vorbildlich für alle freisinnigen Vereine Berlins“ zu sein...

Suchte zwar die Neben seiner Parteifreunde abzuschwächen, indem er auf das freisinnige Programm hinwies, das Koalitionsfreiheit fordere, er bezeichnete auch das Heroverfahren des einseitigen Herrenstandpunktes gegenüber den Arbeitern als unangemessen, meinte, man dürfe es die Arbeiter nicht entschuldigen lassen, daß ihre Berufsorganisationen keine Rechtsfähigkeit besäßen, brante aber den Vorschlag, eine Summe für die Bergarbeiter (notabene für die freisinnigen) zu bewilligen, gar nicht zur Abstimmung. Von Tröger daran erinnert, meinte Herr Rosenow, er hätte es ganz vergessen. Selbst von einer Sympathiefundgebung für die Bergarbeiter wurde, wohl mit Rücksicht auf die freisinnigen Arbeiterfeinde, Abstand genommen.

Die Sympathien für den Väterbeschuß mehren sich anscheinend auch in Unternehmernkreisen. Wie z. B. in der Puhbranche der Geschäftsinhaber dazu kommt, sich mit dem Gedanken des Väterbeschlusses vertraut zu machen, zeigt drastisch eine Einsegnung in der hier Jerusalemerstraße 42 erscheinenden Fachzeitschrift „Die Modistin“. Ein Abonnent schreibt diesem Blatt: „Als im Juli v. J. die Bestimmungen der neuen Fabrikordnung auch auf sämtliche Puhwerkstätten ausgedehnt wurden, war sich die ganze Branche darüber klar, daß wir durch große Schäden betroffen und zu leiden haben werden. Die Gründe hierfür sind leicht erklärlich. Früher war es gestattet, die Puhmacherinnen während der Zeit, in der die Geschäfte für den Verkauf offen gehalten wurden, zu beschäftigen, jetzt dagegen müssen Arbeiterinnen über 16 Jahren um 1/2 Uhr, also 1/2 Stunde vor Geschäftsschluss, und Arbeiterinnen unter 16 Jahren sogar noch früher vor der Arbeit dispensiert werden. Daß das Geschäft stark darunter leidet, ist auch für jeden Laien sehr erklärlich, zumal in den Geschäften, die an der Peripherie Groß-Berlins wohnen, wo in der Zeit von 7—9 Uhr abends der Geschäftsverkehr am regsten ist. Bekanntlich sind an vielen Hütten Änderungen vorzunehmen, nun male man sich die Situation aus, in der sich die Geschäftsinhaber befinden, wenn derartige Änderungen nach 1/2 Uhr vorgenommen werden müssen, wo die Arbeiterinnen schon weg sind. Hier könnte man eventuell einwenden, daß uns 60 Tage im Jahre für Ueberstunden freigegeben sind; diese lassen sich aber sehr leicht schon in einer Sommeraison verbrauchen, wenn man nicht sehr sparsam damit umgeht. Was macht man aber alsdann in der zweiten Saison des Jahres? Hier müßte also der Hebel zur Verwertung angefaßt werden und zwar auf Kosten der bisher üblichen Verkaufszeit, indem wir den Achtuhr-Verkauf einführen. Es läge dies im Interesse der Angestellten wie auch der Geschäftsinhaber, denn erstere hätten längere Arbeitszeit und dadurch gehobene Arbeitsfreudigkeit, letztere könnten dagegen die 60 Tage, welche im Jahre für Ueberstunden erlaubt sind, auf die Sonnabende verteilen, und damit wäre allen Puhhändlern geholfen.“

Eine Verbesserung des Verkehrs nach Tegel hat die Große Berliner Straßenbahn vom 1. Mai d. J. ab einzuführen beschlossen. Alle nach Tegel fahrenden Linien erhalten für gewöhnlich einen 7/2 Minutenverkehr, während die Wagen an den verkehrsreichen Sommerfesttagen einander in Abständen von 2/2 Minuten folgen sollen.

Der Verein „Volkswohl“. Einen äußerst stürmischen Verlauf nahm die gestrige Versammlung der geschädigten Mitglieder des Vereins „Volkswohl“, die in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße, tagte. Der Vorsitzende dieses Vereins zur gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder, Ewald Leh, ist bereits in verschiedenen Versammlungen seines Amtes enthoben worden, weil ihm von seinen Vorstandsvorgesetzten vorgeworfen wurde, er habe den Verein nur als gewerbliches Unternehmen zu seinem Vorteil geführt und sei niemals seinen Verpflichtungen nachgekommen. Gegen 2. ist auch Strafverfahren wegen Betruges und Unterschlagung eingeleitet worden, die Vereinsbücher sind von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. 2. nennt sich aber nach wie vor Vorsitzender des „Volkswohl“, weil er die in den Versammlungen erfolgte Abfertigung als rechtsgültig nicht anerkennt. Seine Gegner hatten sich gestern nun bei Feuerstein versammelt, um auf der alten Grundlage einen neuen Verein ohne Leh zu gründen. Vor der Eröffnung der Versammlung wurde gleich der anwesende Leh und seine Begleiter auf Veranlassung des Vorsitzenden durch die Polizei an die frische Luft gesetzt, das gleiche Schicksal widerfuhr im Laufe der Versammlung noch einer ganzen Reihe anderer Personen. Wenn alle die Beschuldigungen, die in der Versammlung gegen 2. vorgebracht wurden, gerichtlich ausgeprochen werden, so gäbe es einen ganzen Mattentönnig von Prozessen; 2. verwahrt sich dadurch, daß er den drei Führern der Agitation gegen ihn in einem Flugblatt vorwirft, sie hätten sich Diebstahl, Unterschlagung, Ehebruch, Hochstapelei und alle möglichen anderen Verbrechen zuschulden kommen lassen. — Die Gründung eines „Allgemeinen Berliner Unterstützungsvereins“ wurde schließlich in der gestrigen Versammlung beschlossen.

Bade-Anstalten und Spielplätze im städtischen Etat.

Der Magistrat verabschiedete gestern unter anderem den Etat für die Gemeindefschulen. Zur Unterhaltung der Spielplätze für die Jugend wurden 3500 M. mehr bewilligt, im ganzen rund 33 000 M., und für den Schwimmunterricht 5000 M. gegen 3000 im letzten Etat. Obgleich es bisher wegen des starken Besuches der städtischen Bade-Anstalten, die während des Unterrichts nicht für die Öffentlichkeit geschlossen waren und mangels einer geeigneten Vorrichtung nicht möglich war, den Massenunterricht einzuführen, und sich auch manche Schwierigkeiten bei der Ausführung ergaben, erlernten doch in der vorgeschriebenen Zeit 80 Proz. der unterrichteten Schüler das Schwimmen. Dieses günstige Ergebnis veranlaßt nun den Magistrat, einen Versuch mit der Einführung dieser überaus gesunden Leibesübung auch bei Mädchen zu machen. Spielplätze und Bäder gibt es zurzeit nur 3 städtische: 1. am Urban, der eingezogen soll, 2. in der Biesenstr. 49—54 und 3. in der Bremerstraße. Vor dem städtischen Obdach soll demnächst ein neuer Spielplatz eröffnet werden. Außerdem werden noch Plätze im Friedrichshain und Humboldtstein sowie die städtischen Exerzierplätze am Kreuzberg, an der sogenannten einfachen Pappel (Schönhauser Allee), in Moabit und am Alten Köpenicker Weg in Treptow zum Spielen benutzt. Die eingeführten Ferien spiele haben sich bewährt und des steigenden Besuches von Kindern jeden Alters hat zu erfreuen gehabt. Der Magistrat will daher in diesem Jahre fünf neue Spielplätze eröffnen.

Der Appetit kommt mit dem Essen. Wie berichtet wird, hat die Große Berliner Straßenbahn an die Krone den Antrag gestellt, für den Königsplatz von der Roonstraße ab, Reichstagsplatz, Sommerstraße, Platz vor dem Brandenburger Tor und Königgräberstraße bis zur Volkstraße statt des unterirdischen Betriebes mit Schritten Oberleitung zuzulassen. Ueber die Zahl der Denkmäler, die die „Große“ für die Gewährung dieser Konzession stiften will, verläutet noch nichts.

Die Bestimmungen über die Unterbringung von Geisteskranken auf Kosten der Stadt Berlin in Privatanstalten haben hinsichtlich der Entlassung gebesserter Kranker zu Mißverständnissen geführt. Die Deputation für die städtische Irrenpflege hat deshalb folgende Anordnung getroffen: Erscheint die Entlassung eines Kranken möglich, so ist sie unter Berücksichtigung der staatlichen Anweisungen (eventuell also nach Anzeige an die zuständigen Behörden) alsbald einzuleiten. Sofern zur Entlassung oder Beurlaubung eines Kranken eine einmalige Unterbringung oder die Empfehlung zu fortlaufender Unterbringung an die Armenverwaltung erforderlich ist, oder falls der Zustand die Familienpflege unter Aufsicht der Anstalt gestattet, ist der Direktion der Hauptanstalt sofort Mitteilung behufs weiterer Maßnahmen zu machen.

Gegen die Automatenlokale wollen gawirtschaftliche Vereinigungen vorgehen. In der gestrigen Sitzung der Schutzkommission für das Berliner Gastwirtsgeerbe wurde eine Eingabe an die geschädigten Körperschaften angenommen, in der die Belämpfung der Automaten-Restaurants verlangt wird. Es sollen neue Konzessionen nicht mehr erteilt werden. Eventuell wird die Eingehung

der bereits bestehenden Konzessionen vorgeschlagen. In der Begründung heißt es, daß bei den Automaten-Restaurants die Kontrolle fehlt, die sonst für das Gastwirtsgeerbe als unerlässlich betrachtet wird. Es sei keine Möglichkeit, zu verhüten, daß Wünderjährige dem Genuß des Alkohols in diesen Restaurants frönen. Hier sei der Anreiz zum Genuß alkoholischer Getränke, der sonst verboten ist, erlaubt. Auch das Verbot, an Schüler und an die auf der Trinkenliste stehenden Personen Getränke zu verabfolgen, gelte für die automatischen Ausschänke nicht. — Wenn die Gastwirte nichts anderes gegen die Automatenlokale vorbringen können, sollten sie sich lieber nicht bemühen.

In dem Befinden Dolf Menzels ist eine Besserung eingetreten. Der Künstler konnte zwei Stunden lang auf sein.

Der Xylograph Felix Pfeiffer aus der Hauptstraße 21 in Schöneberg, der seit langer Zeit für den Deutschen Xylographenverband als Kassierer tätig war, wurde gestern in dem Fremdenzimmer eines Gasthofes in Halle a. S. leblos aufgefunden. Nach einer hinterlassenen Notiz liegt Selbstmord mittels Chankali vor. Die Leiche wurde behufs Feststellung der Todesursache nach dem pathologischen Institut gebracht. Pfeiffer hat, wie eine sofort nach seinem Verschwinden vorgenommene Revision seiner Bücher ergab, in den letzten Monaten 15 000 M. unterschlagen und den Betrag teils in niederländischer Gesellschaft verjubelt, teils im Spiel verloren. Bei seiner salomonischen Abreise aus Schöneberg sandte er noch einem Mitgliede des Verbandes einen Brief folgenden Inhalts: „Wenn Du diese Zeilen erblickst, bin ich nicht mehr unter den Lebenden; ich habe va banque gespielt. Ein Unglücklicher.“

Durch einen Revolverhieb hat sich der bayerische Hauptmann a. D. Baron Adrian v. Stengel in seiner am Schiffbauerdamm belegenen Wohnung getötet. Nach dem „Kleinen Journal“ haben körperliche Leiden sowie geschäftliche Mißerfolge den Mann zum Selbstmord getrieben. Baron v. Stengel war in künstlerischen Geschäften; als einer der eifrigsten Wagner-Berechere soll er in seiner Vorbildung von Werken des Meisters gefehlt haben.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern früh gegen 1/3 Uhr vor dem Hause Müllerstr. 61. Aus dem Torweg des genannten Hauses wurde ein mit Nörtelkästen hochgeladener Arbeitswagen auf die Straße geschoben, als ein Straßenbahnzug der Linie 25 (Fegel-Charlottenstraße) vorbeifuhr. In demselben Augenblick fiel eine Anzahl der schweren Nörtelkästen vom Arbeitswagen herab und stürzte gegen Motor- und Anhängewagen des Straßenbahnzuges. An dem Kraftwagen wurden vier Seitenräder eingedrückt, bei dem Anhängewagen die Fensterrahmen zertrümmert und die linke Seitenwand beschädigt. Durch umherfliegende Glassplitter wurde der in Fegel wohnende Kaufmann Knorr am Kopfe verletzt.

Einen guten Fang machte die Kriminalpolizei in einem obstrukten Lokal. Hier sahen Beamte, wie zwei Gäste den anderen allerhand Leder- und Galanteriewaren zum Kauf anbieten. Da sie sich über den Erwerb der Sachen nicht ausweisen konnten, so nahmen sie die Händler fest und beschlagnahmten die Waren. Es ergab sich, daß die Verkäufer ein Palar Georg Witte und ein Kellner Richard Kunze, einen Einbruch verübt hatten, der noch nicht angezeigt war. In der Nacht zum Sonntag waren sie mit einem Nachschlüssel durch die Tür in die Buch- und Galanteriewaren-Handlung von Braunschwieg in der Langergstr. 28 eingedrungen und hatten mit sorgfältiger Auswahl eine große Menge Waren weggeschleppt. Die Kriminalpolizei ermittelte weiter, daß Witte und Kunze oft in einem Lokal in der Nähe des Zentral-Viehshofes mit Wissen des Wirtes Unterschluß und Nachschlüssel gefunden hatten. Eine Hausdurchsicht bei diesem Wirt förderte nicht nur die noch fehlenden Waren von Braunschwieg, sondern auch noch andere Sachen aus anderen Diebstählen zutage, besonders Weigen und Goldfachen, u. a. ein goldenes Kreuz, Goldschmuck von einer Haartette mit einem Herzen und Kravattennadeln, darunter eine, die einen Säbel mit Scheide darstellte. Der Säbel wird durch eine Kette in der mit Korallen geschmückten Scheide gehalten. Wenn diese Sachen gehören, weiß man noch nicht. Die Weigen füllten einen ganzen Aushängekasten, den die Diebe mitnahmen wie er dahing und erst später erbrachten.

Der Fotograf Herrmann Präbichl aus Friedenau, an dessen Verschwinden sich so viele Vermutungen knüpften, ist als Leiche aufgefunden worden. Am 30. November v. J. war er im Arbeitsanzug vom Hause weggegangen und seitdem vermisst worden. Da sein Geschäft gut ging, glaubte man nicht an einen Selbstmord, sondern vermutete, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Gestern fand man ihn als Leiche im Tiergarten am Gartenufer in der Nähe der Freiarchenbrücke und der Ueberführung der Stadtbahn im Landwehrkanal wieder. Durch Aufzeichnungen in seinem Notizbuche, das man in den Kleidertaschen fand, hat der Verstorbene selbst Aufklärung über sein Verschwinden gegeben. Er war des Lebens überdrüssig und machte ihm freiwillig im Kanal ein Ende.

Tödlicher Straßenunfall. Das Gerücht von einem neuen Morde durchschwirrte gestern (Dienstag) Moabit. Im Hause Odenburgerstraße 35 wurde früh gegen 7 Uhr im Torweg eine von Blut überströmte Frau aufgefunden, die nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab und unter den Händen eines herbeigerufenen Arztes starb. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von einem neuen Verbrechen in Moabit. Die Polizei stellte jedoch bald fest, daß es sich hier lediglich um einen bedauerlichen Unfall handelt. In der Toten wurde die 40jährige Zeitungsauslegerin Konrad aus der Stromstraße ermittelt. Sie litt seit Jahren an Krämpfen und ist jedenfalls auch auf ihrem Geschichtsgange in jenem Hause von der Krankheit befallen. Hierbei ist sie zu Boden gestürzt und mit dem Kopfe auf die Bordstange geschlagen, wobei sie sich die tödliche Verletzung zuzug. Die Leiche wurde alsbald nach der Wohnung der Verstorbenen gebracht.

Balladetheater. Längst sind die Zeiten vorbei, wo man das Variété einfach mit dem Worte Tingeltangel obun konnte. Es gibt kaum ein Gebiet der Kunst, das sich nicht schon auf dem Wettlauf produziert hätte, und nicht zum wenigsten haben hervorragende Sängerinnen den Sprung vom Konzertsaal oder von der Opernbühne ins Variété gewagt. Ob auch im Falle der koloraturreichen Lucia Kral die leidige Weltfrage für dieses Wagnis maßgebend gewesen ist, wissen wir nicht. Unbestritten ist aber wohl, daß diese Künstlerin, was Fertigkeit der Ausbildung und Höhe der Stimme betrifft, eine ernst zu nehmende Erscheinung ist und daß es im Grunde bedauerlich bleibt, wenn eine Sängerin dieser Art im Zigarrenrauch ihre Leistungen zum besten gibt. — Unter den eigentlichen Wettlauf-Künstlerinnen zeichnen die akrobatischen Tänzerinnen Emeraldal und Senika sich aus. Die beiden Damen verkörpern Anmut und Wildheit in ihrer geschmeidigen Person. Der Humorist Brown ist auf seinem Gebiet vortrefflich; seine Spezialität ist der Witwenball. Weiter seien aus dem geschäftlich zusammengestellten Programm genannt die Sängerinnen und Tänzerinnen Bena, die Redturner Cargathi, der Schnellgelehrte Jems und die Duettisten Goldonianni.

Theater. Das Schauspiel „Im Hafen“ von Georg Engel, die bevorstehende Revütät des Schiller-Theaters, wird Sonnabend, den 11. Februar, zum erstenmal gegeben. Die Hauptrollen werden von den Damen Esse Wafa und Agnes Werner und von den Herren Georg Paesche, Max Patzig, Franz Roland, Leopold Thurner gespielt. — Der „Ernst von Hilfenbrunn-Abend“ im Bürgeraal des Rathauses wird, da letzten Sonntag viele Hunderte vor der Tür des Rathauses umkehren mußten, weil alle Eintrittskarten ausgegeben waren, am Sonntag, den 19. Februar, mit dem gleichen Programm wiederholt. Sonntag, den 12. Februar findet in der Reihe der Dichter- und Liederteller-Abende ein „Carl Loewe-Abend“ statt. — Im National-Theater wird Freitag „Fidelio“ mit den Damen Wellig, Vertram, Sacur und den Herren Birrenhoven, Classen, Melms a. G., Meyer, Kohn, Schenk und Schmid gegeben. — Lützen-Theater. Sonnabend findet ein Gostspiel des Opern-Theaters des Westens im Lützen-Theater statt. Zur Aufführung gelangt „Don Juan“, welches mit den ersten Kräften besetzt ist. Freitag wird die Neueinstudierung von „Dorf und Stadt“ gegeben mit den Hauptrollen, die Damen Ventendorff, Hästel, Götter, die Herren Böhm, Hiner, Dehmig.

Ueber die Wohnungsverhältnisse der Prostituierten, wie sie sich gelegentlich des Werdprozesses Berger in erschreckender Weise offenbarte, hat die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ eine umfangreiche Enquete in allen Groß- und Mittelstädten Deutschlands veranstaltet, über deren Ergebnisse Herr P. Kampffmeyer in einer Versammlung der Ortsgruppe Berlin der D. G. G. am Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Archi-tektenhaus Bericht erstatten wird. Da bei dieser Gelegenheit auch die Frage, inwiefern die Wiedereinführung von Bordellen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Gesundheit von Interesse ist, zur Sprache kommen wird, so dürfte die Diskussion voraussichtlich eine sehr interessante werden. In Anbetracht dessen soll die Versammlung öffentlich und der Zutritt jedermann gestattet sein.

Am 135. Beobachtungabend des „Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte (G. S.)“. Mittwochs, den 8. Februar, abends 8 Uhr, auf der Treptow-Sternwarte wird Herr Albert Krüger einen Vortrag über tiefe Temperaturen, sowie über Herstellung und Verwendung kühler Luft halten.

Die zum Besten der Kinder der freilebenden Bergarbeiter angeordnete Vorlesung aus den Werken Coris von Tom Swast-Hiller in der Aula der städtischen höheren Mädchenschule, Nürnbergerstraße 63, wurde auf Freitag, den 10. d. M., 7 1/2 Uhr, verlegt. Dozent Dr. Robert Wilbrandt hält einen einleitenden Vortrag über den Bergarbeiterstreik.

Das Märkische Provinzialmuseum ist wegen des bevorstehenden Umzuges nach dem neuen Museumsgebäude bis auf weiteres geschlossen. Dagegen ist das Bureau des Museums, Zimmerstraße 90/91, nach wie vor während der Amtsstunden von 9 bis 3 Uhr geöffnet.

Aus den Nachbarorten.

Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. In dem Kratze der westlichen Vororte zeichnete sich bisher Groß-Lichterfelde durch sein geradegu miserables Straßenpflaster aus. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß die Gemeindevertretung endlich mit Energie diesem Mißstande auf den Leib rückt. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, neun Straßen vollständig neu zu pflastern. Die Ringstraße, eine der schönsten, aber am ärgsten vernachlässigten Straßen soll noch einer Spezialbehandlung in der Kommission unterzogen werden; verschiedene Interessenten, deren sich Herr Dr. Lengner wärmstens annahm, wünschen dort einen Neitweg. Vor allem erscheinen uns jedoch weniger die Wünsche einzelner, als die Interessen des Ortes maßgebend zu sein. Die Gesamtkosten betragen zirka 454 000 M., wovon die Anlieger sofort 309 500 M. zu entrichten haben. Der Rest ist einstweilen von der Gemeinde zu veranlagern. Der Bauplan für die Chaufféestraße wurde aufgehoben und ein neuer, jedoch nur für den Teil der Dorfcafe, genehmigt; die alten prächtigen Lindenbäume, eine Zierde des Platzes, sollen erhalten bleiben. — Endlich wurde in der genannten Sitzung auch das Statut über die Kaufmannsgerichte unter Dach und Fach gebracht. Der Referent, Geheimrat Rade, erklärte im Eingange seines Referates, daß die „beteiligten Kreise“ gehört worden seien, von den Handlungsgehilfen der Ortsvorstände des Verbandes nationaler Handlungsgehilfen. Nach dem Statut besteht das Gericht aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und zwölf Beisitzern. Weibliche Angestellte dürfen als Beisitzer nicht gewählt werden. Ebenfalls enthält das Statut eine Bestimmung, wonach beim Einigungsamt Personen weiblichen Geschlechts zugezogen werden können. Der Referent erklärte dies damit, daß erst von Gesetzeswegen die Zulässigkeit einer solchen Bestimmung entschieden werden müsse. Die Wahl der Vorsitzenden und der Beisitzer erfolgt auf drei Jahre. Stellungsgelose Handlungsgehilfen besitzen kein Wahlrecht. Die Wahl ist eine geheime, das System Verhältniswahl. Wahltag ist Sonntag. Als Entschädigung für die Beisitzer werden 6 M. bewilligt; vom Verband waren 8 M. beantragt. Das Kaufmannsgericht soll erst am 1. Juli d. J. in Kraft treten. — Zugestimmt wurde ferner einer Polizeiverordnung und einem Ordisstatut über die gemeinschaftliche Erziehung einer Freibani mit Stegltz auf die Dauer von fünf Jahren.

Nixdorf.

Ein Einbrecher namens Wilhelm Krause hatte nachts die Schaulenfernde eines Delikatessengeschäfts in der Kaiser-Friedrichstraße eingedrückt, um auf diese Weise in den Laden zu gelangen. Passanten sahen das zerbrochene Fenster, riefen Polizei herbei und so wurde K. auf frischer Tat abgefaßt. K. ist wegen Diebstahls bereits häufig vorbestraft.

Das verschwundene Sparkassenbuch. Einer Frau Sähde in Nixdorf war ein Sparkassenbuch über 2500 M. gestohlen worden, doch meldete die Bestohlene den Verlust sofort der Sparkasse. Einige Tage später kam die verehelichte Auguste Krüger nach dem Kasernenlokal und präsentierte das Sparkassenbuch. Sie wurde festgehalten und der Polizei übergeben. Jetzt hatte sich die K. wegen Diebstahls vor dem Schöffengericht Nixdorf zu verantworten. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Die Wahl der Beisitzer zum Nixdorfer Kaufmannsgericht findet am 28. Februar statt. Bis zum 13. d. Mts. sind jedoch die im Ordisstatut vorgesehenen Vorschlagslisten beim Magistrat einzureichen, worauf wir die Interessenten ganz besonders hinweisen möchten. Die Vorschlagslisten dürfen nur die Namen von höchstens 12 Personen enthalten, die passiv wahlberechtigt sind; außerdem ist es wünschenswert, sich vorher darüber Gewißheit zu verschaffen, ob die aufgestellten Kandidaten auch die Wahl annehmen werden. Die Vorschlagsliste ist mindestens von 5 Wahlberechtigten mit Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters zu unterzeichnen.

Treptow-Schuldenweg. Sehr langsam arbeitet der Gemeindevorstand, wenn es sich um sozialdemokratische Anträge handelt. Bereits am 10. Januar hatten unsere Parteigenossen im Ordisparlament den Antrag auf Anstellung eines Schularztes eingeleitet, aber trotzdem ist dieser Antrag zu dem am kommenden Freitag stattfindenden Gemeindevorstellung nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ebenso findet sich auf dieser Tagesordnung nichts von der Interpellation wegen Polizeibergeiffe am Orte. Welchen Zweck hat dieser Schnedengang?

Spanbau. Eine neue Polizeiverordnung verbietet unter anderem das Tabakrauchen auf den Bühnenspodien der hiesigen Säle; auch im eigentlichen Saalraum ist das Tabakrauchen bei Strafe verboten, sofern dieses in dem betreffenden Saal durch Plakat bekannt gemacht wird. Ausnahmsweise läßt sich gegen die Tendenz dieser Verordnung nichts einwenden.

Spanbau. Die ordentliche Mitgliederversammlung des hiesigen Frauen-Bildungsvereins findet heute, Mittwochs, abend 8 Uhr im Kammerlokal, Schönwalderstr. 80, statt. Den Vortrag hält Frau Kiesel-Berlin.

Vermischtes.

Das Residenzschloß in Altenburg in Flammen! Gestern früh entstand im herzoglichen Residenzschloße zu Altenburg Großfeuer. Der Kirchhof brannte vollständig aus; der kostbare Inhalt sowie viele Gemälde von bedeutendem Werte sind vernichtet. Militär unterstützte die Arbeiten der Feuerwehr.

Erfindungen. Aus Lyon wird gemeldet: Ein hiesiger Elektriker, der Erfinder einer neuen Flugmaschine ist, machte gestern den ersten Versuch mit seinem neuen Apparat. Zu diesem Zweck unternahm er von der Terrasse eines Hauses den Aufflug. Die Maschine erhob sich zirka 30 Meter, stürzte aber infolge falschen Handhabens oder einer Unvorsichtigkeit in die Tiefe, wobei der Erfinder schwere Verletzungen erlitt.

Eingegangene Druckschriften.

Dem Agazariatum, das in den nächsten Tagen wiederum mit lauten Trommenschlägen seine Jahresversammlung in Berlin abhalten wird, ist ein wesentlicher Teil der soeben erschienenen Nummer des 'Wahren Jacob' gewidmet.

Briefkasten der Redaktion.

Thoms, Scheveningen. Die Sie inzwischen aus unserem Blatte haben erfahren können, sind jene Ereignisse auch nach der von Ihnen angedeuteten Richtung in ausführlicher Weise behandelt worden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 8. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyrenäer. Der Roland von Berlin. Neues Königl. Opern-Theater.

Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Pension Schöller. Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Häufel-Theater.) Fuhrmann Henschel.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Angele. Vorher: Abschied vom Regiment.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Donnerstag: Der Graf von Charolais.

National-Theater. Weinbergweg 19. Mittwoch, den 8. Februar 1905: Die Hugenotten.

Zentral-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Die Juxheirat. Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.

Luisen-Theater. Zum erstenmal: Donnerstag: Hamlet. Freitag: Dorf und Stadt.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Rosa Wedstedt, das finnländische Riesen-Mädchen!!!

Apollo-Theater. Täglich: Berliner Luft von Paul Lincke und das erstklassige Februar-Spezialitäten-Programm.

Metropol-Theater. Zum 97. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz.

Kasino-Theater. Heirat auf Probe. Theater das vollste neue Programm.

Palast-Theater. Burgstr. 22. früher Feen-Palast. Bis-a-bis-d. Dörje, 2 Min. v. Hof. Dörje.

Volksgarten-Theater. (früher Weimann). Mittwoch, den 8. Februar 1905, auf allgemeinem Wunsch zum 3. Male: Lenore.

Der Verschwend. Zaubermärchen in 3 Akten v. Raimund. Balletin Hans Wilm.

elmen Versuch durch Abreiben mit Borbrumen und Holzstöße und Nachreiben mittels Flanellappen mit Knaun und weisem Zerpulver. Die Anwesenheit eines Verlobten ist in der Regel vom Standesbeamten für genügend zu erachten.

Schiller-Theater. Mittwoch, abends 8 Uhr: Pension Schöller. Donnerstag, abends 8 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Zirkus Busch. Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz. M. 7500.- Geldpreise in bar! Ehrenprofessoren: Herr Professor Reinhold Vegas.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Großes Urbock-Jubelfest. Internationale Künstlerkonzerte.

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 8. Februar, abends präzis 7 1/2 Uhr: Grande Soirée equestre.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Hotel Pompadour. Schwank in 3 Akten v. Anthony Ward.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Der Familientag. Sonntag nachmittags: Das Lumpengeindel.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Bobstraße 58. Original-Posse mit Gesang von Robert Underer.

Ettablissement Bugenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend: Bockbierfest.

Marktpreise von Berlin am 8. Februar. Nach Ermittlungen des (gl. Volksgeld-)Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**).

Wasserstand am 6. Februar. Elbe bei Magdeburg + 0,70 Meter, bei Dresden - 0,20 Meter, bei Regensburg + 1,20 Meter.

Witterungsüberblick vom 7. Februar 1905, morgens 8 Uhr. Stationsnamen: Eutin, Hamburg, Berlin, München, Wien. Wetter: Regen, Nebel, bewölkt.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. Februar 1905. Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend frühe mit geringen Niederschlägen.

Carl Weiß-Theater. Ge. Franziskanerstr. 132. Täglich 8 Uhr: Geld und Name. Sonntag, abends 8 Uhr: W. Noacks Theater.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Der bisher unübertroffene lauchstufte Herrfeld-Schlager mit seinen härmisch bejauhelten Situationen.

Passage-Theater. Aufg. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Aufg. nachm. Vorstellung 5. Sonntag 3 Uhr.

Lucia Krail. Ferner die akrob. Tänzerinnen Smeralda und Senitza, übertreffen alles, was bisher gesehen wurde.

WINTERGARTEN. Anfang 8 Uhr. Original-Posse mit Gesang von Robert Underer.

SAHARET und die ausgezeichnete Kräfte d. neuen Februar-Programms.

Sanssouci. Kolbfischer Tor - Stat. der Hochbahn. Heute Mittwoch: Der Feiertag und sein Pflegekind.

Skala-Theater. Einicastr. 132 (a. d. Friedrichstr.). An der Grenze, oder: Verschlafen. Großer Boxer-Kampf.

Otto Pritzko's Abnormitäten-Ansstellung. Prinzstraße 16. Täglich Vorstellung.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Ausschneiden Wert 4 Mk. Künstl. Zähne. Naturgetreu, tadell. Ausführung.

Max Guckel, Lausitzer Platz 2. Einzelerwerb zu Fabrikpreisen. 3 Stück 10 Pf., 10 Stück 30 Pf.

Kranken- und Begräbniskasse des Vereins der Deutschen Kutscher. Eingeführ. Kutscher Nr. 83 zu Berlin.

Sofastoffe. Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Mocquettes, Plüsch, Satteltaschen.

Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158. Riesenauswahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Mocquettes, Plüsch, Satteltaschen.



Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85. Das großartige Februar-Programm. Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

Arnold Scholz Neue Welt Saxeheide 108-114.
 Mittwoch, den 8. Februar 1905:
Großes bayrisches Bockbierfest
 das Originalbier vom Originalbier.
Prämierung des größten Regenschirmes.
100 Mark
 Prämie erhält derjenige Gast, welcher das Bockbierfest am heutigen Abend mit dem größten gebrauchsfähigen Schirm besucht.
 Die Prämierung findet um 10 Uhr statt.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

C. Joëls Viktoria-Garten.
 11 Kegelbahnen. Köpenicker Landstr. 21. Theaterbühne.
Jeden Sonntag: Grosser Ball
 unter Leitung des Tanzmeisters Herrn C. Zinn.
 Empfehle meinen renovierten Saal und Garten, 5000 Personen, für Winter- und Sommer-Geschäfte allen Vereinen und Gesellschaften.

Wirtshaus 17602
Zum Strauss
Pappel-Allee 25
 Saal für 150 Personen noch an einigen Sonntagen zu vergeben.

„Englischer Garten“
 Alexanderstr. 27 c.
 Zum 26. Februar der obere große Saal frei geworden. 19785

Dr. Simmel, Prinsenz. Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!
 Die Kollegen der Treppengeländer-Fabriken befinden sich im Streik.
 Alle diejenigen, die zu den neuen Bedingungen auf den Bauten arbeiten, müssen im Besitz einer roten Berechtigungsarte sein. Wir ersuchen alle Bauarbeiter, darauf zu achten.
 Die Kommission.

Patent-Bureau.
 Anmeldung von Patent in allen Staaten. Neueste billige Preise. Deuqueme Zahlungen. Wichtig: Verwertung u. Finanzierung d. durch un. Dur. angem. Pat. Verl. d. Ideen f. Ratsschl. kostenfrei. Spr. 10-1 und 4-6. Wolkers & Co., Wilhelmstr. 119/120

Blank's Schnittmuster
 einzig und allein zuverlässig, machen Selbstanfertigung aller Kleider spielend leicht. Tausende Frauen loben sie! - Viele 100 neue Modelle zeigt Blank's Modemag. Nr. M. 1.20 (Briefmarken) franco-Zusendung durch R. BLANK, Abth. 2, Berlin SW., Kommandantenstr. 24.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Fillale Berlin.
 Donnerstag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
General- Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1904. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen für regen Besuch dieser Versammlung zu sorgen.
 Die Ortsverwaltung.

Stellmacher!

Donnerstag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12:

Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen R. Leopold über: „Wie sind Lohnbewegungen zu führen?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Am Donnerstag, den 9. Februar 1905, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Beiständen, Andreasstr. 21:

Großer öffentlicher Vortrag über Hypnotismus, sein Wesen und seine Wirkung in der Naturheilkunde.

Referent: C. Granzow. 19745
 Um den Wert der Sache zu prüfen, sollte niemand veräumen, diesen hochwichtigen Vortrag zu besuchen. Eintritt für den Vortrag 20 Pf. Nach dem Vortrag Experimente. Gäste, welche an diesen teilnehmen wollen, haben 10 Pf. nachzugeben und sind dann für diesen Abend Mitglied.
 Der Vorstand des Berliner Naturheilvereins Offen.

Echter ungarischer Wachholder-Extrakt,
 ein wahres, rein natürliches, heilkräftiges und reelles Hausmittel von wunderbarer Wirkung, seit Jahrhunderten erfolgreich bewährt, insbesondere gegen Rheumatismus, Gicht, Blutstockung, Verstopfung, Hämorrhoiden, Atemnot, (schleimlösend auf Brust und Lunge, stärkend für den Magen, ist Appetit und Verdauung anregend und wirkt überhaupt auf alle Teile des Organismus nur wohltätig. Verdrängt seiner ableitenden, die Darmausscheidung fördernden, harntreibenden und unreinigkeiten auslöschenden Wirkung leistet er bei Nieren- und Blasenleiden unschätzbare Dienste und ist ein Blutreinigungsmittel sondersgleiches. Garantiert rein u. unverfälscht nur in Fl. a 75 Pf., 1.50 und für längeren Gebrauch 2.50 erhältlich bei Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. IV. 646 u. 3190.

Am 4. d. Mts. verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied **Franz Rothe.**
 Die Beerdigung findet Donnerstags, den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes zum Heiligen Kreuz in Mariendorf aus statt. 30422
 Die Mitglieder der Klaviaturfabrik „Union“ e. G. m. b. H.

Männergesangverein Lorbeerkrantz 1879.

Maxim Gorki, der Dichter des „Nachtasch“, wurde während der letzten Umharn in Petersburg verhaftet. Das Schicksal des Dichters erregt das lebhafteste Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Wir bringen daher unseren Lesern die Werke Gorkis in Erinnerung und empfehlen dieselben einer freundschaftlichen Beachtung.
Maxim Gorki:
 Rain und Arzen . . . 60 Pf.
 Im Nihil für Otschajose . . . 60
 Worezka Olessowa . . . brosch. 1 Mt.
 (Ein wildes Mädchen) geb. 1
 Das Opfer der Langeweile Ein Individualist . . . 1
 Ein sonderbarer Vater . . . 1
 Tscholkanach Balesy (Nied vom Hellen) . . . 1
 Gefundene Leute . . . brosch. 2
 geb. 2
 Der Jagabund . . . brosch. 2
 geb. 2
 Das Ehepaar Orlov brosch. 1
 geb. 2
 Der rote Dada . . . brosch. 1
 geb. 2
 Diane Janten . . . brosch. 1
 geb. 2

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reiche Kranzsende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma S. H. Schön, dem Gesangverein Schöneberger, sowie dem Deutschen Holzarbeiter-Verband meinen innigsten Dank.
Wwe. Hedwig Baumgart.
 Die Beerdigung findet am 9. d. Mts. nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle auf dem Kreuzkirchhof in Mariendorf aus statt.

Dankfagung.
 Sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Waffen- und Munitionsfabrik von Düse u. Co. sowie den Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anlässlich der Beerdigung meines lieben Mannes **Heinrich Schwente** meinen herzlichsten Dank.
 Blüwe Anna Schwente, Spandau.

Dankfagung.
 Sage hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen und Beamten der Firmen W. Haff und G. Sammel für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes **L. Traub** den innigsten Dank.
 Witwe Franziska Traub nebst Kindern.
Dankfagung.
 Für die so zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Bruders und Schwagers, des Metallarbeiters
Gustav Liepmann
 sage ich hiermit den Kollegen, der Firma Demit u. Herz, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein im S. Kreise sowie allen lieben Freunden und Genossen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.
 Leopold u. Elise Liepmann.

Wir machen unsere Leser noch darauf aufmerksam, dass soeben der neue Katalog unserer Buchhandlung erschienen und gratis zu haben ist.
Buchhandlung Vorwärts,
 Berlin SW. 68,
 Lindenstr. 69, Laden.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
 Wort: 5 Das erste fettgedruckt
 Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalverkauf vollkommener Plandtüde. Spottbilligster freihändiger Räumungsverkauf verschiedener Verkaufswaren. Interessenten! Niemand veräume, diese vorteilhafte Gelegenheit wahrzunehmen: Betten, Bettmöbel, Bettlatten, Kuschelermöbel, Gardinen, Stores, Vorhänge, Teppiche, Kleider, Regulatorien, Buchbinder, Nervenkurten, Damenkleider, Kleider, Herrenkleider, Einsegnungsgeschenke, Schmuckstücke, allerlei Wertgegenstände. Zentral-Wandeleibhaus, Weidenweg neuzuziehen. 144*

Gelagenheitsläufe: Paletots, Anzüge, Coten, Koffer, Regolier, Leihlinge, Uhren, Goldschmuck, Riegel, Spottbillig. Lude, Drantenstr. 131.

Reifeblätter, Opmalblätter, Reifezüge, Regulatorien, Kleidermacher, Sammelblätter, Uhren, Bettladen, Teppiche, Spottbillig. Lude, Drantenstr. 131. 19365*

Gardinehaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Rahmenmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1.00, Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof, Alt-Borghagen 4, Ecke Neue Bahnhofstraße. *

Reihenbergerstraße 183 große Auswahl Rahmenmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Gebrauchte preiswert. 19485*

Gardinen, Stores, Täfelbetten, Inventarpreise. Reste enorm billig. Gardinen - Verkaufshaus Krausenstraße 36, Dönhofsplatz. 17605*

Teppiche! (selbstgefärbt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Quaderstr. Markt 4, Bahnhof Böse. 142/12*

Sofa - Teppiche, circa 2 Meter lang, imitierte Berliner 3,85, Lapislazulid 5,35, Agnister 4,65. Inventar - Verkaufshaus Krausenstraße 36, Dönhofsplatz. 17605*

Jährlich nur einmal Inventar-Raumungsverkauf im Teppichhaus Emil Ledore, Drantenstr. 158. Extralief gratis. 2823*

Bederbetten, Stand 20 Mark, 5 Zimmer Möbel Aufgäbe halber billig Dresdeneckstraße 28, dort II links. *

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebraucht 12.00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Prenglerstraße 59/60.

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befindet sich am Lager viele zurückgegangene und verleihe gewerliche Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Berleto 27.00, Ausziehtisch 16, Tischelstühle mit Federmatratze und Kissen 60, Tische 50, Kaminlöcher 70, Schloßblätter 20, Kuchentisch 25, ganzes Einrichtungen billig. Transport frei. 74/19*

Möbelfabrik, Spezialität Holz-Schlaf-Einrichtungen, August Krause, Schönebergstr. 72. In billigen Preisen Einrichtungen von 150, 200, 300, 400 bis 6000 Mark. Auch auf Teilmahlungen bei kulantesten Bedingungen. Bitte genau auf Nummer 72 zu achten. Klein Raden. 2752*

Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbel, sowie moderne Küchen, reellgeleibete Sofas und Kabinen liefert eigene Werkstatt. Laufziger Platz 3. Klein Raden, nur Keller und Hinterzimmere. 3042*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 2012*

Teppiche mit handverleibten handniederlege Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Tandourier - Maschinen, Hode-meyer, alleinstgig Fabrikant C. Bismann, Gollnowstraße 20, nahe der Landbergerstraße. 2232*

Bronzegasförmel dreiflammig! 6.00, Gaszugampell 9.00. Salon-Gasförmel 15.00. Gasförmel 1 1/2. Bohlfauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Kohlengeschäft billig verkauflich. Weihenburgerstraße 67. 19565*

Rahmenmaschinen Wienerstr. 6, Adlerstraße 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung. Woche 1.00 Mark. Fünfjährige Garantie, gebrauchte Maschinen spottbillig. 19885*

Möbel, 4 Zimmer, Aufbaum- Kleiderständer, Berleto, Bettstellen mit Matrize, Trumeau, Tisch, Schreibtisch, Sofa, Garnitur billig zu verkaufen. Schillingstraße 1, Eingang Holzmarktstr. III. 19755*

30 weisse überseeischer Agneren a 22 Mark verkauft Werth, Schönebeger Bahnhof 1. 19720*

Vokon, neu, Markt, billig G. Zehndreile, Berlin, Steinfelderstraße 8.

Kanarienvögelchen, acht Tellerchen, verkauft Joachim, Brannenstraße 96.

Blüschgarnitur 35.00, Spiegel-pendel und Spiegel 25.00 fortzugs-fähig verkauft. Preisler, Weidenburgerstraße 7. 1135*

Verschiedenes.

Schankgeschäft, große Zukunft, wegen Inhaberziehung vorläufig deminierstraße 12, Annahmestelle. 19845

Große Schneidemaschine, sehr wenig gebraucht, wie neu, billig verkauflich. Schick, Brannenstraße 151, Seitenstügel III. 1135*

Kanarienvögelchen 5.00 am. Weibchen billig. Algaerstraße 136. 114*

Pianino, schwarz, Kaufpreis, 130,-, Lurmitstraße 8, parterre. 75/2

Ringschiffchen, Garantie, gut-nahend, billig. Schloßplatz 2, II. 75/4

350 Mark Darlehen gegen gute Sicherheit wünscht Parteigenosse, (todesfallhalber vorübergehend im Verleibend), angemessene Zinsen. Sofort mögliche Rückzahlung von acht Mark. Postlagernd "Umgehend", Postamt 61. 19345*

Anspolierung! Sofa 5.00, Matrize 4.00, auch äußere Dienste. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 3022*

Handleiche Marktstraße 27, 19135*

Handleiche, Prinsenzstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 3012*

Marina, alle Goldschmuck, Bruch-gold, Silber, G. Käse, alte Uhren, Plattgold, Kette gold, Stabgold, Staniolabläse faulst, Goldschmucke, Brod, Brangel Straße 4, Fernsprecher Amt IV. 6958. 74/17*

Verleibzimmer zu verdingen, 40 bis 70 Personen, auch Sonntags. Grömann, Reihenbergerstraße 16. *

Parteienhilfe sucht 300 Mark gegen Sicherheit und Zinsen auf ein Jahr zu leihen. Offerten unter M. B. Expedition Kankansen-Allee 68.

Wäsche wird sauber gewaschen, im Preisen getrocknet. Laten, Weidenber-g. 10. Abholung Sonntags. Uml. Bankstra. Köpenick, Müggelsee-str. 40. 19735*

Patentanwalt Dammann, Dranten-str. 57, Korkplatz. Rat in Patent-sachen. 19705*

Rechtsbureau, Prosehlachen, Rat, Etenerschen, Fädelstraße 15. 113

Verein ehemaliger Landknecht W. und Neumärker sucht Mitglieder. Wolk-haus Landsberg 27, O. 112, Reichs-str. 4. 19855*

Ehrenerkärung. Reine Be-schuldigung gegen Ella Kleinke, Prinsenzstraße 48, zurück; erkläre dies-se für ehrl. Marie Equis, Seidel-str. 3. 19625*

Theater-Verein sucht zum Sonntag, 14. Mai, Kaufst. Gesang-verein zc. zu einem gemeinsamen Besugnigen in einem größeren Lokal des Ostens. Offerten bis 17. d. Mts. unter M. 14 Postamt 51 erbeten. 19425*

Vermietungen.

Wohnungen.
 Freundliche zwei Stuben Küche, Korridor, Koffel, Speisekammer 25,50-28,00 Stralauer Allee 20. *
 Freundliche Stube, Küche, Korridor, Koffel 20,00-22,00 Stralauer Allee 20. 19195

Reinickendorf-Welt, Auguste Vik-toria-Allee 33, Bahn Berlin von und nach Zehl, sind kleine Wohnungen sofort zu vermieten. Gasförmel-richtung. Näheres Verwalter Zeilbe. 183*

Wohnungen nahe Bahnhof Der-mannstraße, Ecke Barthelstraße, 3, 2 und 1 Stube mit vielem Neben-geschäft sowie Kichen mit Wohnung, zu jedem Geschäft passend, sofort preis-wert. Näheres Rixdorf, Barthel-str. 4, I. 19665*

Mietgesuche.
 Anständiger Herr wünscht im Süden oder Westen, eventuell Süd-Osten, ein möbliertes Zimmer zum 15. Februar, inklusive 15 Mark. Adresse: Neumarkt - Expedition Schöne-berg, Martin-Lutherstraße 51. 1115

Maurergesellen

auf majestätische Steinbauwerk stellt ein Volker Daniel, Schöneburger Rixdorf, Weisefstraße.
Mädchen, leichte Maschinennäherin, sucht Schweibterstraße 31, parterre rechtsh. 164

Mädchen-Arbeiterinnen, Zusammen-seherinnen, welche viel leisten können, auch Lehraufnahmen verlangt Groß, Köpenickerstraße 51/52. 19815

Zeitungsfrauen und Männer so-fort verlangt Kronenstr. 65. 19715

Maschinen auf Radels und Zähler-stände verlangt Wöhrert, Rheinomer-str. 12, Ecke Steinstraße. 164*

Frauen finden durch Zeitungsfrauen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Rittenwunderstraße 6 im Laden. 74/13*

Frauen finden durch Zeitungsfrauen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Rittenwunderstraße 6 im Laden. 74/13*

Frauen finden durch Zeitungsfrauen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags 9 bis 12 Uhr, Rittenwunderstraße 6 im Laden. 74/13*

Tüchtige Fliesenleger

suchen noch ein
Gebrüder Vogel & Co.
 Kurfürstendamm 224.
 Ein tüchtiger, erfahrener **Werkmesser oder Arbeiter** findet in einer Künstlerfarbenfabrik Süddeutschlands Stellung.
 Briefe mit Gehaltsansprüchen unter **M. 1.1379*** an Hasenstein & Vogler A.-G. München. 103/6

Einieurer,
 gelibt, auf Maschinen Förste u. Locom, verlangen
Riefenstahl, Zumpo & Co.,
 Holzmarktstr. 67.

Rahmenmacher!
 Die Firma Gost u. Co., Kurfürstendammstraße 146, ist für Rahmenmacher, Tischler, Polsterer, Glaser, Bergolzer und Buchbinder wegen Differenzen gesperrt.
 77/14 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!
 In der Pianofabrik von Rössner befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter gesperrt.
 Die Zehnerkommission.

Geschäftsführer gesucht.
 Der Bantler Konsumverein e. G. m. b. H., mit Väterebetrieb, acht Verkaufsstellen und über 5000 Mitglieder, sucht zum 1. April e. einen kaufmännisch gebildeten Geschäftsführer, am liebsten solchen, der schon in einer Genossenschaft tätig gewesen ist. Referenzen werden eruchtet, ihre Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche und Einreichung eines fuzagefähigen Lebenslaufes bis zum 25. Februar an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Derselbe gibt gern auf alle diesbezüglichen Fragen Auskunft. 20382*

Der Aufsichtsrat des Bantler Konsumvereins e. G. m. b. H.
 Theodor Kottner, Bant im Oldenburg.

Annoncen-Akquisiteur
 in festem Gehalt, der auch Bureauarbeiten mit zu erledigen hat, von großer Zeitung gesucht. Offerten unter E. 7 an die Expedition.

Stockarbeiter!
 Die Arbeiter der Firma Jollas und Hermann Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16*
Zuzug ist fernzuzhalten!
 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Glaser!
Achtung, Glaser!
Achtung, Bauhandwerker!
 Wegen Tarifdifferenzen (Umgebung d. paritätischen Arbeitervereines) ist die Firma Schmeier & Co. (Stüber Daniel Cisar), Schönebergstr. 79/73 und Spichernstraße 4, für Glaser gesperrt.
 73/1 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Rohrer!
 Wegen Differenzen ist die Firma J. Beermann, Rixdorf, gesperrt, u. zwar folgende Bauten: Gärtenstr. 27/28, Markgrafendamm 13, Rixdorf, Weisefstr. 21. Zuzug ist fernzuzhalten!
 Die Tarif-Überwachungskommission des Vereins d. Rohrer Berlins u. Um-g.
 Singer & Co., Berlin SW.